

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

Clemens Eicher:
Terrorismus und
Aufstandsbekämpfung

**Jochen Moos,
Deutschland:**
Sanitätsdienst der Bundeswehr

Rudolf Sturmlechner:
Die Nationalgarde der USA
am Beispiel der 41. Infanterie-
brigade aus Oregon

**Martin Pabst,
Deutschland:**
Stabilitätsanalyse Subsahara-
Afrika

2/2009

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Clemens Eicher

**Terrorismus und Aufstandsbekämpfung:
Ein systematischer Überblick über den Objektbereich**

Jochen Moos

Geglückter Spagat?

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr zwischen Einsatzverwendung und Inlandsauftrag

Rudolf Sturmlechner

Die Nationalgarde der USA am Beispiel der 41. Infanteriebrigade aus Oregon
Aufgaben - Kompetenzen - Finanzierung - Rekrutierung

Martin Pabst

Subsahara-Afrika - Versuch einer Stabilitätsanalyse (Teil 1)

Zusätzlich in der Printausgabe

Operation ATALANTA

Erste Maritime Operation der EU - Schutz der Schifffahrt vor Piraterie am Horn von Afrika

Andreas Uhl

Militärische Einsätze als diplomatische Missionen

Ein Beitrag zur nachhaltigen internationalen Friedenskonsolidierung

Hanns-Frank Seller

Friedenserhaltende Einsätze im Wandel

Matthias Schmidl

Überlegungen zu Verlustzahlen von Kommandanten in der Antike und im 20. Jahrhundert

Karoline Resch

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Terrorismus und Aufstandsbekämpfung: Ein systematischer Überblick über den Objektbereich

Clemens Eicher

Wie der renommierte israelische Militärgeschichtswissenschaftler Martin van Creveld anmerkte, werden die subkonventionelle Kriegführung und der Terrorismus die wichtigsten Kampfmittel in gewaltsamen Konflikten und Kriegen im 21. Jahrhundert sein. Sowohl die Guerillataktik als auch der Terrorismus werden von nichtstaatlichen Machtorganisationen¹⁾ dazu genutzt, um in einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit einer Staatsmacht deren personell-materiell-organisatorische Überlegenheit durch eine Asymmetrisierung der Konfliktausprägung auf ein Minimum zu reduzieren. Bisweilen konnten Insurgenten, die diese Kampfmittel - hier ist v.a. der Guerillakrieg gemeint - anwandten, beachtliche Siege erzielen, obwohl sie nie eine Schlacht im militärischen Sinne gewonnen hatten. Was den wissenschaftlichen Diskurs anbelangt, wäre man bezüglich des Terrorismus schon so weit gediehen wie bei der Charakterisierung anderer Kampfeskategorien, wenn man dabei systematischer vorgegangen wäre und die gewonnenen Erkenntnisse bezüglich des Provokations-Repressions-Mechanismus berücksichtigt hätte. Die vorhandenen Erkenntnisse sollen im Rahmen dieses Aufsatzes aufgearbeitet und ein systematischer Überblick gegeben werden. Um diese Aufgabe zu meistern, muss eine analytische Begrifflichkeit des Phänomens Terrorismus erarbeitet werden, die verlässlich feststellen lässt, ob der gemeinte Tatbestand vorliegt oder nicht. Daran anschließend wird der Versuch unternommen, die Kluft zum Forschungszweig Aufstand- und Aufstandsbekämpfung zu schließen.

Terrorismus - eine Explikation

Es existieren Dutzende Definitionen des Terrorismus - Schmid und Jongman²⁾ führen in ihrem Werk „Political Terrorism“ 109 davon an -, jedoch ist keine einzige dieser Definitionen allgemein anerkannt; dies gilt sowohl für die wissenschaftliche Community als auch für die Regierungsbehörden. Paradoxerweise werden jährlich unzählige Publikationen über das Phänomen bzw. Wirkmittel Terrorismus veröffentlicht, in denen renommierte Autoren wie der Historiker Walter Laqueur beim Ringen um eine Definition verzweifeln.³⁾ Es ist hier nicht beabsichtigt, im Rahmen einer Bedeutungsanalyse⁴⁾ herauszufiltern, wann für die einzelnen

Autoren der Tatbestand Terrorismus vorliegt oder einen der vorhandenen Begriffe durch eine Nominaldefinition⁵⁾ zu ersetzen, sondern einen analytisch sinnvollen Begriff zu entwickeln, der die tatsächlichen Merkmale des Untersuchungsobjektes „politischer Terrorismus“⁶⁾ umfasst. Der Begriff politischer Terrorismus wird hier deshalb eingeführt, weil im Zusammenhang mit islamistischen Machtorganisationen, die zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch das Wirkmittel Terrorismus einsetzen, von religiösem Terrorismus⁷⁾ gesprochen wird. Hierdurch wird fälschlicherweise suggeriert, dass die Religion das eigentliche Konfliktobjekt sei, obwohl diese von den Gegenseiten nur zur Allokation von passiver und aktiver Unterstützung⁸⁾ aus dem Massenpublikum⁹⁾ und/oder von Teilen des Kollektivs, der Validatoren¹⁰⁾ und zum Zweck der geistigen Konditionierung der Aktivisten eingesetzt wird.

An dieser Stelle soll nun ein analytischer Begriff¹¹⁾ des Phänomens Terrorismus, basierend auf dem Analyseraster von Ariel Merari, entwickelt werden. Um die verschiedenen Arten der Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken zu charakterisieren und voneinander zu unterscheiden, verwendet Merari einen Eigenschaftsraum, der durch zehn Parameter definiert ist.

Tab. 1	Charakteristika von Terrorismus, Guerilla und konventionellen Kriegen		
	KONVENTIONELLER KRIEG	GUERRILLA	TERRORISMUS
KAMPFEINHEITEN	groß (Divisionen, Korps, Armeen)	mittel (Züge, Kompanien, Bataillone)	klein (üblicherweise unter zehn Personen)
WAFFEN	verfügbare Bandbreite an militärischen Einsatzmitteln (Luftstreitkräfte, Panzer, Artillerie usw.)	meist leichte Infanteriebewaffnung; auch Einsatz von Artilleriegeschützen möglich	Handfeuerwaffen und -granaten, Sturmgewehre, Spezialwaffen (z.B.: Autobomben, ferngesteuerte Bomben usw.)
TAKTIKEN	üblicherweise gemeinsame Operationen unter Beteiligung mehrerer Teilstreitkräfte	nach Art der Kampfführung von militärischen Spezialeinheiten	Spezialisierte Kampfführung: Entführungen, Anschläge, Autobomben, Geiselnahmen usw.
ZIELE	meist militärisch, daneben Industrie und Verkehrsinfrastruktur	meist militärisch, Polizei und Verwaltung, auch politische Gegner	staatliche Symbole, politische Gegner, die Öffentlichkeit im Allgemeinen
ANGESTREBTER ERFOLG	physische Zerstörung	primär die Zermürbung des Feindes	psychischer Zwang
TERRITORIALE KONTROLLE	Ja	Ja	Nein
UNIFORM	wird getragen	wird teilweise getragen	keine Uniform
FESTLEGUNG VON KRIEGSZONEN	auf geografische Zone beschränkt	auf Konfliktland beschränkt	keine Einschränkung, Operationen werden weltweit durchgeführt
INTERNATIONAL ANERKANNT	Ja, wenn Richtlinien eingehalten werden	Ja, wenn Richtlinien eingehalten werden	Nein
IM INLAND ANERKANNT	Ja	Nein	Nein

Quelle: Ariel Merari: Terrorism as a Strategy of Insurgency, In: Terrorism and Political Violence, 5(4)/1993, S. 227

In diesem Eigenschaftsraum werden dem konventionellen Krieg, dem Guerillakrieg und dem Terrorismus Positionen zugewiesen, von denen jede durch zehn Werte umschrieben ist. Merari's Tabelle kann als Ergebnis einer Realanalyse¹²⁾ interpretiert werden und darauf aufbauend zu einer Explikation führen.

Hierbei sind für einen transhistorisch und transkulturell verwendbaren Begriff des Phänomens Terrorismus nur zwei Dimensionen aus dem Raster von Merari notwendig und ausreichend: *Angestrebter Erfolg* und *Ziele*. Wo immer die physische Zerstörung des Gegners unter Anwendung konventioneller oder unkonventioneller Kriegführung nicht möglich ist, wird auf das Wirkmittel Terrorismus zurückgegriffen, um den Gegner zu entmachten, also Regime zu destabilisieren. Um eine Destabilisierung zu bewirken, soll im Massenpublikum, u.U. auch noch beim Kollektiv der Validatoren, die Loyalität und die Folgebereitschaft gegenüber der politischen Elite unterminiert und/oder die politische Elite, u.U. auch noch das Kollektiv der Validatoren, zermürt und zerrüttet werden. Man beabsichtigt also, eine partielle oder gar gänzliche Veränderung in der psychischen Einstellung des Massenpublikums und/oder der Validatoren zu bewirken. Bei der politischen Elite soll ergänzend oder alternativ eine Demoralisierung einsetzen. Die Methode besteht darin, die Unfähigkeit der politischen Elite zu demonstrieren, die Kollektive¹³⁾ Validatoren und Massenpubli-

kum und/oder sich selbst vor Anschlägen zu schützen. Es ist eine politische Botschaft¹⁴⁾ zu übermitteln, die ohne überzeugende Symbolhandlungen nicht glaubwürdig wäre. Daher müssen, anders als beim konventionellen und unkonventionellen Krieg, die Gewaltakte provokant sein!¹⁵⁾ Terroristische Akte sind punktuell, brauchen nur begrenzten Personen- und/oder Sachschaden anzurichten, erfordern daher nur geringen Gewaltmitteleinsatz und sollen staatliche Gegenmaßnahmen - durch den Einsatz von Sicherheitskräften - hervorrufen, die über einen längeren Zeitraum erfolgen und mit unverhältnismäßigen Personen- und Sachschäden verbunden sind. „These measures, in turn, make the government unpopular; thus increasing public support of the terrorists and their cause.“¹⁶⁾

Was die Dimension *Ziele* betrifft, scheint eine nähere Bestimmung derselbigen forschungsstrategisch sinnvoll, um einerseits einen geordneten Überblick über diese zu gewinnen, und andererseits wird damit eine Zuordnung der Angriffsobjekte zu den angeführten Kampfformen möglich; dies schließt mögliche Überlappungen bei der Zuordnung der Angriffsobjekte nicht aus. Konkret können drei Klassen von Angriffsobjekten in Gestalt von Personen, Systemsymbolen und Routinesystemen gebildet werden; zwecks Verfeinerung der Analyse wurden die gebildeten Klassen weiter differenziert. Als Ergebnis dieser

Abb. 1 Angriffssobjekte und Arten der Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken

ANGRIFFSOBJEKTE				KONTEXT					unkonv. Krieg	Krieg
				Terrorismus						
				staatlich		nichtstaatlich				
				intern	extern	oppositionell	vigilant			
Personen	gegen Massen (anonym)	Flugzeuge			x		x			
		Schiffe			x		x			
		Züge			x		x			
		Menschenansammlungen								
			Restaurants		x		x			
			Kinos/Theater		x		x			
			Open-Air-Veranstaltungen		x		x			
			Demonstrationen	x	x		x			
			Sportstadien		x		x			
			Krankenhäuser		x		x			
			rel. Veranstaltungen	x	x					
		exponierte Siedlungskomplexe								
			nahe Kernkraftanlagen		x					
			nahe Talsperren		x				x	
			nahe Treibstofflagern		x				x	
	gegen Individuen	gesellschaftliches Elitepersonal								
			Menschenraub	x	x	x	x	x		
			Tötung	x	x	x	x	x		
		politisches Elitepersonal								
			Menschenraub	x	x	x	x	x		
			Tötung	x	x	x	x	x	x	
Systemsymbole	politisch	Parlamentsgebäude		x	x			x		
		Denkmäler		x	x			x		
	administrativ	Sicherheitsapparat		x	x			x	x	
		Militär						x	x	
		politisch exponierte Teile der Verwaltung		x	x			x		
		diplomatische Vertretungen		x	x	x		x		
	gesellschaftlich	Banken			x			x		
		Verbändezentralen			x			x		
Routinesystem	Infrastruktur	Verkehr		x	x	x		x		
		Kommunikation		x	x	x		x	x	
		Energie		x	x	x		x	x	
		Wasser		x	x	x		x	x	
		Zahlungsverkehr		x	x	x		x	x	
	Produktionseinheiten	strategisch bedeutend		x	x			x	x	

Quelle/Entwurf: Diese Tabelle wurde von Univ.-Prof. Dr. Klaus Faupel erstellt und dem Autor dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Der rechte Teil der Tabelle wurde vom Autor dieses Artikels auf Basis folgender Literatur verändert: Martha Crenshaw: Terrorism. In: Neil J. Smelser/Paul B. Baltes (Ed.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Science, 26 vols., vol. 23, New York 2001, S. 15604; Ariel Merari: Terrorism as a Strategy of Insurgency. In: Terrorism and Political Violence, 5(4)/1993, S. 213-251; Brad E. O'Neill: Insurgency & Terrorism: Inside Modern Revolutionary Warfare, Brassey's Inc 1990, S. 13f; Michael Stohl: Expected utility and state terrorism. In: Tore Bjorge (Ed.): Root Causes of Terrorism: Myths, Reality and Ways forward, Routledge 2005, S. 198-214; Jon H. Rosenbaum/Peter C. Sederberg: Vigilantism: An Analysis of Establishing Violence. In: Comparative Politics, 6(4)/1974, S. 541-570

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

Bemühungen wurde ein zweidimensionaler Analyseraster entworfen, wo auf der X-Achse alle bekannten Angriffsobjekte in drei Hauptklassen und weiteren Teilklassen aufgelistet und auf der Y-Achse die Kampfformen konventionelle Kriegführung, unkonventionelle Kriegführung und Terrorismus angeführt sind; beim Terrorismus wurde noch weiter nach Akteur und Stoßrichtung unterschieden.

Bevor wir zu einer Explikation voranschreiten, soll die vorgenommene Ausdifferenzierung des Phänomens Terrorismus in Tabelle 2 näher erläutert werden. Das Wirkmittel Terrorismus kann nach den Akteuren, die ihn als Wirkmittel einsetzen, in nichtstaatlicher und staatlicher Terrorismus unterschieden werden. Nichtstaatliche Akteure in der Gestalt von Anti-Regime-Organisationen oder separatistischen, irredentistischen, autonomistischen oder auch regimetreuen vigilantistischen Organisationen setzen dieses Wirkmittel dazu ein, um (a) das eigene politische System zu destabilisieren, vor Ort oder vom Ausland aus organisiert; (b) eine andere Regierung dazu zu bringen, der bekämpften Regierung die Unterstützung zu entziehen oder gar gegen diese vorzugehen;¹⁷⁾ oder (c) das eigene Regime im Kampf gegen oppositionelle Kräfte zu unterstützen, im Inland organisiert.

Von staatlichem Terrorismus¹⁸⁾ ist zu sprechen, wenn eine politische Elite als Ganzes oder nur die regierende politische Elite (RPE)¹⁹⁾ dieses Wirkmittel dazu einsetzt, um (a) das eigene Massenpublikum einzuschüchtern und dadurch den Herrschaftsanspruch abzusichern; oder (b) Spezialeinheiten, eigene oder ausländische transnational operierende nichtstaatliche Machtorganisationen damit betraut werden, terroristische Akte im Ausland auszuführen, um ein politisches Regime zu destabilisieren oder Druck auf die politische Elite und/oder RPE auszuüben.

Kommen wir nun zu einer Explikation des Phänomens Terrorismus.

Von Terrorismus kann man analytisch sinnvoll nur dann sprechen, wenn durch die systematische Anwendung und/oder Androhung von Gewalt gegen Systemsymbole, Routinesystem und Einzelpersonen oder Kollektiven, die sich aus ihnen konstituieren, wie dem Massenpublikum, den Validatoren und der politischen Elite, der Versuch unternommen wird, hierdurch auf den psychischen Apparat²⁰⁾ der Individuen einzuwirken, damit Einzel- und/oder Gruppenentscheidungen über einen bestimmten Sachverhalt in eine wie immer gewünschte Richtung gefällt werden.

Strategien und Zusammenhänge

Strategien: Der „Counter-terrorism“ als wichtiges Element im terroristischen Konzept

„The true irony of retaliation and military force as a tool of counter-terrorism is that in the one moment it is a child, and a father too, the cycle of vengeance and the common human desire for revenge and retribution.“²¹⁾ Die Provokation von maßlosen, ungerechten, brutalen Gegenmaßnahmen durch die Machthaber ist ein wesentlicher Bestandteil der Guerillataktik und des Terrorismus, die sich gegen eine Zentralregierung oder Besatzungsmacht richten. Der Provozierte - politische Elite bzw. RPE - befindet sich in einem Dilemma, denn reagiert er nicht auf die Provokation, könnte das als Schwäche ausgelegt werden;²²⁾ andererseits wird relativ schnell der Vorwurf erhoben, die ergriffenen Gegenmaßnahmen seien überzogen. Politische Eliten entscheiden

sich in solchen Situationen für eine aktive Reaktion auf die Provokation, meist in Form von polizeilichen und/oder militärischen Operationen gegen die Insurgenten. Obwohl nur die betreffende Insurgentengruppe Ziel von solchen Operationen ist, werden auch immer Teile des Massenpublikums in Mitleidenschaft gezogen, die bisher politisch passiv waren oder die politischen Machthaber unterstützten.²³⁾ Durch diese Vorgehensweise verliert die RPE zunehmend an Unterstützung innerhalb des Massenpublikums, während die Insurgentengruppe an passiver und/oder aktiver Unterstützung dazugewinnt. Jene Teile des Massenpublikums, die sich am ehesten von der Regierung abwenden würden, versuchen die Insurgenten durch bestimmte Anreize an sich zu binden. Meist handelt es sich um die Herausnahme der Personen aus dem terroristischen Ziellaster, der Partizipation an Serviceleistungen²⁴⁾ in Form von *Club Goods*²⁵⁾ und/oder das Versprechen, sie vor staatlicher Willkür zu schützen.

Die Aufstandsbekämpfung kann entweder als Strafrechtsmodell oder als Kriegsmodell angelegt sein.²⁶⁾ Beim ersten Modell kommen gegen Insurgenten, die den Terrorismus als Wirkmittel einsetzen, die gleichen Methoden und Techniken wie bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zum Einsatz; die Durchführung der Gegenmaßnahmen - geleitet von der Prämisse der minimalen Gewaltanwendung - obliegt ausschließlich der Polizei und polizeilichen Sondereinheiten. Bei der Anwendung des Kriegsmodells bezweckt der Angegriffene (Staat), die Insurgenten durch den Einsatz von Militär und militärischen Spezialeinheiten zu überwältigen oder gar ihre physische Substanz zu zerstören.

In der praktizierten Aufstandsbekämpfung ist seit den Anschlägen vom 11. September 2001 eine Tendenz hin zum Kriegsmodell zu erkennen.²⁷⁾ Die gesetzten Maßnahmen²⁸⁾ sind nicht selektiver Natur, also auf die Insurgenten²⁹⁾ begrenzt und unter Berücksichtigung der Prämisse einer minimalen Beeinträchtigung anderer Personen in physischer oder juridischer Hinsicht, sondern erfahren eine Ausdehnung in der Breite und beeinträchtigen auch Grundrechte und Physis von (unbeteiligten) Dritten.³⁰⁾ Dem Personenkreis der (unbeteiligten) Dritten gehören alle Personen an, die nicht unmittelbar mit den Insurgenten in Verbindung stehen, also auch jene Personen, die aufgrund ihrer Interessen und Überzeugungen mit den Insurgenten sympathisieren. Folgt man der Logik des Kriegsmodells, tritt ein analytisches Problem, nämlich die präzise Festlegung der Zielgruppe der Aufstandsbekämpfung, in den Hintergrund, und die Taktik des Insurgenten, bei der Gegenseite eine überzogene Reaktion zu provozieren, die v.a. auch (unbeteiligte) Dritte schädigt, findet

Tab. 2 Kriegsmodell vs. Strafrechtsmodell		
KRITERIUM	KRIEGSMODELL	STRAFRECHTSMODELL
Insurgent	Insurgenten, die das Wirkmittel Terrorismus einsetzen, werden als Kombattanten wahrgenommen	Insurgenten werden als Kriminelle wahrgenommen
Handlungsdoktrin	das Ziel der Insurgenten zu überwältigen, diktiert den Einsatz von Gewalt	minimaler Einsatz von Gewalt gegen die Insurgenten
juristischer Aspekt	die Einhaltung der gegebenen Bürger- und Menschenrechte ist bei den Verfolgungen der Insurgenten nachrangig	die Verfolgung der Insurgenten muss unter Einhaltung der gegebenen Bürger- und Menschenrechte erfolgen
operative Ebene	die operationale Umsetzung obliegt dem Militär oder militärischen Sondereinheiten	die operationale Umsetzung liegt ausschließlich in den Händen der Polizei
Quelle: Darstellung des Autors auf Basis des Artikels: Ronald Crenlisten: Analysing Terrorism and Counter-terrorism: A Communication Model, In: Terrorism and Political Violence, 14(2)/2002, S. 66-90 S. 227		

ihre Umsetzung. Insurgenten oktroyieren somit der Gegenseite - RPE - ihre Spielregeln, die einen Rollenwechsel zwischen den Konfliktparteien vortäuschen: In der Wahrnehmung des Massenpublikums wird der Angreifer zum Angegriffenen und der Angegriffene zum vermeintlichen Aggressor.³¹⁾ Als Träger des Kriegsmodells der Aufstandsbekämpfung forciert die RPE parallel drei wesentliche Entwicklungen im Konzept der Insurgenten: (a) Die Konsistenz innerhalb der Insurgenten-Gruppe nimmt zu; (b) die Anzahl der Sympathisanten steigt an, weil der Staat subjektiv als unmittelbarer Aggressor wahrgenommen wird, und (c) der Prozess der Transformation vom Sympathisanten zum aktiven Anhänger wird beschleunigt.

An dieser Stelle sei noch notiert, dass der Erfolg des terroristischen Konzeptes auch von der Gestaltung der politischen Ordnung wesentlich determiniert ist. Eine quantitative Studie³²⁾ analysierte, ob ein Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der politischen Ordnung und der Existenz „terroristischer“ Insurgenten besteht. Das Ergebnis der Studie war eindeutig: „Terroristische“ Insurgenten wurden in demokratischen Systemen 3,5-mal häufiger als in autoritären Systemen registriert. Zwar sind auch autoritäre bzw. totalitäre Regime mit Insurgenten konfrontiert, die das Wirkmittel Terrorismus einsetzen, jedoch erreichen sie nie die Quantität, Kontinuität und Effektivität jener Gruppen in demokratisch verfassten Staaten.

Demokratien seien laut dem vorliegenden Befund besonders anfällig für Terrorismus, weil (a) durch den Entzug von bestimmten Bereichen der Lebenssphäre individueller und sozialer Art jener Freiraum geschaffen wird, der die Gründung einer Machtorganisation, die zum Wirkmittel Terrorismus greift, besonders fördert; (b) die verbrieft Meinungs- und Pressefreiheit einen idealen Resonanzraum für terroristische Anschläge schafft; und (c) die verbürgten Grund- und Freiheitsrechte auch Terroristen ein Mindestmaß an Schutz gegenüber der Staatsmacht garantieren.

Ein ähnlicher Befund stellt sich in den Fallklassen *Failed States*³³⁾ und *Hybrid-Regimen*³⁴⁾ ein, wenn auch aus anderen Gründen. In der ersten Fallklasse hat die RPE ihre Anordnungs-, Befehls- und Zwangsgewalt gegenüber allen auf ihrem Staatsgebiet lebenden Menschen eingebüßt. Wo immer dies der Fall ist, können folgende Entwicklungen in unterschiedlich starken Ausprägungen Platz greifen: (1) ein Anstieg der intrastaatlichen Gewalt, (2) der Grenzkontrollverlust, (3) wachsende Konflikte zwischen einzelnen, soziokulturellen Kollektiven in der Gesellschaft, (4) Bürgerkrieg, (5) der Einsatz des Wirkmittels Terrorismus, (6) die Unfähigkeit, Steuern ohne ungebührlichen Gewalteininsatz einzutreiben, (7) ein hohes Maß an Korruption, (8) Nahrungsmittelknappheit, die zu Hungersnöten führt, und (9) ein zusammengebrochenes Gesundheitssystem. Diese Entwicklungen gerinnen zu einem Biotop, in dem die unterschiedlichen Spielarten von Insurgenten und das organisierte Verbrechen hervorragend gedeihen.

Die zweite Fallklasse bilden so genannte *Hybrid-Regime*, wo Bauelemente liberal-demokratischer und autoritärer Regime in eigentümlicher Weise miteinander verwoben sind. Für diesen Regime-Typus ist kennzeichnend, dass weder effektive Mechanismen existieren, um Konflikte friedlich zu lösen, noch ein durchorganisierter und -strukturierter staatlicher Repressionsapparat vorhanden ist, um wirksam gegen Insurgenten vorzugehen.³⁵⁾

Obwohl seit den Ereignissen vom 11. September 2001 auch in westlich-liberalen Demokratien in bestimmten Bereichen des geltenden Rechtes eine Neujustierung vorgenommen wurde, die den Handlungsspielraum der staatlichen Organe erweitert und analog zu einer partiellen Einschränkung der Grundrechte führen könnte, kann noch nicht von einer grundlegenden Zäsur in der praktizierten Aufstandsbekämpfung auf nationaler Ebene gesprochen werden.³⁶⁾

Zusammenhänge: Provokations-Repressions-Mechanismus Reziproker Eskalationsmechanismus

Kommen wir nun zum Provokations-Repressions-Nexus, der zwar in den vergangenen Dekaden regelmäßig im Zentrum des wissenschaftlichen Diskurses stand,³⁷⁾ jedoch im Zusammenhang mit dem Einsatz des Terrorismus als Wirkmittel durch Insurgenten zu wenig berücksichtigt wurde. Die Sozialwissenschaft verliert in einem unendlich scheinenden Diskurs um definitonische Feinheiten den geschärften Blick für die Konfliktebene, degradiert somit selbige und vermittelt mitunter den Eindruck, es handle sich um religiösen Terrorismus, wenn islamistische Machtorganisationen dieses Wirkmittel einsetzen.

Obwohl schon wissenschaftliche Studien³⁸⁾ in den 1980er-Jahren nachvollziehbar dokumentierten, dass Akteure in der politischen Arena und in Konfliktsituationen auch rational handeln, steht dieser Punkt regelmäßig auf der Debattenagenda in wissenschaftlichen Zirkeln. Hier soll nicht diese Debatte ihre Fortsetzung finden, sondern konkret der Nexus zwischen Insurgenten, die den Terrorismus einsetzen, und der politischen Elite bzw. RPE behandelt werden. Der Eskalationsmechanismus kann definiert werden als Prozess „*zirkulärer Interaktionen, bei denen sich die Beteiligten in Richtung wachsender Abweichung stimulieren. Jeder Schritt der einen Seite erfährt ein positives Feed-back durch die andere.*“³⁹⁾ Es wäre falsch, diesen Nexus auf eine reine Reiz-Reaktions-Sequenz zu reduzieren und dabei den Kontext der handelnden Akteure zu negieren.

Das Verhalten der Akteure ankert im Wesen der politischen Ordnung, die maßgeblich Anzahl der relevanten Systemteilnehmer, der Handlungsoptionen (RPE) als auch die Entwicklung der Konfliktaustragung und der anfallenden Kosten⁴⁰⁾ bestimmt. Im autoritären Regime ist die Anzahl der relevanten Akteure auf die RPE, Insurgenten und Validatoren begrenzt. Die Partizipationsmöglichkeiten des Massenpublikums werden durch die RPE auf ein formal notwendiges Niveau reduziert, um den Anschein eines legitimierten Regimes zu wahren.⁴¹⁾ Prinzipiell erfolgt die Absicherung des Herrschaftsanspruches gegenüber allen Nicht-Mitgliedern des regierenden Blocks⁴²⁾ über einen mächtigen staatlichen Repressionsapparat. Was die Handlungsoptionen des regierenden Blocks anbelangt, so werden diese durch die geltende Rechtsordnung kaum eingeengt, denn es gilt das Prinzip der flexiblen Gesetzesinterpretation, d.h., Art und Intensität der Gegenmaßnahmen orientieren sich am erforderlichen Maß,⁴³⁾ um die Insurgenten so rasch wie möglich zu überwältigen. Insurgenten hingegen sind an einer Verlängerung der Konfliktaustragung so lange interessiert, bis entweder ein (Teil-) Erfolg im Kampf um politische Macht erzielt ist oder sich andere lukrative Tätigkeitsfelder⁴⁴⁾ auftun.

Wenn der Insurgent nicht nur die politische Existenz des regierenden Blocks in Frage stellt, sondern auch über das hierfür nötige Potenzial verfügt, werden die staatlichen Gegenmaßnahmen am Beginn der Konfliktaustragung überproportional hart ausfallen. Diese viel zitierte und kritisierte Überreaktion

sich die hier besprochenen Organisationen⁵⁹⁾ aus aktiven und ehemaligen Mitgliedern des staatlichen Sicherheitsapparates zusammen.

Die zwei Zielrichtungen,⁶⁰⁾ die vigilantistische Organisationen einschlagen können, lassen sich als Kriminalkontrolle (Typ I) und Kontrolle sozialer Machtverschiebungen (Typ II) kennzeichnen. Bei der ersten Erscheinungsform soll die ausufernde (organisierte) Kriminalität eingedämmt und damit der subjektiv wahrgenommene Verfall der öffentlichen Moral aufgehalten werden. Hier sind die zuständigen Sicherheitsorgane und Gerichte korrupt und/oder aufgrund unzureichender personeller und materieller Ressourcen nicht in der Lage, ihre Funktionen effizient und effektiv zu erfüllen. V.a. in lateinamerikanischen Staaten wie Brasilien oder Argentinien treiben so genannte Todesschwadronen ihr Unwesen, jedoch führten ihre Kommandoaktionen nicht zum gewünschten Ergebnis, sondern verschärften die bereits prekäre Situation. Der zweite Typus wendet sich gegen Organisationen und Insurgenten, die einen (grundlegenden) Wandel der politischen Ordnung und anderer funktionaler Teilsysteme der Gesellschaft oder den Austritt aus einem Staatsverband anstreben.

Diese Organisationen operieren mit Zustimmung der RPE oder werden zumindest von ihr toleriert, zumal solche Gruppen mitunter auch die Interessen eines Teiles oder der gesamten politischen Elite vertreten. In diese Fallmenge, die auch die mengenmäßig stärkste darstellt, fallen die Ku-Klux-Klan-Organisation, die Muslimbruderschaft während der 1930er-Jahre oder Anti-Terror-Sondereinheiten wie die spanische GAL-Group.

Einige (demokratische) Regierungen beschlossen die zuvor skizzierte Asymmetrie zwischen den Akteuren in Bezug auf ihre Handlungsoptionen dadurch zu korrigieren, indem verdeckt operierende Sondereinheiten gegründet wurden,⁶¹⁾ die selbst das Wirkmittel Terrorismus einsetzen. Diese spezielle Gegenstrategie wurde von den Regierungen in Italien, Peru, Argentinien und Spanien mit mäßigem Erfolg angewandt. In diesem Zusammenhang ist v.a. der Fall der GAL (*Grupos Antiterroristas de Liberación*) zu nennen, die 1983 unter der sozialistischen Regierung von Felipe Gonzales als Reaktion

auf die Zunahme der ETA-Anschläge gegründet wurde. In den ersten beiden Jahren des Überganges vom autoritären Franco-Regime zu einer demokratischen Staatsform konnte sich die separatistische ETA (*Euzkadi ta Azkatasuna*) weitgehend im Baskenland festsetzen und so weit konsolidieren, dass sie den Rest von Spanien mit terroristischen Anschlägen überzog.⁶²⁾

Innerhalb eines Jahrzehnts ihres Bestehens wurden zwei Dutzend Personen durch verdeckte Operationen der GAL getötet, mit der Konsequenz, dass die Anschläge der ETA nicht zurückgingen, sondern konstant durchschnittlich 30 Opfer pro Jahr forderten. Zu diesem Zeitpunkt war die ETA organisatorisch und strukturell soweit konsolidiert, dass selbst ein Militäreinsatz in der Basken-Region keinen endgültigen positiven Abschluss für die Zentralregierung in Madrid zum Ergebnis gehabt hätte. Obwohl für die Verantwortlichen im Staatsapparat das Scheitern dieser Strategie offensichtlich sein musste, wurde kein Kurswechsel vollzogen; erst ein Skandal Mitte der 1990er-Jahre bewirkte den Sturz von Premier Gonzalez und die offizielle Auflösung der GAL.

Das Wirkmittel vigilantistischer Terrorismus ist gänzlich ungeeignet, um Insurgenten in ihre Schranken zu weisen, zumal der Einsatz von parapolizeilichen Kräften beim einzelnen Individuum ein Gefühl von Verunsicherung bzw. Rechtlosigkeit bewirkt. Personen mit dieser psychischen Verfassung sind für die Propaganda des Insurgenten außerordentlich zugänglich.⁶³⁾ Ferner erfolgt der Einsatz von solchen Einheiten in Demokratien und *Hybrid-Regimen* in den meisten Fällen zu einem Zeitpunkt, wo der Insurgent seine organisatorische und strukturelle Konsolidierung erfolgreich abgeschlossen hat.

Fazit

Im Fokus dieses Aufsatzes steht die Entwicklung einer analytisch sinnvollen Explikation des Phänomens Terrorismus, und daran anschließend sollte der Versuch unternommen werden, die Kluft zum Forschungszweig Aufstand und Aufstandsbekämpfung zu überbrücken. Beide Vorhaben scheinen gelungen zu sein, wobei der Rückgriff auf Erkenntnisse aus dem Forschungszweig Aufstand und Aufstandsbekämpfung den Zimmermannschen⁶⁴⁾ Befund stützt, dass bei der Festlegung von Gegenmaßnahmen

eine Differenzierung nach Zielobjekten erforderlich ist, um ein Maximum an Effektivität und Effizienz⁶⁵⁾ zu erreichen. Hier muss v.a. zwischen der Insurgenten-Organisation und dem Massenpublikum unterschieden werden, die aus unterschiedlichen Motiven heraus eine Veränderung des politischen oder gesellschaftlichen Status quo anstreben.

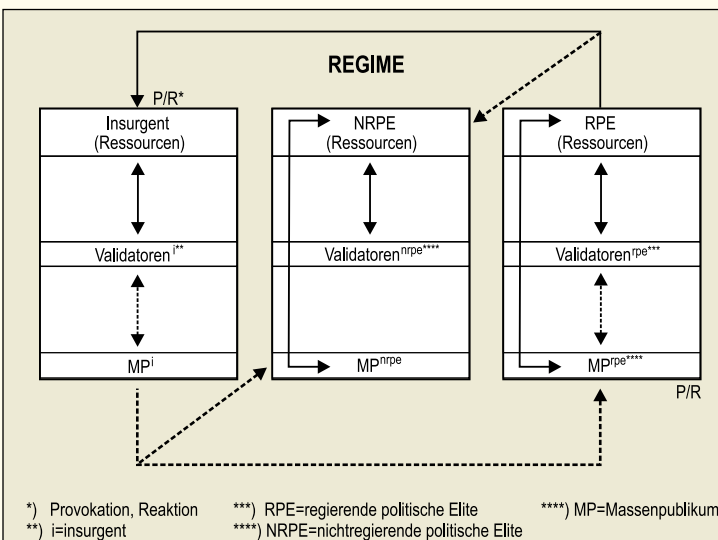
Doch selbst wenn die Forderung nach zielobjektbezogenen Gegenmaßnahmen erfüllt ist, hängt der (Miss-)Erfolg maßgeblich vom Zeitpunkt der aktiven Teilnahme an der Konfliktaustragung ab und hier sollte die politische Elite dem alten Grundsatz folgen: „*Wehret den Anfängen!*“

ANMERKUNGEN:

1) Vgl. Klaus Faupel: Die Wertkomponente in den Denkschulen der Disziplin Internationale Politik. In: Gerhard Zecha (Hg.): Werte in den Wissenschaften: 100 Jahre nach Max Weber. Tübingen 2007, S.217.

2) Alex P.Schmid/Albert I. Jongman: Political Terrorism: A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories & Literature. Transaction Publishers 2005, S.5.

Abb. 3 Interaktionsnexus II



Entwurf: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

- 3) Walter Laqueur: *Terrorism*. London 1977, passim.
- 4) Dazu vgl. Hans Kammler: *Logik der Politikwissenschaft*. Erschienen in der Reihe: Gottfried Erb/Axel Görlitz/Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.): *Systematische Politikwissenschaft*, Band 1. Wiesbaden 1976, S.7f.
- 5) Ebenda, S.10f.
- 6) Diese Redewendung wurde von Ekkart Zimmermann übernommen: Ekkart Zimmermann: *Krisen, Staatsstreich und Revolution: Theorien, Daten und neuere Forschungsansätze*. Westdeutscher Verlag 1981, S.194f; Gregory A. Raymond: *The Evolving Strategies of Political Terrorism*. In: Charles W. Kegley Jr. (Ed.): *The New Global Terrorism*. Upper Saddle River, N.J. 2003, S.71-83.
- 7) Zu dieser Sichtweise vgl. Peter Waldmann: *Terrorismus: Provokation der Macht*. München, S.98f; David C. Rapoport: *Sacred Terror: A Contemporary Example from Islam*. In: Walter Reich (Ed.): *Origins of Terrorism. Psychology, Ideology, Theologies, States of Mind*. Cambridge 1990, S.103-130.
- 8) Brad E. O'Neill: *Insurgency & Terrorism: Inside Modern Revolutionary Warfare*. Brassey's Inc 1990, S.70f.
- 9) Mit diesem Terminus sind alle Individuen gemeint, die weder zur politischen Elite noch zu den Validatoren gehören. Hier kann noch zwischen der Bürgerschaft, die mit Entscheidungskompetenz ausgestattet ist, und jenem Teil der Gesellschaft (nichtwahlberechtigte Kinder bzw. Jugendliche, Straftäter, denen für einen begrenzten Zeitraum das Wahlrecht entzogen wurde, und letztlich jene, die nicht im Besitz der Staatsbürgerschaft des betreffenden Staates sind), der de jure zur Teilhabe am politischen Prozess nicht berechtigt ist. Diese Unterteilung gilt für alle modernen Regime. Bei Niklas Luhmann wird diese Gruppe als Publikum geführt. Vgl. Niklas Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München, passim; Manfred Hättich: *Theorien der politischen Ordnung*. Lehrbuch der Politikwissenschaft, 3 Bde., Band 2. Mainz, S.177.
- 10) Als Validatoren eines politischen Systems werden jene Personen und Gruppen bezeichnet, die durch ihre Evaluierung den Output des politischen Systems informell über dessen Fortbestand, die Besetzung der wesentlichsten Position im Herrschaftsapparat und den politischen Kurs im Allgemeinen (mit-)bestimmen. Sie sind jedoch kein Bestandteil der Herrschaftselite. In pluralistischen Gesellschaften westlicher Prägung sind diese relativ zahlreich, während in allen anderen Gesellschaften primär die Entscheidungsträger im Sicherheitsapparat zu nennen wären. Vgl. Robert C. Noel: *Inter-Nation Simulation Participations' Manuel*. In: Harold Guetzkow et al. (Ed.): *Simulation in International Relations: Developments for Research and Teaching*. Englewood Cliffs 1963, S.46f; Gabriel A. Almond: *The American People and Foreign Policy*. New York 1963, S.140f.
- 11) Dazu vgl. Klaus Faupel: *Ein analytischer Begriff der Entspannung: Große Politik, Machtpolitik und das Ende des Ost-West-Konflikts*. In: *Zeitschrift für Politik*, 38(2)/1991, S.141.
- 12) Dazu vgl. Kammler, a.a.O., S.7f.
- 13) Hier sind sekundäre Kollektive gemeint. Vgl. Johan Galtung: *Theory and Methods of Social Research*. London, S.39f.
- 14) Martha Crenshaw: *Terrorism*. In: Neil J. Smelser/Paul B. Baltes (Ed.): *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Science*, 26 vols., vol. 23. New York 2001, S.15604.
- 15) Vgl. Thomas Perry Thornton: *Terror as a Weapon of Political Agitation*. In: Harry Eckstein (Ed.): *Internal War, Problems and Approaches*. New York 1964, S.76f; Peter Waldmann: *Terrorismus: Provokation der Macht*. München 1998, S.32f.
- 16) Ariel Merari: *Terrorism as a Strategy of Insurgency*. In: *Terrorism and Political Violence*, 5(4)/1993, S.235.
- 17) Wenn oppositionelle Organisationen das Wirkmittel Terrorismus im Ausland einsetzen, um die Regierung unter Druck zu setzen oder das System zu destabilisieren, oder die Durchführung terroristischer Aktivitäten gegen das eigene Regime im Ausland organisiert wird, dann handelt es sich um transnationalen Terrorismus.
- 18) Zum staatlichen Terrorismus allgemein vgl. Michael Stohl: *Demystifying the Mystery of International Terrorism*. In: Charles W. Kegley Jr. (Ed.): *International Terrorism*. New York 1990, passim; Walter Laqueur: *Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus*. Berlin 1998, S.202f. Zur Einteilung des staatlichen Terrorismus vgl. Michael Stohl: *Expected utility and state terrorism*. In: Tore Bjorge (Ed.): *Root Causes of Terrorism: Myths, Reality and Ways forward*. Routledge 2005, S.209; Donna Schlagheck: *The Superpowers, Foreign Policy and Terrorism*. In: Charles W. Kegley Jr. (Ed.): *International Terrorism*. New York 1990, S.170f.
- 19) Die Regierende Politische Elite (RPE) ist jener Teil der politischen Elite, der die wichtigsten Positionen im Herrschaftsapparat (Regierung) besetzt und folglich über politische Macht verfügt, um alle allgemeiner verbindlichen Entscheidungen zu fällen. Vgl. Robert C. Noel, a.a.O., S.46f.
- 20) Zu diesem Begriff vgl. Niklas Luhmann: *Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main 1984, S.346f.
- 21) Andrew Silke: *Fire of Lolais: The Role of State Countermeasures in Causing Terrorism and what needs to be done*. In: Tore Bjorge, a.a.O., S.249.
- 22) Peter Waldmann: *Terrorismus: Provokation der Macht*. München 1998, S.34. Die gegensätzliche Auffassung vertritt Mueller; vgl. John Mueller: *Six Rather Unusual Propositions about Terrorism*. In: *Terrorism and Political Violence*, 17(4)/2005, S.501.
- 23) Merari, a.a.O., S.34f.
- 24) Vgl. Peter Hilsenrath: *Health Policy as Counter Terrorism: Health Services and the Palestinians*. In: *Defence and Peace Economics*, 16(5)/2005, S.365-374; Shawn Teresa Flanigan: *Charity as Resistance: Connection between Charity, Contentious Politics and Terror*. In: *Studies in Conflict and Terrorism*, 29(7)/2006, S.641-655.
- 25) Als Club Goods werden alle Güter und Dienstleistungen bezeichnet, bei denen die Inanspruchnahme auf einen bestimmten Personenkreis (Club) begrenzt ist, z.B. Kabelfernsehen. Die begrenzte Inanspruchnahme wird durch die Präferenzstruktur - maximaler wirtschaftlicher Ertrag - des Anbieters definiert.
- 26) Ronald Crelinsten: *Analysing Terrorism and Counter-terrorism: A Communication Model*. In: *Terrorism and Political Violence*, 14(2)/2002, S.86-94.
- 27) Dieser Befund bezieht sich nur auf die praktizierte Aufstandsbekämpfung auf nationalstaatlicher Ebene in den USA und Westeuropa. Die Auslagerung von „harten“ Verhörern in befreundete Staaten wird hier nicht bestritten, jedoch sollte der Wandel der praktizierten Aufstandsbekämpfung andernorts bearbeitet werden, da hier nur eine Zusammenschau erforderlich ist.
- 28) Vgl. Peter C. Sederberg: *Response to Dissident Terrorism: From Myth to Maturity*. In: Charles W. Kegley Jr. (Ed.): *International Terrorism*. New York 1990, S.264f.
- 29) Hier sind alle Personen gemeint, die nach Gressel dem paramilitärischen Arm, den Nebenorganisationen und der ideologischen Kerngruppe angehören. Vgl. Gustav Gressel: *Terrorismus und Konflikte*, unveröffentlichtes Papier. Wien 2006.
- 30) Ronald Crelinsten: *Analysing Terrorism and Counter-terrorism: A Communication Model*. In: *Terrorism and Political Violence*, 14(2)/2002, S.90.
- 31) Vgl. Peter Waldmann: *Terrorismus: Provokation der Macht*. München 1998, S.34.
- 32) Lee Eubank/Leonard Weinberg: *Does Democracy Encourage Terrorism?* In: *Terrorism and Political Violence*, 6(4)/1994, S.417-443.
- 33) Vgl. Robert I. Rotberg: *Failed States in a World of Terror*. In: *Foreign Affairs*, 81(4)/2002, S.127-140.
- 34) Vgl. Friedbert W. Rüb: *Hybride Regime - Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitorologie*. In: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hrsg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*. Opladen 2003, S.93-118.
- 35) Vgl. Errol A. Henderson/David J. Singer: *Civil War in Post-Colonial World, 1946-1992*. In: *Journal of Peace Research*, 37(3)/2000, S.279f.
- 36) Ronald Crelinsten spricht hier von politischer Justiz.
- 37) Jessica N. Trisko: *Coping with the Islamist Threat: Analyzing Repression in Kazakhstan, Kyrgyzstan and Uzbekistan*. In: *Central Asia Survey*, 24(4)/2005, S.376f.
- 38) Vgl. Mark Irving Lichbach: *Deterrence or escalation? The puzzle of aggregate studies of repression and dissent*. In: *The Journal of Conflict Resolution*, 31(2)/1987, S.273-297.
- 39) Friedhelm Neidhardt: *Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierung absurder Prozesse*. In: H. von Alemann (Hrsg.): *Soziologie in weltbürgerlicher Absicht, Festschrift für René König*. Opladen 1981, S.245.
- 40) Scott Sigmund Gartner/Patrick M. Regan: *Threat and Repression: The Non-Linear Relationship between Government and Opposition Violence*. In: *Journal of Peace Research*, 33(2), S.277.
- 41) Vgl. Jack A. Goldstone: *Revolutions in Modern Dictatorships*. In: Jack A. Goldstone (Ed.): *Revolutions: Theoretical, Comparative, and Historical Studies*. Ithaca 2003, S.69-75.
- 42) Setzt sich aus RPE und ihren unterstützenden Validatoren zusammen.
- 43) Scott Sigmund Gartner/Patrick M. Regan: *Threat and Repression: The Non-Linear Relationship between Government and Opposition Violence*. In: *Journal of Peace Research*, 33(2), S.276.
- 44) Hier handelt es sich um den Einstieg in Teilsparthen der organisierten Kriminalität (Drogen-, Waffen- oder Menschenhandel). Eine solche Neujustierung der Zielsetzungen schließt per se einen Wiedereinstieg in den Kampf um politische Macht nicht aus. Als Beispiel sei hier auf die kolumbianische FARC oder die IMU verwiesen; vgl. Chris Dishman: *Terrorism, Crime and Transformation*. In: *Studies in Conflict and Terrorism*, 24(1), S.43-58.

- 45) Vgl. Michael Zürn: Interessen und Institutionen in der internationalen Politik: Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes. Opladen 1992, S.139f, S.322.
- 46) Gartner/Regan, a.a.O., S.276-277.
- 47) Die „Große Politik“ (high politics) umfasst auf der intrastaatlichen Ebene die innere Souveränität, also die Anordnungs-, Befehls- und Zwangsgewalt des Staates gegenüber allen auf seinem Staatsgebiet lebenden Menschen, den Erhalt des Regimes und den Verbleib der RPE im Amte. Vgl. Klaus Faupel: Ein analytischer Begriff der Entspannung: Große Politik, Machtpolitik und das Ende des Ost-West-Konflikts. In: Zeitschrift für Politik, 38(2)/1991, S.143f.
- 48) Vgl. Klaus Faupel: Einwirkungen des Auslands auf Redemokratisierungsprozesse in der Dritten Welt. In: Gesine Schwan (Hrsg.): Internationale Politik und der Wandel von Regimen. (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Heft 4) 1987, S.108-109; Robert E. Pape: Why economic sanctions does not work. In: International Security, 22(2)/1997, S.109f.
- 49) Die Nichtregierende Politische Elite (NRPE) ist jener Teil der politischen Elite, der zwar in den politischen Gremien vertreten ist, jedoch nicht über politische Macht verfügt, um eigenständig allgemeinverbindlichen Entscheidungen herbeizuführen. Man versucht jene Gruppen (Massenpublikum und/oder Validatoren) für sich zu vereinnahmen, die über die Verteilung der politischen Macht entscheiden. Vgl. Robert C. Noel: Inter-Nation Simulation Participations' Manual. In: Harold Guetzkow et al. (Ed.): Simulation in International Relations: Developments for Research and Teaching. Englewood Cliffs 1963, S.46f.
- 50) Zu diesem Begriff vgl. Hermann L. Gukenbiehl: Institution und Organisation. In: Hermann Korte/Bernhard Schäfers (Hrsg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie, 5., erw. u. aktualisierte Aufl. Opladen 2000, S.141-158.
- 51) Vgl. Robert C. Noel, a.a.O., S.47.
- 52) Nach dem Scheitern der Gespräche von Camp David, welche genau vom 11.bis 25. Juli 2000 dauerten, mehrten sich im Sommer dieses Jahres die Hinweise darauf, dass soziale Not in den Palästinensergebieten ebenso wie die tiefe Enttäuschung und der politische Frust in vielen Palästinensern in militante Aktionen gegen die Besatzungsmacht umschlagen könnten. In dieser prekären Situation besuchte der damalige Likud-Führer Ministerpräsident Ariel Sharon in Begleitung eines großen Polizeiaufgebotes den Ost-Jerusalem Tempelberg, um vor der Al-Aksa-Moschee israelische Ansprüche geltend zu machen. Dieser Besuch löste den Ausbruch der Al-Aksa-Intifada im September 2000 aus.
- 53) Zu diesen Begriffen vgl. Michael Zürn: Interessen und Institutionen in der internationalen Politik: Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes. Opladen 1992, S.147f.
- 54) Vgl. Gartner/Regan, a.a.O.
- 55) Neidhardt: Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse, a.a.O., S.251f.
- 56) Vgl. Darstellung des RAF-Terrorismus in: Neidhardt, ebenda, S.243-257.
- 57) Jon H. Rosenbaum/Peter C. Sederberg: Vigilantism: An Analysis of Establishing Violence. In: Comparative Politics, 6(4)/1974, S.541-570.
- 58) Ebenda, S.564f.
- 59) Solche Sondereinheiten wurden explizit zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten gegründet.
- 60) Rosenbaum/Sederberg, a.a.O., S.548-556.
- 61) Peter Chalk: The Response to Terrorism as a Threat to Liberal Democracy. In: Australian Journal of Politics and History, 44(3)/1998, S.380f.
- 62) Ebenda, S.380.
- 63) Trisko, a.a.O., S.376.
- 64) Zimmermann, a.a.O., S.67f.
- 65) Zu diesen Begriffen vgl. Nils C. Bandelow: Policy Lernen und politische Veränderungen. In: Klaus Schubert/Nils C. Bandelow (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. Oldenburg 2003, S.305.

Mag. Clemens Alexander Eicher

Geb. 1979; Gefreiter; seit 2008 Doktoratsstudium Politikwissenschaft, Paris-Lodron-Universität Salzburg; Diplomstudium Politikwissenschaft und „Gewählter Fächer“ (Geschichte, Ökonomie, Völkerrecht und Kriminologie), Paris-Lodron-Universität Salzburg (Abschluss: Mag. phil.); Erwerb und Weiterentwicklung aller vier Sprachkompetenzen in der arabischen Sprache.

Geglückter Spagat?

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr zwischen Einsatzverwendung und Inlandsauftrag

Jochen Moos

Die Bundeswehr befindet sich in der Transformation. Diese ist darauf ausgerichtet, die Streitkräfte bis zum Jahr 2010 ihrer Struktur wie ihrer Ausrüstung nach auf ihren gewandelten Auftrag einzustellen. Drei Dokumente aus dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) sind diesbezüglich richtungweisend: die aktuellen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom 21. Mai 2003¹⁾ und die darin vorgenommene Definition des Auftrages der Bundeswehr; die Konzeption der Bundeswehr (KdB) vom 9. August 2004²⁾ mit den darin enthaltenen operativen, personellen, strukturellen und materiellen Vorgaben zur effektiven Auftragserfüllung sowie schließlich das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr vom 25. Oktober 2006,³⁾ das konkrete Zielvorgaben für den Einsatz im neuen Auftragsspektrum beinhaltet. Die Bundeswehr, so die Quintessenz der drei Dokumente, ist eine Armee im Einsatz.

Von den seit 1992 frequenter, länger und intensiver werdenden Einsatzaufträgen ist die Bundeswehr in ihrer Gesamtheit betroffen, einschließlich des Personals der zivilen Truppenverwaltung. Dennoch lässt sich mühelos eine Reihe von Bereichen identifizieren, innerhalb derer die Beanspruchungen durch Auslandseinsätze höher sind als in anderen.⁴⁾ Einen dieser Bereiche rückt das vorliegende Diskussionspapier in das Zentrum seiner Betrachtungen: den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr. Dieser bildet seit seiner Aufstellung im April 2002 einen eigenständigen Organisationsbereich innerhalb der Streitkräfte. Als solcher führt er das medizinische Personal von Heer, Marine und Luftwaffe weitgehend vollständig zusammen und erfüllt einen zentralen Auftrag: die medizinische Versorgung der Bundeswehrangehörigen. Dieser gilt grundsätzlich losgelöst von der Frage, ob ein erkrankter, verletzter oder verwundeter Soldat eine medizinische Versorgung im In- oder Ausland benötigt. Seitdem jedoch Planungen der verantwortlichen Stellen im BMVg die Zukunftsaufgaben der Bundeswehr v.a. im Auslandseinsatz identifizieren, konzentriert sich auch der Auftrag des Sanitätsdienstes hierauf. Manifest wurde dies schon in den Fachlichen Leitlinien für die sanitätsdienstliche Versorgung von Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz vom 27. September 1995. Diese identifizierten Auslandseinsätze des Sanitätsdienstes als zentrale Herausforderung und definierten hiervon ausgehend die Maxime, dass im Auslandseinsatz erkrankte, verletzte oder verwundete Soldaten eine medizinische Versorgung erhalten sollen, die im Ergebnis dem Standard in Deutschland entspricht. Personal- und Ausrüstungsplanungen sollen entsprechend ausgerichtet werden. Diese Vorgaben hat zuletzt auch der Leitfaden Grundsätze für Führung und Einsatz des Sanitätsdienstes der Bundeswehr vom 21. Juli 2006 noch einmal aufgegriffen und weiter ausgeführt.

Die in den beiden Dokumenten definierte Maxime trägt den aktuellen Entwicklungen im Auftragsspektrum des Zentralen Sanitätsdienstes Rechnung. Gleichwohl werden hierdurch

auch Fragen aufgeworfen. Diesen wendet sich das vorliegende Papier zu. Den Ausgangspunkt bildet dabei die Frage, wie genau der Auftrag des Sanitätsdienstes formuliert ist und in welchen Strukturen dieser erfüllt werden soll. In einem dritten Abschnitt wird es darum gehen, die Beanspruchungen des Sanitätsdienstes durch Auslandseinsätze darzulegen. Zu fragen ist insbesondere, ob die Auslandseinsätze den Sanitätsdienst der Bundeswehr signifikant höher beanspruchen als andere Teile der Streitkräfte. Um diesbezüglich eine auch empirisch fundierte Aussage treffen zu können, wird im entsprechenden Abschnitt eine prozentuale Einsatzverwendung von Truppengattungen aus dem medizinischen Bereich ermittelt und diese in Relation zu entsprechenden Werten anderer Truppengattungen gesetzt. Maßgebliche Quelle hierfür sind Zahlen aus dem BMVg, die dem Deutschen Bundestag im August 2007 vorgelegt wurden. In einem weiteren Abschnitt wird dann der Frage nachgegangen, wie sich die Auslandseinsätze des Sanitätsdienstes auf dessen Fähigkeit zur Gewährleistung der medizinischen Inlandsversorgung auswirken. Ausgehend von der Feststellung, dass Inlands- und Einsatzauftrag den Sanitätsdienst aktuell in ein Dilemma stürzen und ein „Weiter so!“ mithin nicht möglich ist, formuliert der letzte Abschnitt des Papiers Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der aktuell schwierigen Situation des Sanitätsdienstes.

Der Auftrag des Sanitätsdienstes

Der Auftrag des Sanitätsdienstes, fixiert zuletzt im Weißbuch, besteht darin, die Gesundheit der Soldaten zu schützen, zu erhalten und gegebenenfalls wiederherzustellen. Dabei ist es grundsätzlich unbeachtlich, ob die sanitätsdienstliche Behandlung im Rahmen einer normalen Funktionsverwendung oder im Zuge eines Auslandseinsatzes erfolgt. Angesichts des gewandelten Auftrages der Streitkräfte ist die sanitätsdienstliche Einsatzversorgung jedoch inzwischen zur primären Aufgabe des Sanitätsdienstes geworden. Aus der Fürsorgepflicht des Dienstherren entsprechend § 31 Soldatengesetz folgt auch die Verpflichtung, gesundheitliche Beeinträchtigungen der Soldaten nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Wo solche dennoch auftreten, sollen sie durch entsprechende Behandlung seitens des Sanitätsdienstes beseitigt werden.

Im Inland bedeutet sanitätsdienstliche Versorgung der Soldaten insbesondere die Bereitstellung einer allgemeinmedizinischen Versorgung. Verantwortet wird diese v.a. durch die 75 Standortsanitätszentren und die dort eingesetzten Truppenärzte. Soweit fachärztliche Untersuchungen oder Behandlungen erforderlich sind, können Soldaten auf Leistungen der 18 Fachsanitätszentren sowie der aktuell noch fünf, demnächst vier, Bundeswehrkrankenhäuser zurückgreifen. Letzteren obliegt zusätzlich die stationäre Versorgung der Angehörigen der Bundeswehr.

Die zunehmende Frequenz und Intensität von Auslandseinsätzen hat die politische und militärische Führung der Bundeswehr dazu gezwungen, den Auftrag des Sanitätsdienstes auch speziell mit Blick auf Auslandseinsätze zu bestimmen. Entsprechende konzeptionelle Vorgaben enthält v.a. der Leitfaden Grundsätze für Führung und Einsatz des Sanitätsdienstes der Bundeswehr vom 21. Juli 2006. Kern dieses Dokumentes ist der darin formulierte Anspruch, den Soldaten im Einsatz eine medizinische Versorgung zuteil werden zu lassen, die im Ergebnis dem fachlichen Standard in Deutschland entspricht. Dies schließt auch die Angehörigen verbündeter und befreundeter Staaten mit ein. Die in den Grundsätzen definierten sanitätsdienstlichen Grundlagen rücken die Notfallversorgung der Soldaten im Einsatzland ins Zentrum und identifizieren ein Verbundsystem aus Sanitätseinrichtungen verschiedener Behandlungsebenen sowie eine leistungsfähige Rettungskette als Voraussetzung für die Erfüllung der Maxime.

Die in den Grundsätzen vorgenommene Definition von insgesamt vier Behandlungsebenen greift Vorgaben der NATO auf,⁵⁾ erweitert diese aber noch um das Element der Selbst- und Kameradenhilfe: Jeder Soldat der Bundeswehr soll als Helfer im Sanitätsdienst ausgebildet sein und als solcher lebensrettende Sofortmaßnahmen einleiten können. An die durch die jeweiligen Kameraden durchzuführende Erstversorgung schließen auf der Behandlungsstufe 1 lebensrettende sanitätsdienstliche bzw. notfallmedizinische Maßnahmen an. Diese sollen - je nach Lage - von (luftbeweglichen) Sanitätstrupps, Landtransportbegleittrupps oder (luftbeweglichen) Arzttrupps durchgeführt werden. Letztere bilden eine Neuerung und werden immer von einem Sanitäts-offizier Arzt geführt, der über die Qualifikation Rettungsmediziner verfügt. In Form der Rettungsstationen werden ebenfalls noch auf der Ebene 1 Sanitätseinrichtungen vorgehalten. Hier sollen verwundete Soldaten eine allgemein- und notfallmedizinische Erstversorgung erfahren und ihr Zustand so weit stabilisiert werden, dass ein Verwundetentransport in Einrichtungen der Behandlungsebene 2 oder 3 möglich wird. Die Rettungszentren auf der Behandlungsebene 2 sollen so eingerichtet sein, dass hier eine erste (notfall)-chirurgische Akutversorgung sowie eine begrenzte postoperative Pflege geleistet werden können. Auch eine begrenzte fachärztliche Versorgung soll hier schon zur Verfügung stehen. Auf der Behandlungsebene 3, den Einsatz-lazaretten, sollen die Fähigkeiten der vorhergehenden Ebenen durch Facharzt- und Pflegemodule erweitert werden, sodass im Ergebnis auch Mehrfachverwundete in annähernd allen wesentlichen Fachgebieten der Medizin versorgt und für eine Verlegung per STRATAIRMEDEVAC vorbereitet werden können.

Die Behandlungsebene 4 schließlich wird nicht mehr im Ausland gewährleistet, sondern in der Sanitätsbasis Inland. In den Krankenhäusern der Bundeswehr und den Einrichtungen des zivilen Gesundheitswesens soll die abschließende Behandlung in allen medizinischen Fachgebieten erfolgen und mit der Rehabilitation des verwundeten Soldaten abschließen.

Die Struktur des Sanitätsdienstes

Ausgehend von dem in den VPR definierten Auftrag soll die Struktur der Bundeswehr bis zum Jahr 2010 auf die Durchführung von Einsätzen zur Krisen- und Konfliktbewältigung einschließlich des internationalen Terrorismus ausgerichtet werden. Mit Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräften werden drei Krätekategorien geschaffen, die mit spezifischen Fähigkeiten zur Auftragserfüllung der Streitkräfte beitragen

sollen.⁶⁾ Diese Aufsplitterung findet sich auch im Bereich des Sanitätsdienstes wieder.

Die Eingreifkräfte mit einem angestrebten Umfang von 2.000 Soldaten sollen insbesondere die Fähigkeit zur Unterstützung von Einsätzen multilateraler Verbände entwickeln. Das heißt konkret, in der Lage zu sein, leichte und mobile Sanitätseinrichtungen zur Unterstützung auch luftbeweglicher Kräfte bereitzuhalten und diese gegebenenfalls sehr rasch zu verlegen. Denkbar und angestrebt ist weiterhin, dass entsprechende Kräfte nicht nur zur Beendigung bewaffneter Konflikte, sondern auch für humanitäre Einsätze verfügbar gemacht werden. Entsprechend der KdB sollen sich die Eingreifkräfte zur Erfüllung ihres Auftrages materiell auf luftverlegbare Sanitätseinrichtungen und Rettungszentren stützen; personell sollen sie sich v.a. aus den 1.900 Angehörigen des Kommandos Schnelle Einsatzkräfte Sanitätsdienst (KSES) speisen und gegebenenfalls durch Angehörige anderer Krätekategorien verstärkt werden.

Auf den Schultern der rund 4.500 Angehörigen der Stabilisierungskräfte wird zukünftig die Hauptlast der Auslandseinsätze des Sanitätsdienstes liegen. Angehörige dieser Krätekategorie sollen die sanitätsdienstlichen Komponenten in den Einsatzkontingenten stellen, die für die Bewältigung von Operationen mittlerer und niedriger Intensität aufgestellt werden. Personell rekrutieren sich die für diese Aufträge vorgesehenen Soldaten aus Sanitäts- und Lazarettregimentern sowie aus Teilen des sanitätsdienstlichen Truppendienstes. Zur Bewältigung ihres Auftrages sollen entsprechende Kräfte zunächst auf modulare, containerbasierte Sanitätseinrichtungen zurückgreifen können; soweit sich indes eine Einsatzdauer von mehr als zwölf Monaten abzeichnet, wird angestrebt, die modularen Einrichtungen durch eine feste Infrastruktur zu ersetzen.

Die Unterstützungskräfte mit einem Umfang von 13.220 Frauen und Männern, darunter 2.300 Grundwehrdienstleistende, umfassen grundsätzlich alle Kräfte zur Aufrechterhaltung der sanitätsdienstlichen Versorgung im Inland. Dazu sollen v.a. zwei weitere Aufgaben treten: die Abstellung medizinischen Personals für den STRATAIRMEDEVAC sowie das Bereithalten eines Pools von sanitätsdienstlichem Fachpersonal, das gegebenenfalls als Verstärkung für Eingreif- und Stabilisierungskräfte herangezogen werden kann. Schließlich übernehmen diese Kräfte alle Maßnahmen zur fachlichen und personellen Unterstützung der beiden übrigen Krätekategorien während der Einsatzvorbereitung und -durchführung.

Die neue Kommandostruktur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr gleicht derjenigen der übrigen Teilstreitkräfte bzw. der Streitkräftebasis (SKB) als zweitem militärischem Organisationsbereich der Bundeswehr. Dem direkt beim Bundesministerium angesiedelten Führungsstab unter der Leitung des Inspektors des Sanitätsdienstes unterstehen das Sanitätsführungskommando sowie das Sanitätsamt als obere Kommandobehörden. Beiden ist jeweils eine Reihe weiterer Kommandobehörden unterstellt.⁷⁾ Im Falle des hier betrachteten Sanitätsführungskommandos handelt es sich dabei um vier Sanitätskommandos (SanKdo) sowie das KSES. Jedes SanKdo seinerseits gliedert sich noch einmal in verschiedene sanitätsdienstliche Verbände, Truppenteile und Dienststellen.

Den wesentlichen Auftrag der SanKdo bildet die Gewährleistung der sanitätsdienstlichen Versorgung der im Aufgabenbereich des Kommandos stationierten Angehörigen aller Teilstreitkräfte und militärischer Organisationsbereiche. Daneben sollen sie

im Inland Ausbildungs- und Übungsunterstützung leisten. Mit Blick auf die Auslandseinsätze zentral ist die Aufstellung von Einsatzkontingenten auf Befehl des Führungskommandos. Diesbezüglich tragen die jeweiligen SanKdoen Verantwortung für die Bereitstellung von sanitätsdienstlichen (Teil-)Kontingenten, führen einsatzvorbereitende Ausbildungen für alle Teilstreitkräfte durch und stellen schließlich Stabspersonal für nationale und multinationale Hauptquartiere.

Das KSES gliedert sich in *Initial Entry*- und *Follow On Forces* sowie Kräfte der Führungs- und Einsatzunterstützung. Ausbildung und Ausrüstung sind darauf ausgerichtet, eine notfallmedizinische und chirurgische Grundversorgung durch *Initial Entry Forces* bereits eine Stunde nach Ankunft im Einsatzgebiet gewährleisten zu können. Spätestens nach 72 Stunden sollen dann, unter Rückgriff auf *Follow On Forces*, medizinische Kapazitäten auf dem Niveau eines Rettungszentrums bereitgehalten werden. Diese Vorgaben sind zunächst an der Unterstützung von multilateralen (Einsatz-)Verbänden orientiert und auf Operationen der Divisionen für spezielle und luftbewegliche Operationen (DSO, DLO) der Bundeswehr ausgerichtet. Daneben sollen Kräfte des KSES auch für Versorgungs- und Evakuierungsoperationen sowie Aufträge der humanitären Not- und Katastrophenhilfe herangezogen werden. Das Kommando Führungs- und Einsatzunterstützung als dritter Bestandteil des KSES ist mit der Bereitstellung von Führungsmitteln, Gefechtsfeldorganisation sowie Fernmeldeverbindungen beauftragt. Schließlich soll das Kommando den Aufbau einer leistungsfähigen Logistik zum Transport von Verwundeten sowie zur Versorgung mit Sanitätsmaterial, Arzneimitteln, Betriebsstoffen und Verpflegung gewährleisten.

Beanspruchungen des Sanitätsdienstes durch Auslandseinsätze

Dass die Auslandseinsätze für die Bundeswehr insgesamt eine große Herausforderung darstellen, wird heute nicht mehr bezweifelt. Dies schließt das medizinische Personal der Bundeswehr ein; bisweilen wird auch die Auffassung vertreten, Beanspruchungen durch Auslandseinsätze betreffen dieses in besonderem Maße. Entsprechend lassen sich Äußerungen aus Regierung, Parlament, Sanitätsdienst, Wissenschaft und Publizistik vernehmen. Inwieweit sich diese Auffassung empirisch bestätigen lässt, wird nachfolgend ausführlicher diskutiert.⁸⁾

Die Auswertung des zur Analyse herangezogenen Materials aus dem BMVg deutet an, dass die vorliegend unter dem Oberbegriff Sanitätsdienst zusammengefassten Truppengattungen mit medizinischer Funktion zwar in der Tendenz stärker durch Auslandseinsätze beansprucht werden als die übrigen Truppengattungen der Streitkräfte. So eindeutig wie dies bisweilen vertreten wird, ist die These einer starken Beanspruchung empirisch indes nicht zu belegen. Entsprechend den Zahlen des BMVg stehen 56.829 aktiven Soldaten aller Teilstreitkräfte und Truppengattungen sowie allen einsatzverwendungsfähigen Laufbahngruppen - also Berufs- und Zeitsoldaten sowie FWDL - mit Auslandseinsatz 154.827 Soldaten gegenüber, die entsprechende Verwendungen bisher nicht durchlaufen haben. Dies entspricht einem prozentualen Wert von Soldaten mit Auslandseinsatz von knapp 27%. Diesem Wert gegenüber steht derjenige des Sanitätsdienstes.

Dieser besteht aus insgesamt 20.846 grundsätzlich für Auslandseinsätze heranziehbaren Soldaten, von denen wiederum 6.819 schon mindestens ein Mal in einen entsprechenden Einsatz befohlen waren. Dies entspricht einem Anteil von knapp einem Drittel. Damit ist zwar eine leicht überdurchschnittliche durch Auslandseinsätze bedingte Beanspruchung des Sanitätsdienstes insgesamt zu konstatieren; allerdings fällt diese weniger signifikant aus, als dies angesichts der immer wiederkehrenden Berichte über dessen Beanspruchungen zu erwarten gewesen wäre.

Tab. 1 Verbände, Truppenteile und Dienststellen der Sanitätskommanden				
SanKdo und Standort	SanKdo I (Kiel)	SanKdo II (Diez)	SanKdo III (Weißenfels)	SanKdo IV (Bogen)
Einrichtung				
Krankenhäuser	Hamburg	Koblenz	Berlin	Ulm
Lazarettregiment	11 (Breitenburg)	21 (Rennerod)	31 (Berlin)	41 (Horb am Neckar)
Sanitätsregiment	—	22 (Ahlen)	32 (Weißenfels)	42 (Kempten/Allgäu)
Sanitätszentren	26	17	11	21
Fachsanitätszentren	6	5	2	5

Quelle: Darstellung des Autors nach www.sanitaetsdienst-bundeswehr.de

Dieser Feststellung ungeachtet verdeutlicht Tabelle 2, dass von den zehn am stärksten durch Auslandseinsätze beanspruchten Truppengattungen der Streitkräfte insgesamt sieben medizinische Funktionen erfüllen. Insofern ist die These von der überdurchschnittlichen Beanspruchung des medizinischen Personals der Bundeswehr zutreffend und auch empirisch belegbar.⁹⁾

Die voran abgebildete Tabelle 2 bietet auch Anlass, den Blick detaillierter auf die Offiziere des Sanitätsdienstes und damit (implizit) auch auf das ärztliche Personal zu richten. In diesem Kontext ist der Frage nachzugehen, ob die Offiziere des Sanitätsdienstes im Vergleich zu jenen anderer Truppengattungen besonders von Auslandseinsätzen betroffen sind und ob - folglich - das ärztliche Personal einer besonderen Beanspruchung unterliegt.¹⁰⁾ Diesbezüglich ist zunächst festzuhalten, dass etwa ein Drittel aller Offiziere der Bundeswehr mindestens einen Auslandseinsatz absolviert hat. Dem steht der Wert der Offiziere aus dem sanitätsdienstlichen Bereich gegenüber. Von den hier insgesamt 4.351 Offizieren waren mehr als 47% (oder total 2.151) zu mindestens einem Auslandseinsatz befohlen. Diese Erkenntnis unterstreicht zunächst ganz grundsätzlich eine besondere Beanspruchung des sanitätsdienstlichen Offizierspersonals durch Auslandseinsätze.

Allerdings ist auch vorliegend vor pauschalen Bewertungen zu warnen. Zwei Gründe sind hierfür maßgeblich: Zum einen gibt es unter dem sanitätsdienstlichen Offizierspersonal erhebliche Unterschiede hinsichtlich der prozentualen Heranziehung zu Auslandseinsätzen. Zum anderen wird auch das Offizierspersonal anderer Truppengattungen teilweise mit hohen prozentualen Werten zu entsprechenden Einsätzen herangezogen. Die nachfolgende Tabelle gibt abschließend eine Übersicht über die höchste Beanspruchung von Offizierspersonal durch Auslandseinsätze im medizinischen wie nicht-medizinischen Bereich.

Ziel der vorangegangenen Ausführungen und deren Quintessenz war der Hinweis darauf, dass es die unverhältnismäßige Beanspruchung dessen, was inzwischen als Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr bezeichnet wird, nicht gibt. Das medizinische Personal der Bundeswehr verteilt sich auf verschiedene Bereiche und Funktionen, die jeweils im Einzelfall in den Blick genommen werden müssen. Erst eine entsprechend differenzierte

Betrachtung schafft die Voraussetzung für empirisch fundierte Ausführungen über die tatsächliche Beanspruchung entsprechender Angehöriger der Streitkräfte. Wesentlich ist aber die auch empirisch gestützte Erkenntnis, dass insbesondere das sanitätsdienstliche Offizierspersonal und damit implizit auch das ärztliche Personal des Sanitätsdienstes einer starken Beanspruchung durch Auslandseinsätze unterliegen. Dies betrifft natürlich zunächst die jeweils betroffenen Soldaten sehr persönlich. Daneben hat eine frequente Heranziehung von Offizieren des Sanitätsdienstes zu Auslandseinsätzen aber auch Folgen für die Lage des Sanitätsdienstes im Inland.

Lage des Sanitätsdienstes im Inland

Es ist nur folgerichtig, dass die frequentere, längere und intensivere Präsenz der Bundeswehr im Einsatz nicht ohne Rückwirkungen auf den Dienstbetrieb im Inland bleibt. Soldaten, die im Einsatz sind, können nicht gleichzeitig auch einen Inlandsauftrag erfüllen. Dies gilt auch für den Sanitätsdienst der Bundeswehr. Dessen aus zwei Elementen bestehender Auftrag wurde bereits angesprochen. Auch wurde darauf verwiesen, an welchen Einrichtungen der Inlandsauftrag erbracht wird. Soll, wie vorliegend angestrebt, die Lage des Sanitätsdienstes im Inland analysiert werden, so ist der Blick auf eben diese Einrichtungen zu richten. Konkret ist zu fragen, ob die zunehmende Verwendung von Angehörigen des Sanitätsdienstes in Auslandseinsätzen Auswirkungen auf den Dienstbetrieb an den Inlandseinrichtungen des Sanitätsdienstes hat und welcher Natur diese sind.

Zur Lage an den Standortsanitätszentren

Soldaten in Inlandsverwendungen kritisieren immer häufiger Unzulänglichkeiten hinsichtlich ihrer medizinischen Versorgung an den Heimatstandorten. Entsprechende Eingaben an seine Adresse haben den Wehrbeauftragten dazu veranlasst, in sehr deutlichen Worten vor Mängeln bei der medizinischen Inlandsversorgung zu warnen. Wörtlich heißt es diesbezüglich etwa in seinem Jahresbericht 2006, dass „die Grundversorgung in den Heimatstandorten nach meiner Einschätzung im bisherigen Umfang nicht mehr gewährleistet“ werden könne.¹¹⁾ Diese Feststellung greift auch der aktuellste Bericht auf und erklärt mit Bezug auf eine Stellungnahme des BMVg zum Vorjahresbericht, dass „der Anspruch auf eine sanitätsdienstliche Vollversorgung der Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der truppenärztlichen Versorgung durch den Sanitätsdienst selbst aufgegeben“ werde.¹²⁾

Als ein Indikator für die Situation an den Inlandseinrichtungen des Sanitätsdienstes kann die Tagesantrittsstärke der Truppenärzte an den Standortsanitätszentren herangezogen werden. Trotz einer sehr hohen Besetzungsquote der entsprechenden Dienstposten von aktuell 97% lag diese in den Jahren seit 1999 kontinuierlich bei Werten um 60%; teilweise wurde dieser Wert weiter unterschritten. Logische Folge einer geringer werdenden Zahl verfügbarer Truppenärzte war eine Erhöhung des durch den einzelnen Truppenarzt zu leistenden Betreuungsumfanges. Bei der Bewertung der Tagesantrittsstärke ist jedoch insofern eine Relativierung erforderlich, als der diesbezüglich angenommene Normalwert nicht bei 100%, sondern bei 75% liegt. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass es zunächst eine Reihe bereits berücksichtigter Gründe für die Abwesenheit der Truppenärzte von ihrer Funktionsverwendung gibt: die Begleitung von Ausbildungsmaßnahmen, eine durch Krankheit oder Urlaub bedingte Abwesenheit sowie schließlich die Absolvierung von Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung. Was dieser Normwert bis dato nicht berücksichtigt, ist der im Zusammenhang mit der Familienplanung stehende Ausfall von Truppenärzten. Inzwischen entfallen bis zu einem Drittel der Abwesenheitstage der Truppenärzte auf Mutterschutz, Elternteilzeit, Betreuungsurlaub und Teilzeitarbeit. Da inzwischen 52% der Sanitätsoffiziersanwärter und etwa 60% der Sanitätsoffiziersbewerber Frauen sind, wird sich der schon aktuell hohe Anteil weiblicher Soldaten im Sanitätsdienst von 36% noch weiter erhöhen - und die voran angesprochene Problematik noch weiter verschärfen.¹³⁾

Um eine hochwertige medizinische Inlandsversorgung trotz der skizzierten Probleme zu gewährleisten und einen Versorgungswert von 75% zu erreichen, greift die Bundeswehr im Inland auf Vertragsärzte aus dem zivilen Bereich zurück. Diese sollen anstelle der Truppenärzte die allgemeinmedizinische bzw. hausärztliche Versorgung an den jeweiligen Standorten sicherstellen. Diese Vorgehensweise stößt in der Truppe indes auf Bedenken. Bemängelt wird etwa, dass zivile Vertragsärzte kaum Einblick in den Truppenalltag hätten und eine Integration in denselben sehr schwer fälle. Beispielfhaft wird etwa darauf verwiesen, dass Vertragsärzte weder Schießübungen begleiten noch an sonstigen Übungen teilnehmen könnten. Als problematisch gilt weiterhin, dass es nicht nur immer wieder Berichte über Fehlverhalten von Vertragsärzten gegenüber ihren Patienten aus der Bundeswehr gebe. Gravierender noch als dieser Umstand wirke sich aus, dass die Möglichkeiten zur Sanktionierung entsprechender Verhaltensweisen begrenzt blieben. Als unbefriedigend gilt schließlich, dass Vertragsärzte der Bundeswehr in nicht wenigen Fällen nur in einem zeitlich eingeschränkten Rahmen zur Verfügung stünden.¹⁴⁾

Immer größere Fluktuation und schnellere Rotation unter den Truppenärzten bleiben abschließend auch im Verhältnis zwischen Arzt und Patient nicht folgenlos. Dieses ist in der Bundeswehr ohnehin besonderen Bedingungen ausgesetzt und resultiert aus dem Ausschluss der freien Arztwahl sowie der doppelten Loyalität des behandelnden Arztes - gegenüber seinem Patienten in erster Linie, aber auch gegenüber dem Diensttherm. Verschärfend wirkt in dieser Situation eine immer kürzer werdende Standzeit von Truppenärzten in den Standortsanitätszentren.

Tab. 2 Truppengattungen mit häufigster Verwendung im Auslandseinsatz				
Teilstreitkraft	Truppengattung	Soldaten mit Einsatzbefähigung	Soldaten mit Einsatzverwendung	Einsatzverwendung prozentual
Luftwaffe	Flugmedizin	11	9	81,82
Heer	Apotheker	124	99	79,84
Heer	Feldnachrichtentruppe	220	173	78,64
Heer	Ärzte	1.075	797	74,14
Luftwaffe	Pharmazie und Sanitätsnachschub	41	29	70,73
Heer	Veterinäre	79	53	67,09
Marine	Humanmedizin	267	162	60,67
Luftwaffe	Betriebswesen	74	43	58,11
Marine	Pharmazie	23	13	56,62
Luftwaffe	Luftfahrzeugführer Transport und Verbindung	711	385	54,15
Anmerkung: Fettauslegung im Text: Truppengattungen mit sanitätsdienstlicher Funktion				
Quelle: Darstellung des Autors nach BT-Drucksache 16/6283, Anlagen 1 und 2				

Die Ausbildung eines von Vertrauen geprägten Verhältnisses zwischen Patient und Arzt bleibt dann verbreitet aus.¹⁵⁾

Entwicklungen an den Krankenhäusern der Bundeswehr

Über die Standortsanitätszentren hinaus zeigen sich zunehmende Einsatzorientierung und Einsatzbeanspruchung des Sanitätsdienstes auch an den Bundeswehrkrankenhäusern. Hier hat es sowohl bezogen auf den zu erfüllenden Auftrag als auch mit Blick auf die zu diesem Zweck vorgehaltenen Strukturen Veränderungen gegeben. Entsprechend spricht der Inspekteur des Sanitätsdienstes davon, dass die Bundeswehrkrankenhäuser „einschneidende Veränderungen“ erfahren hätten. Ursprünglich exklusiv zur Behandlung der Angehörigen der Streitkräfte sowie als Schwerpunktazarette im Verteidigungsfall konzipiert, müssten sie nunmehr zwei „völlig anders gelagerte Hauptaufträge“¹⁶⁾ erfüllen: die einsatzorientierte Ausbildung des medizinischen Personals in einem Rotationssystem unter Beachtung ziviler Qualitätsstandards einerseits, zum anderen aber auch die durchhaltefähige Bereitstellung medizinischen Personals für die Einsätze der Bundeswehr. Sind die erkennbaren Veränderungen aber tatsächlich einschneidend? Haben sich die Hauptaufträge des Sanitätsdienstes wirklich so grundlegend gewandelt, wie der Inspekteur andeutet? Hier sind Zweifel angebracht. Dies schließt indes nicht aus, dass es im Auftragspektrum der Bundeswehrkrankenhäuser wichtige Modifikationen gegeben hat.

Eine tatsächlich wesentliche Veränderung im Auftragspektrum der Bundeswehrkrankenhäuser besteht darin, dass deren Funktion als Schwerpunktazarette im Verteidigungsfall weggefallen ist. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist auf dem Territorium der Bundesrepublik kaum mehr mit einem Massenanfall verletzter und verwundeter Soldaten sowie Zivilisten in Folge militärischer Kampfhandlungen zu rechnen. Entsprechend werden hierzu vorgehaltene Kapazitäten nicht mehr benötigt.

Im Übrigen herrscht jedoch hinsichtlich des Auftrages weitgehend Kontinuität. Dies gilt zunächst für den Auftrag, die stationäre Versorgung der Angehörigen der Bundeswehr zu gewährleisten. Die Bundeswehrkrankenhäuser sind und bleiben auch weiterhin der zentrale Anlaufpunkt für Angehörige der Streitkräfte, die stationär aufgenommen und behandelt werden müssen. Dies schließt indes nicht aus, dass sich die Bundeswehrkrankenhäuser mehr als bisher auch für zivile (Notfall-)Patienten öffnen. Jedes der demnächst noch vier großen Krankenhäuser ist in das Netz der Luftrettung integriert. Sinn und Zweck dieser Maßnahmen ist es, das Patientenaufkommen in den Krankenhäusern zu steigern und das dort tätige Personal mit Verletzungsmustern vertraut zu machen, die in einer Einsatzverwendung wiederkehren (können).

Unverändert blieb auch der Auftrag, die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie In-Übung-Haltung des medizinischen

Personals und insbesondere der Ärzte zu gewährleisten. Modifikationen lassen sich jedoch dahingehend beobachten, dass sich die Schwerpunktsetzung der Ausbildung durch die Einsatzorientierung verschoben hat. Sie ist erstens an den einsatzrelevanten Fachgebieten - insbesondere Chirurgie, Anästhesie und Notfallmedizin - ausgerichtet und folgt zweitens dem Leitbild eines umfassend im Bereich Notfallmedizin qualifizierten Arztes.

Evident ist der Wandel an den Bundeswehrkrankenhäusern jedoch im Bereich der Strukturen. So wird zunächst die bloße Zahl der von der Bundeswehr betriebenen Krankenhäuser nach unten angepasst. Von ehemals acht werden demnächst nur noch vier Krankenhäuser übrig bleiben. Entsprechende Maßnahmen zielen auf eine Stärkung der verbliebenen Standorte, eine Konzentration von Fähigkeiten und Personal sowie schließlich eine Kostenreduktion. Inwieweit sich die angestoßenen Maßnahmen als dem Ziel dienlich und sinnvoll erweisen, entzieht sich vorliegend einer Bewertung. Eine solche hätte aber auch zu berücksichtigen, dass die Schließung kleinerer Standorte gleichbedeutend ist mit einem Rückzug des Sanitätsdienstes aus der Fläche.

Strukturelle Veränderungen zeigen sich auch innerhalb der verbliebenen Bundeswehrkrankenhäuser selbst. Hierzu gehören v.a. der Abbau ziviler Dienstposten und deren Ersatz durch militärische Pendanten in annähernd gleicher Zahl. Diese Maßnahme trägt dem Umstand Rechnung, dass ziviles Personal der Bundeswehr grundsätzlich nicht für Auslandseinsätze herangezogen werden konnte. Wird dieses nun durch militärisches Personal ersetzt, vergrößert sich das Reservoir der für Auslandseinsätze heranziehenden Kräfte. Mittel- und langfristig ist die voran skizzierte Maßnahme sicher sinnvoll. In der Gegenwart und kurzfristig entstehen hierdurch jedoch Belastungen. Dies liegt insbesondere in dem Umstand begründet, dass militärisches Personal (noch) nicht in dem Umfang und mit den Qualifikationen verfügbar ist wie ziviles und zumeist hoch qualifiziertes Personal, das die Bundeswehrkrankenhäuser verlässt.¹⁷⁾

Eine wesentliche strukturelle Veränderung bringt schließlich der Umstand mit sich, dass zum Betrieb von Lazaretten und Rettungszentren erforderliches sanitätsdienstliches Personal entweder direkt als Teileinheit den Bundeswehrkrankenhäusern zugeordnet wird (Einsatzlazarette) oder dort in den normalen Betrieb integriert und gegebenenfalls abgestellt wird (Rettungszentren). Werden die entsprechenden Einrichtungen für einen Auslandseinsatz abgerufen, blieb dies in der Vergangenheit nicht ohne Folgen. So mussten beispielsweise an den Standorten Ulm und Koblenz - den Stationierungsorten der beiden Einsatzlazarette der Bundeswehr - erstmalig im Jahr 2002 wegen Facharztmangel Operationssäle geschlossen und Operationen abgesagt werden. Seitdem haben sich entsprechende Fälle wiederholt.¹⁸⁾ Inwieweit die inzwischen

erfolgte Ausplanung von Ergänzungspersonal Einsatz (EPE) an den Krankenhäusern sowie die Schaffung von mehr Dienstposten für Chirurgen und Anästhesisten zu einer Entspannung an den Bundeswehrkrankenhäusern führen wird, muss hier offen bleiben.

Ausdruck einer enormen Beanspruchung des Sanitätspersonals an den Bundeswehrkrankenhäusern

Tab. 3 Offiziere im Auslandseinsatz - am stärksten beanspruchte Truppengattungen im medizinischen und nicht-medizinischen Bereich					
Teilstreitkraft	Truppengattung (med. Bereich)	Einsatzverwendung prozentual	Teilstreitkraft	Truppengattung (nicht-med. Bereich)	Einsatzverwendung prozentual
Luftwaffe	Flugmedizin	100,00	Heer	Feldnachrichtentruppe	84,62
Heer	Ärzte	74,44	Luftwaffe	Luftfahrzeugführer Transport und Verbindung	81,58
Luftwaffe	Pharmazie und Sanitätsnachschub	73,68	Luftwaffe	Luftfahrzeugführer Jagd und Jagdbomber	60,73
Heer	Apotheker	73,13	Heer	Heeresfliegertruppe	48,11
Heer	Veterinäre	67,09	Heer	operative information	48,10

Quelle: Darstellung des Autors nach BT-Drucksache 16/6283, Anlagen 1 und 2

sind auch die geleisteten Überstunden, insbesondere am Standort Ulm. Ärzte am dortigen Bundeswehrkrankenhaus haben 2004 in der Spitze 80 bis 100 Stunden Dienst pro Woche geleistet. Nur durch diesen Einsatz, so der Wehrbeauftragte, sei es möglich geworden, die Schließung von OP-Sälen zu vermeiden. Dass es sich hierbei nicht um einen Einzelfall gehandelt hat, deutet eine ähnlich hohe Beanspruchung im Jahr 2006 an. Aber nicht nur die Standorte der Einsatzlazarette sind von entsprechenden Entwicklungen betroffen: Wegen frequenter Auslandseinsätze von leitenden Ärzten mussten die Krankenhäuser Berlin und Hamburg Fachabteilungen zusammenlegen.¹⁹⁾

Weiter so?

Obschon die vorangegangenen Ausführungen zur Beanspruchung des Sanitätsdienstes verdeutlicht haben, dass dessen Beanspruchung nicht per se über derjenigen anderer Truppengattungen liegt, steckt er doch in einem veritablen Dilemma: Die begrenzten personellen Ressourcen des Sanitätsdienstes machen es ihm schwer - wenn nicht unmöglich -, eine der Maxime entsprechende Einsatzversorgung und zugleich eine dem angestrebten Niveau entsprechende Inlandsversorgung zu gewährleisten. Ein schlichtes „Weiter so!“ scheidet daher als Maßgabe für den Sanitätsdienst aus. Welche Maßnahmen zur Überwindung des skizzierten Dilemmas ergriffen und wie die in Teilen des Sanitätsdienstes identifizierten Beanspruchungen gemindert werden können, ist Gegenstand der abschließenden Ausführungen. Diese können auch als Handlungsempfehlungen betrachtet werden.

Zunächst ist es erforderlich, dass die Konzentration verfügbarer Ressourcen auf den Auslandseinsatz fortgesetzt wird. Entsprechende Maßnahmen sind, wie dargelegt, eingeleitet worden. Dieser Prozess ist weiter zu verfolgen und muss sich an zwei wesentlichen Einsichten orientieren: Erstens ist der Sanitätsdienst seinen Strukturen nach (noch) nicht so aufgestellt, dass er medizinische Einsatz- und Inlandsversorgung zugleich und auf dem jeweils angestrebten Niveau gewährleisten kann. Zweitens kann die Versorgung im Einsatzland in der Regel nicht unter Rückgriff auf eine zivilmedizinische Infrastruktur erfolgen, wenn nicht Abstriche bei der Versorgung der Soldaten in Kauf genommen werden sollen.

Gleichwohl müssen sodann bei der Priorisierung des Auslandseinsatzes Grenzen beachtet werden. Diese darf nicht so weit führen, dass das grundsätzliche Ziel einer unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung der Soldaten in Funktionsverwendungen im Heimatland dauerhaft aufgegeben wird. Zwar mag es in der gegenwärtigen Lage geboten sein, Soldaten in Deutschland eine medizinische Versorgung an zivilmedizinischen Einrichtungen zu ermöglichen und hierdurch noch einmal eine spürbare Entlastung des Sanitätsdienstes herbeizuführen. Eine dauerhafte Lösung ist dies indes nicht. Würde das Ziel einer umfassenden medizinischen Versorgung der Angehörigen der Streitkräfte an Einrichtungen und durch Personal der Bundeswehr aufgegeben, führte dies dazu, dass dem entsprechenden Personal Möglichkeiten zur Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der In-Übung-Haltung genommen würde.

Weiterhin ist darauf zu achten, dass der personelle Aufwuchs des Sanitätsdienstes erfolgreich verläuft und

qualifizierter Nachwuchs für den Dienst im Sanitätswesen der Bundeswehr gewonnen wird. Aktuell hat es den Anschein, als fänden sich hinreichend geeignete Bewerber für entsprechende Verwendungen. Gleichwohl müssen sich Bundeswehr und Sanitätsdienst um Nachwuchs bemühen. Dies gilt insbesondere angesichts des Umstandes, dass im zivilen Bereich in den nächsten Jahren viele praktizierende Ärzte in den Ruhestand wechseln werden. Hieraus folgt für den Sanitätsdienst, dass er ein attraktives Paket für seinen Nachwuchs schnüren muss. Hierbei spielt Geld natürlich eine Rolle. Aber auch andere Aspekte müssen bedacht werden: Karriereperspektiven, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Fortbildungsmöglichkeiten, gegebenenfalls an attraktiven Standorten im Ausland, kalkulierbare und im Rahmen bleibende Beanspruchungen durch Auslandseinsätze - um nur einige Bereiche zu nennen.

Viertens dürfen die Maxime und die sich hieraus ergebenden Anforderungen an den Sanitätsdienst nicht überhöht oder gar instrumentalisiert werden. Sie müssen in erster Linie die Soldaten adressieren und nicht - wie es bisweilen den Anschein hat - die den Auslandseinsätzen skeptisch gegenüberstehende Öffentlichkeit. Die Maxime setzt lediglich § 31 Soldatengesetz für den Auslandseinsatz um. Gemäß dieser Bestimmung obliegt dem Dienstherrn die Verpflichtung, „im Rahmen des Dienst- und Treuverhältnisses für das Wohl“ der Soldaten zu sorgen. Dies schließt die medizinische Versorgung nicht nur ein, sondern gilt für diese zuvörderst. Insofern besteht die Funktion der Maxime exklusiv darin, auch den Soldaten im Auslandseinsatz eine medizinische Versorgung zu garantieren, die im Ergebnis nicht schlechter ist als die medizinische Versorgung im Inland. Als problematisch erweist sich in diesem Kontext die von der Politik benutzte Wendung von der „bestmöglichen“²⁰⁾ medizinischen Einsatzversorgung. Diese erzeugt zunächst eine enorme Erwartungshaltung, die womöglich nur unter (über)-großem Aufwand erfüllt werden kann. Zum anderen erweckt sie den Eindruck, als solle die Öffentlichkeit mit dieser Formel beschwichtigt werden, anstatt sie von der Notwendigkeit von Auslandseinsätzen zu überzeugen.

Schließlich ist zu erwägen, inwieweit Auslandseinsätze in Hinblick auf den Zeitpunkt der Pensionierung von Berufssoldaten oder der Verrentung von (ehemaligen) Zeitsoldaten berücksichtigt werden können, vielleicht sogar berücksichtigt werden müssen. Diesbezüglich könnte eine interessante Regelung aus Frankreich übernommen werden: Französische Soldaten mit Auslandseinsatz können entsprechend der im Ausland verbrachten Zeit früher in Pension bzw. in Rente gehen. Für jeden im Auslandseinsatz verbrachten Monat kann ein Angehöriger der französischen Streitkräfte einen Monat vor der regulären Pensionsgrenze oder dem Renteneintrittsalter aus dem Berufsleben ausscheiden. Teilweise wird der Dienst in bestimmten Einsatzszenarien noch einmal gesondert honoriert: Ein in Afghanistan eingesetzter Soldat kann etwa für zwei Monate Dienstzeit dort drei Monate früher aus dem Berufsleben ausscheiden. Auch wenn die Anregung für eine entsprechende Regelung in der Bundeswehr vorliegend mit Bezug auf den Sanitätsdienst der Bundeswehr erfolgt, so müsste diese gleichfalls auf die übrigen Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche Anwendung finden. Der besondere Reiz einer solchen Regelung besteht darin, dass sie diejenigen Teile der Bundeswehr beson-

ders bevorteilt, die im Zuge ihrer aktiven Dienstzeit besonders durch Auslandseinsätze beansprucht werden. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. hierzu wie im Folgenden: BMVg: Verteidigungspolitische Richtlinien. Berlin, 21. Mai 2003.
- 2) Vgl. BMVg: Konzeption der Bundeswehr. Berlin, 9. August 2006.
- 3) Vgl. BMVg: Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, 25. Oktober 2006.
- 4) Vgl. hierzu beispielhaft BT-Drucksache 16/6099, S.2-4.
- 5) Vgl. MC 326/2: NATO Principles and Policies of Operational Medical Support, sowie: AJP 4.10 Allied Joint Medical Support Doctrine.
- 6) Vgl. ausführlich hierzu: BMVg: Konzeption der Bundeswehr. Berlin 2004, S.27-30. Für den Sanitätsdienst der Bundeswehr bedeutet diese Gliederung in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte eine zweite große Strukturveränderung innerhalb kurzer Zeit. Erst im Jahr 2002 hatte dieser Teil der Streitkräfte seine aktuelle Form eingenommen, die inzwischen nahezu alle Sanitätskräfte bündelt und unter die truppen- und fachdienstliche Führung des Inspektors des Sanitätsdienstes der Bundeswehr stellt. Lediglich das Heer verfügt noch über einen eigenen (kleinen) Sanitätsdienst mit eng umgrenzten Aufgaben.
- 7) Vgl. zur Struktur der Teilstreitkräfte: BMVg: Konzeption der Bundeswehr. Berlin 2004.
- 8) Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf der empirischen Auswertung von Daten des BMVg, welche das Ministerium dem Deutschen Bundestag mit Datum vom 24. August 2007 (BT-Drucksache 16/6283) zugeleitet hat. Darin wird nach Teilstreitkraft, Truppengattung und Laufbahngruppen aufgeschlüsselt, wie viele zu diesem Zeitpunkt noch aktive Soldaten in mindestens einen Auslandseinsatz kommandiert waren. Kontrastiert wird diese Aufstellung mit einer ebensolchen, die nach gleichem Schema die Zahl derjenigen aktiven Soldaten enthält, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht in einen Auslandseinsatz befohlen waren. Aus der Zusammenschau der beiden Übersichten aus dem BMVg ließ sich ermitteln, wie hoch der prozentuale Anteil derjenigen Soldaten jeder Truppengattung ist, die mindestens in einen Auslandseinsatz entsandt waren. Auf diesen prozentualen Wert wurde sodann bei der Auswertung und Interpretation der Zahlen rekurriert. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Beanspruchung einer Truppengattung durch Auslandseinsätze umso stärker ist, je höher der ermittelte prozentuale Wert ausfiel. Der Begriff der Beanspruchung wurde vorliegend von seiner subjektiven Dimension zu trennen versucht. Er ist in der vorliegenden Untersuchung und Auswertung insofern objektiv, als er auf einen rechnerisch ermittelbaren Wert reduziert wurde.
- 9) Dies scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu den vorherigen Ausführungen zu sein. Dieser Eindruck löst sich indes auf, wenn folgender Aspekt berücksichtigt wird: Die überwiegende Mehrheit des medizinischen Personals der Bundeswehr konzentriert sich in den Bereichen Sanitätstruppe (Heer), Allgemeine Medizin (Luftwaffe) sowie Sanitätsdienst (Marine). Diese stellen zusammen 18.311 (oder: 87%) der für Auslandseinsätze grundsätzlich heranziehbaren Soldaten; allerdings wurden diese Soldaten nur zu 29% für Auslandseinsätze herangezogen. Dies führt zu Verzerrungen in der Wahrnehmung der Beanspruchung von medizinischem Personal der Bundeswehr durch Auslandseinsätze insgesamt.
- 10) Die nachfolgenden Ausführungen sind mit Vorsicht zu lesen. Dies hat folgenden Grund: Vorliegend kann nicht unterschieden werden, ob ein Offizier des Sanitätsdienstes zugleich ein Arzt ist und/oder eine entsprechende Funktion ausübt. Das gilt insbesondere mit Blick auf die in FN 9 genannten Truppengattungen. Zwar ist es wahrscheinlich, dass sich unter den Offizieren dieser Truppengattungen auch Ärzte befinden. Wie hoch deren Zahl ist, bleibt indes unbekannt. Insofern muss nachfolgend von Offizieren des Sanitätsdienstes, nicht aber von Ärzten die Rede sein. Wie hoch die Beanspruchungen der Ärzte durch Auslandseinsätze sind, lässt sich auf der Grundlage der vorliegenden Quellen nicht ermitteln. Eine weitere Schwäche der nachfolgenden Ausführungen ist darin zu sehen, dass die Quellen aus dem BMVg nur sehr pauschal von der Kategorie Arzt sprechen, ohne diese nach Fachgebieten zu differenzieren. Entsprechend kann vorliegend nicht empirisch fundiert zwischen den spezifischen Beanspruchungen der Fachärzte unterschieden werden.
- 11) BT-Drucksache 16/4700, S.40.
- 12) Vgl. BT-Drucksache 16/8200, S.34. Die Stellungnahme des BMVg zum Jahresbericht 2006 ist über die Homepage des BMVg abrufbar.
- 13) Vgl. BT-Drucksache 16/8200, S.36.
- 14) Vgl. BT-Drucksachen 13/7100, S.25; 14/5400, S.36.
- 15) Vgl. hierzu zuletzt BT-Drucksache 16/8200, S.36.
- 16) Kurt-Bernhard Nakath: Rede vor der 41. Kommandeurtagung. Berlin,

10./11. März 2008.

17) Vgl. hierzu zuletzt BT-Drucksache 16/8200, S.35.

18) Vgl. BT-Drucksachen 15/500, S.10; 15/2600, S.27; 16/850, S.37; 16/4700, S.41; 16/8200, S.35.

19) Vgl. hierzu BT-Drucksachen 15/5000, S.33, 16/4700, S.41f sowie 16/8200, S.35.

20) So zuletzt erst Verteidigungsminister Jung in seiner Rede anlässlich der 41. Kommandeurtagung am 10. und 11. März 2008 in Berlin.

Jochen Moos, M.A.

Geb. 1982; 1992-2001 Besuch der Wilhelm-von-Oranien-Schule, Dillenburg; 2001 Abitur; 2001-2002 Wehrdienst als Stabsdienstsoldat und Kraftfahrer; 2002-2007 Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; 2005 Sprachkurs an der University of Jordan; 2005-2006 Studium am Institut d'Etudes Politiques de Paris; 2007 Studienabschluss; 2003-2004 Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für deutsches Regierungssystem im europäischen Vergleich; 2004-2005 Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für politische Theorie und Ideengeschichte; 2006-2007 Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für deutsches Regierungssystem im europäischen Vergleich; Praktika: 2005 Deutscher Bundestag, Sekretariat des Auswärtigen Ausschusses; 2008 Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin; seit August 2008 Soldat auf Zeit im Dienstgrad Hauptmann.

Die Nationalgarde der USA am Beispiel der 41. Infanteriebrigade aus Oregon

Aufgaben - Kompetenzen - Finanzierung - Rekrutierung

„A well regulated militia being necessary to the security of a free state“¹⁾
Eine gut geführte Miliz - notwendig für die Sicherheit eines freien Staates.

Rudolf Sturmlechner

Diese Aussage der amerikanischen Verfassung verdeutlicht den Stellenwert der Nationalgarde als Miliztruppe der USA - ist sie doch die einzige militärische Organisation, die dort erwähnt wird. Das *National Guard Homeland Defence White Paper* beschreibt die Aufgaben dieser Miliz schon näher:²⁾ „Whenever disaster strikes or threatens, the National Guard represents the most significant

aftermath, National Guard Soldiers secured the Pentagon, protected critical infrastructure, guarded airports across the Nation and mobilized to defend our Homeland by fighting global extremism abroad.“

Da die aktiven Truppen der USA (*Active Component*) mit ihren Berufssoldaten (*Fulltime-Soldiers*) bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit rund um die Uhr im weltweiten Einsatz zum *Global War on Terrorism* (GWOT) stehen, ist als Folge davon auch die US-Nationalgarde mit ihren Milizsoldaten (*Citizen-Soldiers*) als Teil der Reserve (*Reserve Component*) gefordert, einen wesentlichen Beitrag für Frieden und Freiheit der USA zu leisten. Diese Miliz ist seit dem Jahr 2001 nicht nur mit Einsätzen in der Heimat beauftragt - seit „9/11“ sind Tausende amerikanische *Citizen-Soldiers* im Rahmen des GWOT auch dort im Einsatz, wo Terrorzellen an den Wurzeln im Ursprungsland eingedämmt werden sollen - also im Irak und in Afghanistan.³⁾

Das US-Verteidigungsministerium mit 1,3 Millionen Soldaten im Aktivdienst und 1,1 Millionen in der Reserve ist für *Homeland Defence* (Landesverteidigung) zuständig; das US-Heimatschutzministerium (*Department of Homeland Security*) für umfassende Sicherheit und Sicherheitsvorsorge in der Heimat. Die Verteidigung der Heimat ist folglich auch die Hauptaufgabe der Nationalgarde.

U.S. National Guard

Die *U.S. National Guard* besteht aus den Komponenten *Army* und *Air* und ist damit mit der *Army National Guard* Teil der *U.S. Army* und mit der *Air National Guard* Teil der *U.S. Air Force*. Sie wird vom *National Guard Bureau*, das dem US-Verteidigungsministerium angehört, geführt und koordiniert.

Die Nationalgarde ist wie auch die *Army Reserve* oder die *Air Force Reserve* eine Reservetruppe der US-Streitkräfte, die jeder amerikanische Bundesstaat unterhält.

Sie besteht aus freiwillig - für eine vertraglich festgesetzte Dauer - Dienst leistenden *Citizen-Soldiers*.

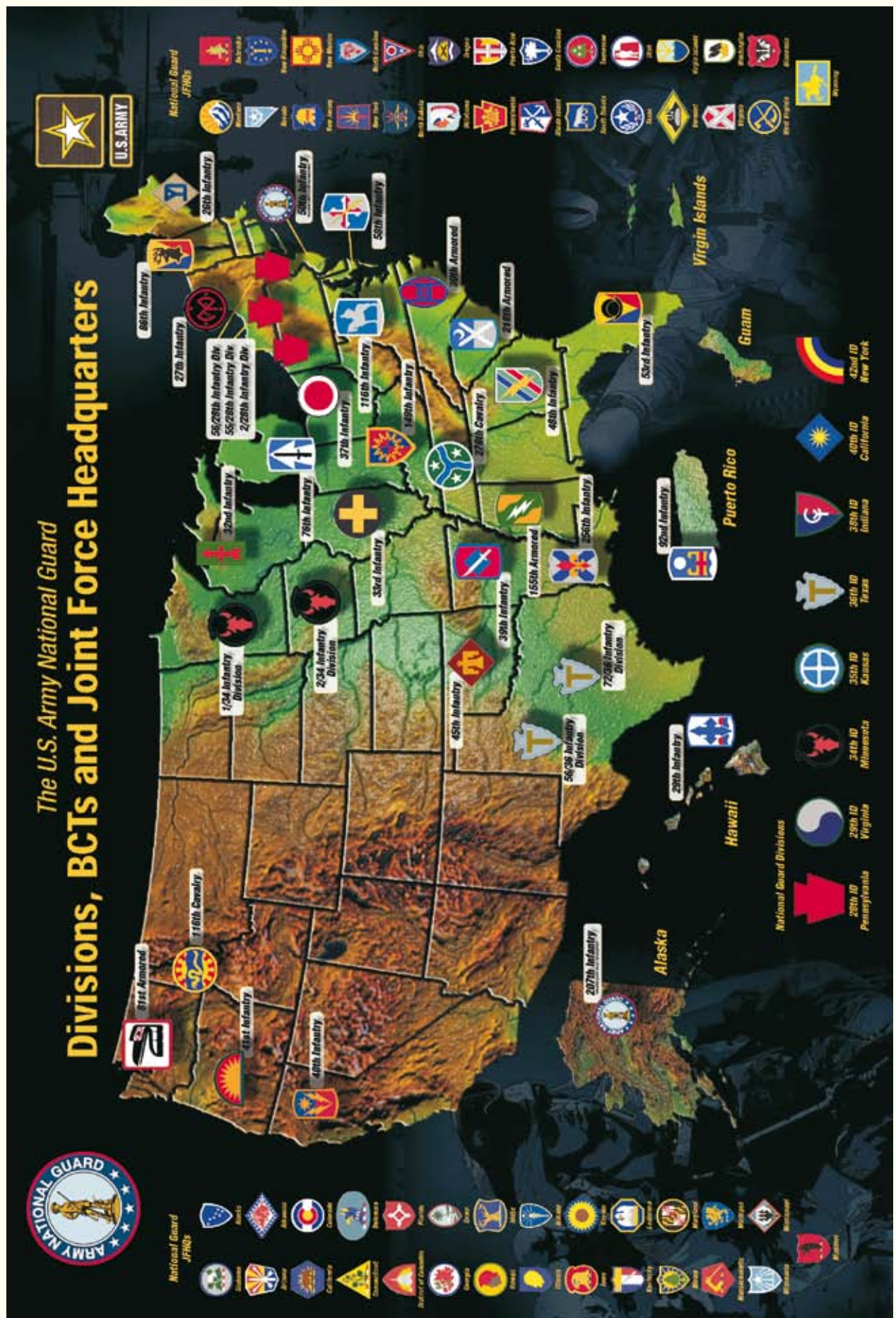
Die ersten größeren Formationen entstanden im Jahre 1636, als in Massachusetts die bereits existierenden, jeweils



THE NATIONAL GUARD

Die Nationalgarde der USA rekrutiert sich aus Freiwilligen, die im Falle eines nationalen Notstandes vom Präsidenten einberufen werden können, ohne dass dieser das Einverständnis des jeweiligen Gouverneurs benötigt (Bild: Die Wappen der National Guard [l.o.], der Oregon National Guard [r.o.], des 41st Brigade Combat Team [l.u.] und der Combined Joint Task Force Phoenix V [r.u.]).

asset Governors can rapidly mobilize to provide protection, relief and recovery. On September 11, 2001, disaster did indeed strike and the National Guard responded. In the immediate

Quelle: U.S. Army National Guard (<http://www.army.mil/publications/BCT.pdf>), Stand: Januar 2009

von einer Stadt aufgestellten 15 Kompanien auf Beschluss der Regierung vom 13. Dezember 1636 zu drei Regimentern zusammengefasst wurden.⁴⁾ Die Regimenter Nord, Süd und Ost umfassten die gesamte Kolonie Massachusetts in territorialer Hinsicht und hatten eine Stärke von jeweils etwa 500 Mann. Die Regierung ernannte einen Oberst zum Regimentskommandanten - die Kompaniekommandanten wurden durch Wahl von den Milizsoldaten des Regiments bestimmt. Nachfolger der Regimenter Nord, Süd und Ost sind das *181st Infantry Regiment*, das *101st Field Artillery Regiment* und das *101st Engineer Battalion*. Der 13. Dezember 1636 gilt als Geburtstag der US-Nationalgarde.⁵⁾

Im Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846-1848), im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861-1865) und im Spanisch-Amerikanischen Krieg (1898) leisteten nur diese Milizen Militärdienst, da die reguläre Armee erst im Aufbau begriffen war. Seit dem *Militia Act* des Jahres 1903 tragen sie die Bezeichnung *National Guard* und wurden in jedem größeren Konflikt eingesetzt. Im Ersten Weltkrieg stammten 40% der in Frankreich kämpfenden Truppen von der Nationalgarde; im Zweiten Weltkrieg wurden 190.000 Mann, im Koreakrieg 140.000 Mann eingesetzt.

Stärke und Führung

Die *Army National Guard*-Einheiten aller US-Bundesstaaten zusammen umfassen etwa 350.000 Soldaten in 3.500 Einrichtungen und Anlagen; die *Air National Guard* hat eine Stärke von 107.000 Mann in 90 fliegenden und 280 unterstützenden Einheiten.

Der Gouverneur jedes Bundesstaates setzt bei Naturkatastrophen und anderen Großschadensereignissen und spezifischen Vorfällen die Nationalgarde seines Bundesstaates ein - jedoch kann der Präsident der USA die *U.S. Army* und die *U.S. Air Force* jederzeit unter bestimmten Voraussetzungen mit Nationalgarde-Einheiten verstärken und somit die Nationalgarde-Verbände der einzelnen Bundesstaaten in den Dienst des Gesamtstaates stellen.

Diese Zweiteilung der Aufgaben in *Federal Mission* für den Gesamtstaat USA im Auftrag des Präsidenten und in *State Mission* für den jeweiligen Bundesstaat im Auftrag des Gouverneurs ist einzigartig und kennzeichnend für die US-Nationalgarde.

Großverbände

An Nationalgarde-Großverbänden stehen nach Einnahme der *Army National Guard Modular Force* acht Divisionen mit in Summe 34 *Brigade Combat Teams* zu je etwa 3.500 bis 4.000 Soldaten und acht *Aviation*-Brigaden zur Verfügung. Zum Unterstützungsbereich zählen etwa 225 Verbände in Bataillons- und Brigadestärke, z.B. Kampfunterstützungs- und Artilleriebrigaden.⁶⁾ Die *Brigade Combat Teams* selbst stellen sich als „schwere“ Brigade mit Kampf- und Schützenpanzern, als Infanteriebrigade mit *High Mobility Multipurpose Wheeled Vehicles* (HMMWV; *Humvee*) oder als *Stryker-Brigade* mit dem Transportpanzer *Stryker* dar.

Beispielsweise wird die *40. Infanteriedivision* mit Divisionskommando in Kalifornien aus der *40. Infanteriebrigade* aus Kalifornien, der *41. Infanteriebrigade* aus Oregon, der *29. Infanteriebrigade* aus Hawaii und Arizona, der *81. Schweren Brigade* aus Washington und Kalifornien, der *207. Infanteriebrigade* aus Alaska, Arizona, Guam und Kalifornien und der *40. Aviation-*

Brigade aus Kalifornien bestehen und in territorialer Sicht die Westküste der USA, Alaska und den Pazifik umfassen.

Die Skizze auf der Homepage der *Army National Guard*⁷⁾ zeigt die Dislokation der Brigaden (in den Bundesstaaten), die *54 Joint Forces Headquarters* der 50 Bundesstaaten, drei Territorien (Puerto Rico, Guam und Virgin Islands) und des District of Columbia als Hauptstadt Washington (rechter und linker Rand) und die acht Divisionen der *Army National Guard* (unterer Rand).

Kompetenzen

Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Bewaffnung, Ausrüstung, Ausbildung und Führung der Nationalgarde sind in der US-Verfassung festgelegt:⁸⁾ „*The Congress shall have the power ... to provide for calling forth the militia to execute the laws of the union, suppress insurrections and repel invasions; ... and to provide for organizing, arming and disciplining the militia, and for governing such part of them as may be employed in the service of the United States ...*“⁹⁾

Durch diese Aufzählung der Verantwortlichkeiten an den US-Kongress ist klar dargelegt, dass alle anderen Aufgaben und Zuständigkeiten den Bundesstaaten zugeordnet sind:¹⁰⁾ „*The powers not delegated to the United States by the Constitution, nor prohibited by it to the states, are reserved to the states respectively, or to the people.*“

Es gilt der Grundsatz, dass die Nationalgarde in erster Linie dem einzelnen Bundesstaat angehört; erst in zweiter Linie und auf ausdrücklichen Akt des US-Präsidenten wird die Nationalgarde zum Instrument der USA. Der Gouverneur eines Bundesstaates kann somit seine Nationalgarde für seine Zwecke in seinem Bundesstaat eigenverantwortlich - ohne Rückfrage in Washington - einsetzen. Um allerdings Struktur (organizing), Bewaffnung (arming) und Ausbildung (disciplining) in allen Bundesstaaten kompatibel zur Verfügung zu haben, hat die US-Verfassung diese Punkte an den Gesamtstaat übertragen - womit auch deren Finanzierung durch Washington verbunden ist.

Um die Flexibilität zu erhöhen, wurde auch die Möglichkeit geschaffen, dass der Gouverneur weiterhin die Führung ausübt, obwohl Finanzierung und Erteilung des Grundauftrages durch die US-Regierung erfolgen. Zusätzlich haben viele Gouverneure untereinander einen *Emergency Management Assistance Compact*, EMAC (Assistenz-Vertrag) abgeschlossen, dass Unterstützung über die Bundesstaatengrenzen hinweg möglich ist - allerdings mit Bezahlung durch den anfordernden Bundesstaat. Damit wurde - die räumliche und zeitliche Entfernung in den Hintergrund rückend - so mancher Befürchtung entgegen, dass infolge des GWOT zu wenige Nationalgarde-Soldaten in der Heimat zur Verfügung stehen könnten: „*With more than 456.000 active National Guard members and more than 50.000 deployed overseas, some 400.000 servicemembers remain available through the State-to-State EMACs to assist with personnel and equipment, should any governor request assistance.*“¹¹⁾

Führungsverhältnisse (National Guard Duty Status Matrix)

State Active Duty ist der grundsätzliche Dienst und Einsatz der Nationalgarde im Heimatbundesstaat im Auftrag des Gouverneurs. Fulltime-Dienst durch Nationalgarde-Soldaten ist v.a. in den höheren Kommanden und bei der *Air National Guard* (Piloten, Techniker) in größerer Zahl vorgesehen.

Title 32 bedeutet *Full Time National Guard Duty* im Auftrag des US-Präsidenten (inkl. Finanzierung), wobei allerdings der Gouverneur die Befehlsgewalt weiterhin ausübt und die Befehlskette beim Gouverneur endet. *Title 32* kam beispielsweise in den Jahren 2001/2002 für acht Monate zur Anwendung, als nach den Terrorangriffen vom 9. September 2001 („9/11“) alle wichtigen Flughäfen der USA durch die Nationalgarde auf Anordnung der US-Regierung und des US-Verteidigungsministeriums auch militärisch gesichert werden mussten. Die Führung oblag den Gouverneuren.¹²⁾

Führungsverhältnisse (National Guard Duty Status Matrix)			
	State Active Duty (bundesstaatlich)	Full Time National Guard Duty Title 32	Active Duty Title 10 (gesamtstaatlich)
Führung	Gouverneur	Gouverneur	U.S.-Präsident
Ort / Raum	Bundesstaat	Gesamtstaat USA	weltweit
Finanzierung	Bundesstaat	Gesamtstaat USA	Gesamtstaat USA
Aufträge	Auftragserteilung durch den Gouverneur	Grundauftrag durch den Präsidenten und Führung durch den Gouverneur	Auslandseinsatz und weitere Aufgaben gemäß US Constitution
Quelle: National Guard Homeland Defence White Paper 2005, S. 14 und 15			

Auch nach dem Hurrikan Katrina Ende August - Anfang September 2005 im Großraum New Orleans in Louisiana standen Soldaten der Nationalgarde im Einsatz nach *Title 32*. Hier kam es vor, dass verschiedene Einheiten nach verschiedenen Titeln eingesetzt waren: Verbände der aktiven US-Streitkräfte nach *Title 10*, die einem Gouverneur nicht unterstellt werden, die eigene Nationalgarde von Louisiana im *State Active Duty* im Heimatbundesstaat und die Nationalgarde-Verbände unterstützender Bundesstaaten entweder im *State Active Duty* mit *Emergency Management Assistance Compact* oder nach *Title 32* über Autorisierung durch den US-Präsidenten.

Die Operation *Jump Start*¹³⁾ als Überwachung der US-Staatsgrenze zu Mexiko läuft mit etwa 3.000 Nationalgardisten ebenfalls unter *Title 32*, nachdem US-Präsident Bush im Mai 2006 den Entschluss fasste, die südwestliche Staatsgrenze in Arizona, Kalifornien, New Mexico und Texas gegen illegale Einwanderer wirkungsvoller abzuriegeln - als Unterstützung für das Heimatschutzministerium und für die Grenzbehörden.

Title 10 als *Active Duty* bedeutet aktiver Militärdienst bei den US-Streitkräften. *Title 10* kann für Einzelpersonen geltend gemacht werden, die sich freiwillig in den Aktivdienst stellen, aber auch für ganze Verbände und Einheiten über Anordnung der US-Regierung bzw. des US-Verteidigungsministeriums. Hauptzweck ist die Unterstützung bzw. Verstärkung der US-Armee und der US-Luftwaffe im weltweiten Einsatz. Auch eine Teilmobilmachung in einem Notfall fällt unter *Title 10*, wenn es gilt, eine Invasion oder eine Rebellion abzuhalten oder abzuwehren.

Eine Teilmobilmachung unter *Title 10* erfolgte beispielsweise 2001 durch Präsident Bush unmittelbar nach „9/11“ zur Landesverteidigung und zur Assistenz - zur *Homeland Defence* und für *Civil Support Missions*.¹⁴⁾ Seit mehreren Jahren sind Nationalgarde-Verbände im Irak und in Afghanistan eingesetzt, um die US-Armee im GWOT zu stärken. Im November 2006 dienten 35.605 Nationalgardisten im Irak bei der *Operation Iraqi Freedom* (OIF) und 7.023 Mann in Afghanistan bei der *Operation Enduring Freedom* (OEF).¹⁵⁾

Homeland Defence

Die wichtigsten Aufgaben für die Nationalgarde sind mit Priorität *Homeland Defence* im Sinne von Landesverteidigung und in zweiter Linie *Military Support to Civil Authorities* als Assistenz für die zivilen Behörden.

Homeland Defence als selbstständige militärische Aufgabe reicht von Sicherungseinsatz an der Staatsgrenze bei Grenzkonflikten über Überwachung und Verteidigung des Luftraumes bis zur Verteidigung des Staatsgebietes gegen einen feindlichen Angriff. Seit „9/11“ ist der GWOT ein Hauptteil von *Homeland Defence* - „to prevent attacks against us“.¹⁶⁾

Im Assistenzeinsatz andererseits unterstützt die Nationalgarde die zivilen Behörden - im Normalfall auf Anforderung des Behördenleiters; im Ausnahmefall auch selbstständig durch die militärische Truppe, wenn eine Anforderung nicht ausgesprochen werden kann. Die Assistenz umfasst v.a. Hilfeleistungen für den Heimatschutz (*Homeland Security*) bei Katastrophen und Unglücksfällen aller Art (Waldbrand, Hochwasser, Schneesturm, Hurrikan, Terroranschlag, Flugzeugabsturz usw.).

Always Ready - Always There

Eine Nationalgarde muss sich daher sowohl in Richtung Kampfkraft zur *Homeland Defence* im Bundesstaat und zur Verstärkung der US-Streitkräfte im weltweiten Einsatz im GWOT entwickeln und verbessern als auch auf Assistenzaufgaben vorbereiten und spezialisieren - zur Hilfeleistung nach Katastrophen und Terroranschlägen in der Heimat als Beitrag zur *Homeland Security*.

Dementsprechend verfügt die Nationalgarde sowohl über rein militärische als auch über für das zivile Umfeld nutzbare Einheiten, Elemente und Kenntnisse, die einerseits nur zur Landesverteidigung und andererseits auch in der Assistenzleistung zwingend erforderlich sind: „*The National Guard has the capability to conduct operations across the full spectrum of engagements, from domestic missions and emergency response, through homeland security and homeland defence, to the federal warfight and to overseas missions. The governors - the commanders in chief of the National Guard while not in federal service - need the National Guard to respond to domestic crises and natural disasters.*“¹⁷⁾

Das Erfordernis der Fähigkeit, die aktiven Streitkräfte jederzeit mit Nationalgarde-Einheiten verstärken und im GWOT bestehen zu können, verlangt - zumindest seit dem Jahr 2001 - auch die annähernd gleichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Gerätschaften für die Nationalgarde, damit sie mit der Aktivkomponente der Streitkräfte kompatibel ist. Dazu müssen die Einheiten für den unmittelbaren Kampf, für die Kampfunterstützung und für die Logistik so strukturiert, ausgerüstet und ausgebildet sein, dass sie nahtlos in die Großverbände der Streitkräfte eingegliedert werden können. Seit 2001 ist auch tatsächlich eine spürbare Verbesserung der Ausrüstung für die Nationalgarde erkennbar - beispielsweise durch 120.000 Garnituren neuester persönlicher Bekleidung und Ausrüstung für die eingesetzten Soldaten der Nationalgarde.¹⁸⁾

Die Pläne für Beschaffung und Verlängerung der Nutzungsdauer von Gerätschaften für die *Army National Guard* für den Zeitraum 2007-2009 beinhalten z.B. 5.000 HMMWV-Gefechtsfahrzeuge, 5.100 Transportfahrzeuge verschiedenster Art, 73.000 Nachtsichtbrillen, 10.000 Infrarot-Geräte und 66.000

neue Sturmgewehre M4. Durch weitere Beschaffungen für die Jahre bis 2013 sollen zumindest 75% der Sollstärke an Waffen und Gerätschaften der Nationalgarde zur Verfügung stehen: „*The Army has committed 36 billion USD for procurement of Army National Guard equipment from Fiscal Year 2005 through Fiscal Year 2013. This will bring the Army National Guard to 77 percent equipment.*“¹⁹⁾

Air National Guard

In Friedenszeiten sind die *Air National Guard*-Einheiten den US-Luftwaffenkommanden zugewiesen. Sie erfüllen die daraus erwachsenden Aufträge in den USA und sie unterstützen die Einsätze der *U.S. Air Force* auch in Übersee (*F-15, F-16, A-10*). Die *Air National Guard* verfügt etwa über die Hälfte aller amerikanischen Lufttransport- (*C-130, C-17, C-5, UH-60*), Evakuierungs- (*HH-60, HC-130*) und Luftbetankungskapazitäten (*KC-135*). Zusätzlich ist der *Air National Guard* die Luftverteidigung in den gesamten USA übertragen. Viele Militärflugplätze werden von der *Air National Guard* betrieben. In den Bundesstaaten wird sie von den Gouverneuren v.a. für Rettungs- und Bergeseinsätze, für Transporte, für Überwachungsaufgaben, zur Suche nach Drogenanbauflächen und zur Brandbekämpfung herangezogen.

Aufgaben der Nationalgarde für den Bundesstaat

Die Gouverneure verlassen sich auf ihre Nationalgarde, das erste Reaktionsmittel innerhalb der ersten Stunde bzw. der ersten Stunden nach einem Vorfall im Bundesstaat zur *Homeland Defence* und zur *Homeland Security*. Die Nationalgarde muss fähig sein, die Anforderungen und Aufträge des Gouverneurs in der richtigen Art und Weise am richtigen Ort zur richtigen Zeit zu erfüllen: „*The National Guard is your first military responder to any emergency.*“ Zusätzlich zu den Kampfverbänden für die *Homeland Defence* und den GWOT verfügt die Nationalgarde über zum Teil hoch spezialisierte Elemente für den *Military Support to Civil Authorities*. Eine beträchtliche Anzahl an Funktionen in diesen Einheiten dient als *Fulltime-Soldier* in der Nationalgarde.

Joint Force Headquarters (JFHQ)

„*JFHQ provides command and control of all National Guard forces in the state for the Governor.*“

Das JFHQ führt - auch in Friedenszeiten im täglichen Dienstbetrieb - alle Nationalgarde-Verbände im Auftrag des Gouverneurs, der auch Oberbefehlshaber (*Commander in Chief*) seiner Nationalgarde ist.

Joint Force Headquarters Joint Operations Centres (JFHQ JOC).

„*The JFHQ JOC serves as the primary entity for coordinating, facilitating and synchronizing efforts in support of their states and information requirements of National Guard Bureau and customers at the Federal level for natural disasters, National Special Security Events, exercises and domestic activities. Each JFHQ JOC has redundant connectivity.*“²⁰⁾

Das JOC als Einsatzzentrale und Herzstück des JFHQ koordiniert nicht nur die eigenen Truppen mit den zivilen Behörden und Dienststellen innerhalb des Bundesstaates, sondern es synchronisiert auch alle Bedürfnisse und Informationen mit dem *National Guard Bureau* und anderen Bundesbehörden. Auf sichere und redundante Verbindungen wird höchster Wert gelegt.

Joint Task Force (JTF)

„*JTF provides command and control of all state military assets deployed in support of civil authorities or a specific incident and facilitates the flow of information between the Joint Force Headquarters and the deployed units.*“

Die JTF umfasst anlassbezogen die im jeweiligen Fall für die zivilen Behörden eingesetzten militärischen Elemente.

Weapons of Mass Destruction - Civil Support Team (WMD-CST)

„*WMD-CST assesses suspected Weapons of Mass Destruction attacks, advises civilian responders on appropriate actions through on-site testing and expert consultation and facilitates the arrival of additional state and federal military forces.*“

Das WMD-CST ist auf die Gefahrenabwehr nach einem Einsatz von Massenvernichtungswaffen spezialisiert und verfügt über Fähigkeiten zur Erkennung von und Reaktion auf Terroranschläge(n) mit Giftgasen und Sprengstoffen. Die 55 autorisierten WMD-CSTs bestehen jeweils aus 22 *Fulltime National Guard Soldiers*, die nach *Title 32* finanziert werden und trotzdem dem jeweiligen Gouverneur unterstehen.²¹⁾

National Guard Counter Drug Program (NGCD)

„*NGCD conducts a full spectrum campaign against illicit drugs and transnational threats to the homeland.*“

Das NGCD unterstützt die zuständigen zivilen Behörden in der Drogenbekämpfung und verfügt auch über Fähigkeiten und Mittel zur Erkennung von Drogenanbauflächen aus der Luft.

Aviation Security & Support Battalions (S&S Battalions)

„*The Army National Guard was able to convert and grow some valuable dual-purpose aviation structure that will be readily available and responsive to Homeland Security, in addition to their normal operational missions. The Army National Guard officially activated six of these 24-aircraft S&S Battalions and placed them in readily responsive locations across 44 states.*“²²⁾

Die *Army National Guard* hat sechs Hubschrauber-Verbände der *Homeland Security* (Heimatschutz) zugeordnet und damit eine zugeordnete Doppelverwendung sowohl für Kampfeinsätze als auch für die Assistenz ermöglicht. In diesen Verbänden stehen auch Flugambulanzen bereit.

CBRNE Enhanced Response Force Package (CERFP)

„*CERFP responds to Chemical, Biological, Radiological, Nuclear and Explosive (CBRNE) incidents and supports local, state and federal agencies managing the consequences of the event by conducting decontamination, medical support and casualty search and extraction.*“

CERFP unterstützt die zuständigen zivilen Behörden in der Abwehr der Gefahren und Einflüsse nach Anschlägen mit chemischen, biologischen, radioaktiven und explosiven Kampfstoffen durch Dekontamination, medizinische Hilfe und Such- und Rettungseinsätze.

National Guard Reaction Force (NGRF)

„*NGRF provides security and force protection for WMD-CSTs and CERFP-Teams.*“

Die NGRF bietet als „schnelle Eingreifkraft“ Schutz und Sicherheit für CSTs und CERFPs. Innerhalb von vier bis acht Stunden ist eine Kompanie am Einsatzort verfügbar zu haben;

Bataillonsstärke ist ab ca. 24 Stunden gegeben, wobei die NGRF aus den Verbänden der Nationalgarde anlassbezogen ausgewählt wird.

Critical Infrastructure Protection-Mission Assurance Assessment Team (CIP-MAA)

„CIP-MAA Detachments conduct all-hazard risk assessments on prioritized Federal and State critical infrastructure in support of the Defence Critical Infrastructure Program.“

Ein CIP-MAA-Team beurteilt und bewertet den Grad der Gefährdung von Anlagen kritischer Infrastruktur zum Zwecke des verbesserten Objektschutzes.

Joint CONUS Communications Support Environment (JCCSE)

„JCCSE encompasses all IT capabilities required by the National Guard to support USNORTHCOM, USPACOM, USSTRATCOM and other Homeland Defence mission partners.“

JCCSE verfügt über die Kommunikationsmittel, welche die Nationalgarde für die sichere Verbindung zu vorgesetzten und benachbarten militärischen und zivilen Dienststellen und Diensten benötigt.

Expeditionary Medical Support (EMEDS)

„EMEDS is comprised of rapid response medical packages that can be used in humanitarian relief, wartime contingencies and disaster response. EMEDS facilities provide emergency and primary medical care, preventive medicine, force medical protection, trauma resuscitation and stabilization.“

EMEDS verfügt über rasch einsetzbare medizinische Teams zur humanitären Hilfeleistung, zur Katastrophenhilfe und für Kampfeinsätze.

Modular Airborne Fire Fighting System (MAFFS)

„MAFFS provides the United States Forest Service with additional aerial fire fighting assets.“

MAFFS verfügt über leistungsfähige Brandbekämpfungsmittel in Form von Feuerlöschhubschraubern und -flugzeugen.

State Defence Force (SDF)

„SDF is authorized by U.S. Code and grants the States the right to maintain 'other troops' as a National Guard Reserve Force. SDF is tasked with being prepared for homeland security missions.“

SDF stellt die Reserve der Nationalgarde dar, sollten große Teile der Verbände im Auslandseinsatz stehen oder bereits eingesetzt sein. Die Truppenkörper der SDF können nicht in *Federal Missions* integriert werden.

Rekrutierung

Die Nationalgarde besteht zu ca. 90% aus Milizsoldaten und bedarf ständiger Ausbildung, um ihren erreichten Standard zu halten bzw. zu verbessern. Um den Personalstand und die Einsatzbereitschaft in personeller Hinsicht gemäß der vorgesehenen Stärke zu halten, ist eine intensive Rekrutierung von Anwärtern für die Nationalgarde erforderlich. Kandidaten können aus verschiedensten Programmen wählen, nachdem sie von den Rekrutierungsfachleuten eingehend informiert wurden.

Nach Problemen bei der Rekrutierung in den Jahren 2001 bis 2005 stellen sich die Zahlen für 2007 positiv dar: „We saw the Army National Guard exceed its goal of 350.000 Soldiers by more than 2.000 servicemembers (352.707 Soldiers) as of September 30, 2007. The Air National Guard attained end-strength of 106.254 - just 746 Airmen short of achieving its goal of 107.000.²³⁾ ... The next Army National Guard end-strength goal is to reach 360.000 in FY 2008.“²⁴⁾ „While we expected to lose about 63.000 Soldiers through normal attrition, we lost only 61.000; this represents about 2.000 Soldiers who elected to stay.“²⁵⁾

Sowohl über Internet als auch durch persönlichen Kontakt treten die Rekrutierer mit möglichen Kandidaten in Verbindung. Auf die persönliche Pflicht, seine Heimat zu schützen, als auch auf die vielen Vorteile, bei der Nationalgarde zu dienen, wird eindringlich hingewiesen. Heroische Videoclips werden verwendet, genauso wie die Möglichkeiten der Schulbildung durch die Nationalgarde, die Ausbildungsabläufe und Funktionen in den Waffengattungen und die Gehaltstabellen für die verschiedenen Dienstleistungen bzw. Übungsarten dargestellt werden.

Voraussetzungen zur Aufnahme in die Nationalgarde

Das Lebensalter zur Aufnahme in die Nationalgarde muss zumindest 17 und darf maximal 42 Jahre betragen. Körpergröße und Gewicht werden ebenso wie die Fitness beim *Army Physical Fitness Test* mit diversen Tabellen überprüft und sind damit strenge Aufnahmekriterien. Jeder Kandidat muss über eine Schulbildung in Form eines High School-Abschlusses oder einer vergleichbaren Bildungsstufe verfügen oder ihn mit Unterstützung durch die Nationalgarde nach der Grundausbildung nachholen.

Auswahl aus 200 Möglichkeiten an Grundfunktionen

Etwas 200 Grundfunktionen stehen zur Auswahl - gegliedert nach den Bereichen Kampftruppe, Kampfunterstützung, Logistik, Militärpolizei, Kommunikation und Sanitätsdienst.

Die Auswahlkriterien, um zur Ausbildung zum Nationalgardisten zugelassen zu werden, sind klar festgelegt und beziehen sich v.a. auf körperliche Fitness.

Die Ausbildung selbst verläuft in zwei Abschnitten. Die Grundausbildung (*Basic Combat Training*) dauert neun Wochen; die Funktionsausbildung in der Waffengattung (*Advanced Individual Training*), welche zur Ausübung der gewählten Grundfunktion befähigt, dauert je nach Art und Spezialisierung zwei bis zehn Monate. Beispiele für Grundfunktionen (*Military Occupational Specialty*): Infanterist, Kanonier, Radar-Spezialist, Artilleriebeobachter, Hubschrauber-Techniker, Sanitäter, Pionier, Panzerfahrer, Panzerkommandant, Brückenbau-Pionier, Taucher, IT-Spezialist, Fernmeldemechaniker, Militärpolizist, Rekrutierer, Munitions-Spezialist, Kampfmittelbeseitiger usw.

Ausbildung

Grundausbildung als *Basic Combat Training* bedeutet neun Wochen physischen und psychischen Drills und ist eine körperliche Herausforderung - auf gezielte Vorbereitung (Laufen, Liegestütz, Krafttraining) wird bereits bei der Rekrutierung hingewiesen. Die ersten drei Wochen (*Red Phase*) dienen der körperlichen Ertüchtigung und der Gewöhnung an Disziplin. Die *White Phase* zu drei Wochen beinhaltet Schießausbildung und persönliche Festigung und Ermutigung - „You'll learn to live the Army values.“ Die letzten drei Wochen (*Blue Phase*) formen den einfachen Soldaten zum Kämpfer (*Warrior*) - Ge-

fechtsübungen und Schießübungen sind die Höhepunkte des *Basic Combat Training*.

Die Funktionsausbildung in der Waffengattung als *Advanced Individual Training* liefert dem jungen Nationalgardisten die Grundkenntnisse, um in seiner gewählten Grundfunktion die gestellten Aufgaben erfüllen zu können - aus dem einfachen Soldaten bzw. Einzelkämpfer wird der Infanterist, der Panzerkommandant, der Artillerist, der Fernmeldetechniker, der Hubschrauber-Mechaniker usw. Die Ausbildung findet waffengattungsbezogen an der entsprechenden Waffenschule statt.

Nach dem *Advanced Individual Training* beginnt der Dienst bei jener Nationalgarde-Einheit, die sich der Kandidat bei der Rekrutierung unter Beachtung der verfügbaren freien Funktionen gewählt hat. Die freien Nationalgarde-Funktionen werden beispielsweise in den Truppenzeitungen der Verbände öffentlich kundgemacht.

Angebote und Vorteile („Bonuses“)

Bildungskosten (Tuition Assistance)

Die Nationalgarde bezahlt die Schulbildung an einem College - in einer Programmvariante zu 100%, was etwa 20.000 USD für vier Jahre ausmacht. Ein anderes Programm zahlt ein monatliches Stipendium zu 300 USD - in Summe 11.000 USD in drei Jahren.

In der Variante *College First* werden die College-Kosten von der Nationalgarde bezahlt, und erst danach werden militärische Ausbildung und Einsatz abverlangt. Die Voraussetzungen, diese Bildungskosten zu bekommen, sind streng geregelt und werden genauestes überprüft (z.B. Schulerfolg).

Verpflichtung (Commitment) und Bezahlung (Pay Scale)

Die Erstverpflichtung beträgt in den meisten Fällen acht Jahre; die grundsätzliche Gesamtverpflichtung in der Nationalgarde dauert 20 Jahre (*standard part-time term*) - beginnend mit dem *Basic Combat Training* und dem *Advanced Individual Training*. Die Dienstleistung selbst dauert zwei bis drei Tage pro Monat als Drill und zwei Wochen pro Jahr als *Annual Training*: „*One weekend a month; two weeks a year*“ ist der offizielle Slogan zur Darstellung des Umfanges der militärischen Dienstleistung in der Nationalgarde.

Die Bezahlung dieser Dienste ergibt pro Jahr einen Verdienst von ca. 3.000 USD für einen Rekruten und entsprechend höhere Beträge für höhere Dienstgrade und Funktionen: 4.500 USD für einen Sergeant, 5.500 USD für einen Leutnant, 11.000 USD für einen Chief Warrant Officer und 12.000 USD für einen Major.

In der Variante *Active First* beginnt die Dienstzeit in den aktiven Streitkräften oder in der Nationalgarde mit Vollzeit-Militärdienst. Zusätzlich zur Bezahlung als *Fulltime-Soldier* wird ein Bonus gewährt: bei einer Verpflichtung von 2½ Jahren 20.000 USD; bei einer Verpflichtung von 3 Jahren 30.000 USD und bei einer Verpflichtung von 4 Jahren 40.000 USD; eine anschließende Verpflichtung zur Nationalgarde bringt weitere 20.000 USD. Die Bezahlung im Fulltime-Dienst beträgt monatlich ca. 1.300 USD für einen Rekruten, 2.300 USD für einen Sergeant, 3.500 USD für einen Leutnant, 6.000 USD für einen Chief Warrant Officer und einen Major und bis zu 8.000 USD für einen Oberst. Wiederaufnahme in die Nationalgarde nach Ableistung eines Verpflichtungszeitraums von 20 Jahren bringt 15.000 USD.

Pension (Retirement Benefits)

Die Ableistung eines Verpflichtungszeitraumes von 20 Jahren berechtigt zu einer monatlichen Pension von ca. 1.650 USD ab dem 60. Lebensjahr.

Sonstige Vorteile

Fly For Free ermöglicht dem Nationalgardisten die kostenlose Benutzung aller Militärflugzeuge innerhalb der USA (Hawaii, Alaska und Puerto Rico eingeschlossen), wenn Plätze frei sind.

Base Privileges bieten dem Nationalgardisten und seiner Familie weltweit verschiedenste Privilegien durch Benützung der Einrichtungen und Anlagen der amerikanischen Kasernen (Einkauf, Unterkunft usw.).

TRICARE Reserve Select bietet dem Nationalgardisten und seiner Familie entsprechend günstige Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge.

Servicemembers' Group Life Insurance und *Family Servicemembers' Group Life Insurance* bieten dem Nationalgardisten bzw. seiner Familie günstige Lebensversicherungen an.

Guard Recruiting Assistance Program bedeutet, dass nicht nur ein Rekrutierer selbst, sondern auch jeder andere Nationalgardist je geworbenem Kandidaten eine Prämie verdient: „*Recruiting assistants earn a bonus of 2.000 USD for each prospect who enlists and reports to basic combat training.*“

Karriere

Die Ausbildung zum Offizier der Nationalgarde verläuft im dreiteiligen *Basic Officer Leadership Course* (BOLC). Erster Teil ist die Absolvierung des *Reserve Officer Training Corps* (ROTC) oder der *Officer Candidate School* (OCS). ROTC wird an 500 amerikanischen Colleges und Universitäten das Studium begleitend mit ca. fünf Wochenstunden an militärischer Ausbildung über vier Jahre hinweg abgehalten. Die OCS wird in Blockform in der Dauer von zwölf Wochen erst nach einem College-Studium absolviert. Teil 2 umfasst die Führungsausbildung in der Dauer von sechs Wochen und Teil 3 ist die Waffengattungsausbildung zum Zugskommandanten oder zu einer vergleichbaren Funktion.

Die Ausbildung zum *Warrant Officer* als Fachoffizier und Spezialist in einer bestimmten Funktion erfolgt an der *Warrant Officer Candidate School* (WOCS).

Oregon National Guard (ORNG)

Das *Oregon Military Department* führt die *Oregon National Guard*:²⁶⁾ „*A ready force to support the Governor during unrest or natural disaster and as a reserve force to the United States Army and Air Force.*“ Die *Oregon National Guard* ist auch in der *Oregon Constitution* (Article X, Section 1, State Militia) erwähnt. „*The Legislative Assembly shall provide by law for the organization, maintenance and discipline of a state militia for the defence and protection of the state.*“

Struktur

Die *Oregon National Guard* untersteht der Leitung des *Oregon Military Department*; mit dem Gouverneur als Oberbefehlshaber (*Commander in Chief*) an der Spitze und dem *Adjutant General* als militärischen Kommandanten.

Oregon Army National Guard (ORARNG)

Die bedeutendsten Truppen der *Oregon Army National Guard* sind das *41st Brigade Combat Team* (41BCT) und die *82nd Troop Command Brigade* (82TCB). Auch eine *Army Aviation* (z.B. *1042nd Medical Company* und *B Company/1st Battalion/168th Aviation Regiment*) steht zur Verfügung. Die *Oregon Army National Guard* hat eine autorisierte Stärke von ca. 6.500 Soldaten.²⁷⁾

Oregon Air National Guard (ORANG)

Die Verbände und Einheiten der *Oregon Air National Guard* sind *142nd Fighter Wing*, *173rd Fighter Wing*, *116th Air Control Squadron*, *123rd Fighter Squadron*, *125th Special Tactics Squadron*, *270th Air Traffic Control Squadron* und *272nd Combat Communications Squadron*.

Die *Oregon Air National Guard* hat als Hauptaufgabe die Luftverteidigung im Verantwortungsbereich Pazifik-Nordwest und die dortige Luftüberlegenheit. Ihr stehen Kampfflugzeuge *Eagle F-15 D* und *F-15 E* zur Verfügung. Allerdings erhielten alle *F-15* nach einem Unfall bei der *Missouri Air National Guard* von November bis Dezember 2007 Flugverbot. Mehrere Wochen war keine Luftraumüberwachung und Luftverteidigung im Zuständigkeitsbereich der *Oregon Air National Guard* möglich.

Homeland Security in Oregon

Oregons Gesetzgebung unterstellte mit Unterzeichnung durch Gouverneur Theodore R. Kulongoski am 15. August 2007 das *Office of Homeland Security and Emergency Management* (Amt für Heimatschutz und Notfallmanagement) dem *Oregon Military Department* der *Oregon National Guard*.²⁸⁾ Der Adjutant General der *Oregon National Guard* wurde damit zum *Homeland Security Advisor to the Governor* bestellt - zum Heimatschutzberater für den Gouverneur. Mit diesem Gesetz wurde der Adjutant General über seine Funktion als militärischer Kommandant der Nationalgarde hinaus auch in die Führungsposition zur Vorsorge und Bewältigung aller Katastrophen- und Unglücksfälle ernannt. „*The bill will allow us quicker response time and more flexibility in terms of response capabilities*“, verdeutlichte der Adjutant General von Oregon, Major General Raymond F. Rees.

Übungen und Einsätze der Oregon National Guard

Unter dem Auftrag „*A ready force to support the Governor during unrest or natural disaster*“ ist die Feuerbekämpfung eine alljährliche Hauptaufgabe in Oregon. Derartige Feuerwehraufgaben sind in Zusammenarbeit mit dem *Bureau of Land Management*, *U.S. Forest Service*, *Bureau of Indian Affairs*, *Oregon Department of Forestry* und anderen Dienststellen zu leisten, um Leben und Sachgüter vor Feuer zu schützen oder zu retten. Regelmäßig sind auch Hilfeleistungen bei der Suche nach Personen und auch nach abgestürzten bzw. verschollenen Flugzeugen erforderlich. Hierzu verfügt die *1042nd Medical Company/Air Ambulance* über ein *Search- & Rescue-Team* und über *UH-60 Blackhawk*-Hubschrauber - einen davon in der *Firehawk*-Ausführung. Der *Oregon Air National Guard* stehen auch *CH-47 Chinook*-Transporthubschrauber zur Verfügung.

Eine Sondereinheit ist das *102nd Weapons of Mass Destruction-Civil Support Team* (WMD-CST)²⁹⁾ mit 22 *Fulltime-Soldiers*. Diese Einheit führt Einsätze durch, welche nicht nur dem Staat Oregon und seiner Bevölkerung dienen, sondern auch in die überregionale *Homeland Defence* integriert sind.

Die offizielle Zertifizierung erfolgte durch das Verteidigungsministerium im Juli 2006.

Das Übungsprogramm der *Oregon National Guard* ist sehr umfangreich - mit regionalen, nationalen und internationalen Übungen. Einheiten der *Oregon National Guard* übten z.B. im Jahre 2006 in Japan, in der Mongolei und in Bulgarien sowie im Jahre 2007 in Singapur.³⁰⁾

TOPOFF 4

Wichtigste und größte Übung für die *Oregon National Guard* war die Teilnahme an TOPOFF 4³¹⁾ (Kurzform für *Top Officials* als unmittelbare Terrorziele), einer vom US-Heimatschutzministerium im Oktober 2007 geleiteten Katastrophenschutzübung, die mit 15.000 Übungsteilnehmern und -beobachtern mehrere US-Bundesstaaten und die Pazifikinsel Guam umfasste und von einem Terrorszenario ausging. Oregons größte Stadt Portland lag im Zentrum der Terroraktivitäten mit Explosion einer „dirty bomb“ und forderte und prüfte alle zivilen und militärischen Dienststellen dieser Metropole.

Gouverneur Kulongoski definierte die Übungsziele klar: „*Coordinate well among agencies whether local, state or national; implement the Oregon Emergency Management Plan to speed the response and quickly move to recovery; integrate with the right agencies at the right time through the National Incident Management System and establish and sustain communication capabilities to reach the public and each other.*“

Auf militärischer Seite übte das *Oregon Military Department* v.a. mit dem *Joint Operations Centre*, mit dem *Office of Emergency Management*, mit der *Oregon State Defence Force*, mit dem *102nd Weapons of Mass Destruction-Civil Support Team*, mit einer auf der *Portland Air National Guard Base* formierten *Joint Task Force* aus der *82nd Troop Command Brigade*, mit Elementen der *Air National Guard* und mit einer *National Guard Response Force* von der *1186th Military Police Company*. Heimatschutzminister Michael Chertoff bedankte sich persönlich in Portland für die essenzielle Übungsteilnahme.

Heftige Stürme und Regenfälle überfluteten in der ersten Dezemberwoche 2007 mehrere Städte im Nordwesten Oregons.³²⁾ Die *Oregon National Guard* mit dem *141st Support Battalion*, *125th Special Tactics Squadron* und der *Oregon State Defence Force* unterstützte die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen mit Hubschraubern für Bergung und Abtransport, mit Pionieren mit *Zodiac*-Booten zur unmittelbaren Rettung eingeschlossener Personen und mit Unterkünften und Verpflegung für evakuierte Bewohner. Weiters wurden unzählige Gerätschaften zur Verfügung gestellt (z.B. Stromaggregate) und Behelfsverbindungen geschaffen, bis das Telefonnetz wieder funktionierte.

Im Jänner 2008 mussten Soldaten der *Oregon National Guard* abermals ausrücken, um von Unmengen an Schnee eingeschlossene Familien zu retten.

In einem Jahresrückblick auf 2007 nannte Gouverneur Kulongoski die wichtigsten Einsätze seiner Nationalgarde.³³⁾ Den größten Beitrag steuerte das *41st Brigade Combat Team* mit 950 Oregonians in Afghanistan bei. „*We also saw the deployment of four Oregon Army National Guard units to Iraq: 115th Mobile Public Affairs Detachment, 224th and 234th Engineer Company, Detachment 1/A Company/641 Aviation. From the Oregon Air National Guard the 142nd Civil Engineer Squadron sent troops to Kuwait and the 173rd Security Forces Squadron sent troops to Kyrgyzstan.*“

41st Enhanced Separate Light Infantry Brigade

Der übliche Jahresablauf der *Sunset-Brigade* - benannt nach der 41. *Infanteriedivision Sunset-Division*, aus der die Brigade hervorging - besteht aus Ausbildungs- und Übungsphasen in der Dauer von zwei bis drei Tagen an einem Wochenende je Monat und einem *Annual Training* in der Dauer von zwei Wochen, das meist im Juni auf einem Truppenübungsplatz stattfindet („*One weekend a month; two weeks a year*“). Der GWOT brachte allerdings bedeutende Veränderungen mit sich. Alleinige Hauptaufgaben sind nicht mehr Verteidigung und Hilfeleistung in der Heimat, sondern hinzu kommen die Einsätze im Nahen Osten - Irak und Afghanistan.

Die 41. *Infanteriebrigade* ist der größte selbstständige Kampf- bzw. Einsatzverband der *Oregon Army National Guard*. Sie wurde zu Jahresbeginn 2006 in das 41st *Brigade Combat Team* (41BCT) umstrukturiert und besteht zu 90-95% aus *Citizen-Soldiers*. Die Mobilmachungsstärke beträgt 3.500 Mann. Brigadekommandant von 2003 bis 2007 war Brigadier General Douglas A. Pritt.

Das 41BCT untersteht einerseits über den Kommandanten (Adjutant General) der *Oregon National Guard* Major General Raymond F. Rees dem Gouverneur von Oregon Theodore Kulongoski und andererseits im Wege der *Chain of Command* über die *U.S. Army* dem Präsidenten der USA.

Nach Einnahme der *Army National Guard Modular Force* wird die 41. *Infanteriebrigade* für *Federal Missions* der 40. *Infanteriedivision* aus Kalifornien unterstehen.

Aufgaben der *Oregon National Guard* und somit auch des 41BCT sind die Verteidigung Oregons und die Hilfeleistung bei Katastrophenfällen im Auftrag des Gouverneurs. Sie hat aber auch die Aufgabe, an Kampfeinsätzen im Rahmen der *U.S. Army* teilzunehmen: „*Its federal mission is to mobilize, deploy to theatre of operation, occupy assembly area, conduct combat operations, redeploy and demobilize.*“

Annual Training (AT) des 41BCT in Idaho; Juni 2005

Oregons 41BCT war vorgesehen, im Jahre 2005 am *Joint Readiness Training Centre* in Fort Polk, Louisiana, an einer Übung zur Feststellung der Einsatzbereitschaft teilzunehmen.³⁴⁾ Wegen des beabsichtigten Einsatzes in Afghanistan änderten sich aber Übungsthema und Übungsraum dieses *Annual Training*: Das 41BCT hatte sich auf einem Übungsplatz in Idaho auf einen Afghanistan-Einsatz vorzubereiten. Die 41. *Infanteriebrigade* der *Oregon National Guard* übte im Juni 2005 bereits als 41st *Brigade Combat Team* zwei Wochen auf einem steppenähnlichen Truppenübungsplatz im Nachbarbundesstaat Idaho.³⁵⁾

Erklärtes Ziel war die erste gemeinsame Vorbereitung auf den bevorstehenden Afghanistan-Einsatz ab Juni 2006 bis Juni 2007. Die Brigade wurde beauftragt, ein Infanteriebataillon, einen Logistikverband und einige weitere Einheiten und Teileinheiten für die *Operation Enduring Freedom* (OEF) zu stellen.

Die Einberufungsstärken der einzelnen Verbände lagen bei 40-60% der Gesamtstärke und waren auf den tatsächlichen Bedarf für die Übung und den bevorstehenden Einsatz abgestimmt. Die Übung selbst war das *Annual Training* des Jahres 2005 und wurde als Stationsausbildung mit abschließender gemeinsamer Gefechtsübung auf Ebene Zug und Kompanie durchgeführt. Geübt wurde das Verhalten als Eskorte, am Checkpoint, als Auf-

klärung und Überwachung, als Patrouille, bei Minenbedrohung, bei Heckenschützen, zur Hausdurchsuchung, bei Terroristen usw. Die Patrouillenausbildung erfolgte auch im scharfen Schuss. Das Artilleriebataillon führte selbstständig Scharfschießen durch. Besonders klar und authentisch wurde das Verhalten gegenüber der Bevölkerung geübt - mit „Dari“ (afghanische Sprache) sprechenden Zivilpersonen als Darsteller.

Truppeneinteilung der 41st Infantry Brigade als 41BCT für das Annual Training 2005

- *Headquarters & Headquarters Company* (HHC),
- *1st Battalion/162nd Infantry Regiment* (1-162),
- *1st Battalion/180th Infantry Regiment* der *Oklahoma Army National Guard* (1-180),
- *1st Battalion/186th Infantry Regiment* (1-186),
- *2nd Battalion/218th Field Artillery Regiment* (2-218),
- *141st Support Battalion - Combat Service Support* (141SB),
- *162nd Engineer Company*,
- *241st Military Intelligence Company*,
- *272nd Combat Communication Squadron* der *Oregon Air National Guard*,
- *183rd Aviation Task Force* der *Idaho Air National Guard*.

Die Abschlussübung war eine Überprüfung der erreichten Ziele, wobei die Übungseinlagen vom damals noch vorgesetzten Divisionskommando der 7th *Infantry Division* eingespielt bzw. veranlasst wurden.

Katastropheneinsatz nach den Hurrikans Katrina und Rita; Herbst 2005

Der am 29. und 30. August 2005 über die Küste des Golfes von Mexiko hereinbrechende Hurrikan Katrina verlangte von den US-Streitkräften eine enorme Hilfeleistung: 58.000 Soldaten - zum Großteil von der *National Guard*,³⁶⁾ weil viele aktive Verbände bereits im Ausland eingesetzt waren - wurden aktiviert und an die Golfküste verlegt. Der *Forward Command Post* der *First U.S. Army* im Camp Shelby, Mississippi, diente als militärisch führendes Kommando für die aus allen 50 US-Bundesstaaten aktivierten Truppen, um die Folgen des Sturms zu lindern und an den Hilfsmaßnahmen mitzuwirken.³⁷⁾

Tausende Soldaten der *National Guard* wurden mobilisiert und nach Louisiana entsandt - gemeinsam mit vielen anderen Helfern, die z.B. auch aus dem Bereich der Sicherheitspolizei kamen, um in den Dienst des Bundesstaates Louisiana zur Verhinderung von Plünderungen und anderer Verbrechen gestellt zu werden. Schießbefehl war erteilt: „*They have M16-rifles - locked and loaded. These troops know how to shoot and kill and I expect they will!*“ bestätigte bzw. verlangte Louisianas Gouverneurin Kathleen Blanco.

Oregon entsandte unter dem Kommando der 41. *Infanteriebrigade* 1.900 Soldaten der *Army National Guard* und der *Air National Guard* mit 325 Fahrzeugen aller Art und Bestimmung und sonstiger Ausrüstung für diesen Hilfseinsatz.³⁸⁾ Das Vorkommando und die ersten Helfer - v.a. Militärpolizei - verlegten am 2. September 2005 nach New Orleans. Die Masse der Oregonians folgte ab dem 3. September mit *C-5-Galaxy* und *C-130-Hercules*-Transportflugzeugen mit der *New Orleans Naval Air-Station* als Ziel - immerhin über eine Entfernung von 3.300 km.

Die *Sunset-Brigade* formierte sich in Portland und verlegte in ihrer Truppengliederung mit leichter Bewaffnung nach New Orleans.³⁹⁾

Seitens des Gouverneurs von Oregon und des Kommandanten der *Oregon National Guard* wurden unterstellt: *1186th Military Police Company*, *Counter Drug Support-Team* mit Mannschaftstransportpanzern, *272nd Combat Communication Squadron*, *142nd Fighter Wing (Security Forces)* und *115th Mobile Public Affairs Detachment*. Hubschrauber-Einheiten wurden im Einsatzraum auf Zusammenarbeit angewiesen.

Erster Einsatzraum der Oregonians war der Nordteil von New Orleans mit dem Lake Pontchartrain. Zwei Drittel des Einsatzraumes waren anfangs überflutet, sodass auch Boote aller Art zum Einsatz kamen.

Das größte Problem stellten die zerstörten Stromleitungen und die umgestürzten Bäume dar. Als *Task Force Pontchartrain* half die *41. Infanteriebrigade* den Behörden von New Orleans, die öffentliche Sicherheit herzustellen, Überlebende zu evakuieren und Möglichkeiten für den Zugang weiterer Hilfsorganisationen zu schaffen. In Summe retteten die Oregonians in New Orleans 2.300 Personen.

Nach erneuten Verwüstungen durch den Hurrikan Rita entschied das *United States Northern Command*, dass die *41. Infanteriebrigade* aus Oregon auch für die Folgen des Hurrikans Rita zur Verfügung zu stehen hat. Mit 24. September 2005 - also nach drei Wochen Hilfeinsatz in New Orleans entstand aus der *Task Force Pontchartrain* die *Task Force Rita*, um im Südwestteil Louisianas Hilfe zu leisten.

Die Brigade wurde dazu um eine Sanitätseinheit, Pioniere und Militärpolizei der *Louisiana National Guard*, um ein *Stryker-Infanteriebataillon* der *Pennsylvania National Guard* und um ein Pionierbataillon der *Missouri National Guard* verstärkt. Aufgabe war es auch als *Task Force Rita*, Hilfe solcher Art zu leisten, dass andere Hilfsorganisationen in die verwüsteten Gebiete vordringen konnten.

Der Großteil der auf 4.000 Mann verstärkten Brigade war im Raum Alexandria - Lafayette - Orange eingesetzt. Das Brigadekommando verlegte nach Baton Rouge, der Hauptstadt von Louisiana. Ab dem 6. Oktober 2005 erfolgte die Rückverlegung nach Oregon.

Transformation der 41st Enhanced Separate Light Infantry Brigade; 2005-2006

Am 5. Oktober 2005 veröffentlichte das *Oregon Military Department* die neue Struktur der *National Guard*.⁴⁰⁾ Diese Transformation umfasste die Aufwertung der Brigade zu einer selbstständig einsetzbaren Brigade-Kampfgruppe *Brigade Combat Team*: „*The big change was replacing an infantry battalion with a RSTA-Squadron (Reconnaissance, Surveillance and Target Acquisition). As a result of these changes, the 1st Battalion/162nd Infantry Regiment was completely inactivated and those soldiers are being transferred to other units. The new 1st Squadron/82nd Cavalry Regiment (RSTA) will be a very mobile and specially equipped unit, to include the use of tactical Unmanned Aerial Vehicles (UAVs).*“

Gliederung des 41st Brigade Combat Team ab 2006

Die beiden Infanteriebataillone verfügen jeweils über eine Stabskompanie, vier Infanteriekompanien und eine Nachschubeinheit des Logistikbataillons. Das Artilleriebataillon verfügt nun über

zwei schießende Batterien zu je acht Geschützen *M118*, über Artillerieradar und über das *Fire Support System M707 Knight*, das Ziele bis 10 km Entfernung erkennt und für mit Laser gelenkte Munition markiert.⁴¹⁾

Das Aufklärungsbataillon verfügt über drei Aufklärungseinheiten - zwei davon motorisiert. Das *41st Special Troops Battalion* (41STB) fasst als Stabsbataillon die bis dahin vom Brigadekommando direkt geführten Einheiten zusammen. Die neue *Signal Company* spezialisiert sich dabei auf Netzwerkverbindungen und Satellitenkommunikation. Eine bedeutende Neuerung ist die Aufstellung von vier *Forward Support Companies* im *141st Support Battalion*, wobei jeweils eine derartige Einheit einem Bataillon der Kampf- und Kampfunterstützungstruppe zugeordnet ist.

Transformation der 82nd Troop Command Brigade (82TCB)

Die *82nd Troop Command Brigade*⁴²⁾ bildet die Brigadestruktur und somit die vorgesetzte Ebene für Bataillone und Einheiten der *Oregon Army National Guard*, die nicht zum 41BCT oder zum *Joint Forces Headquarters* gehören. Das *206th Quartermaster Battalion* und das *741st Corps Support Battalion* wurden aufgelöst und zum *821st Troop Command Battalion* zusammengefasst.

Das *3rd Battalion/116th Cavalry Regiment* (3-116) transformierte von einem Panzerbataillon zu einem gemischten Panzergrenadierbataillon (*Combined Arms Battalion*): „*3-116 will contain a tank company M1A1 Abrams, two mechanized infantry companies M2 Bradley, an engineer company and a forward support company.*“ Auch das Pionierbataillon erfuhr bedeutende Veränderungen: „*The 1249th Engineer Battalion will also see many changes as it converts from three mechanized companies and one heavy company into a vertical construction company, a mobility company, an engineer support company and a forward support company.*“

Einsatzvorbereitung für den Afghanistan-Einsatz; Frühjahr 2006

Oregons 41BCT übte von Februar bis Mai 2006 in Mississippi vier Monate lang für Afghanistan. 950 Mann des 41BCT verlegten im Februar 2006 ins Camp Shelby, Mississippi, um ihre Ausbildung und Einsatzvorbereitung für den Afghanistan-Einsatz zu absolvieren und abzuschließen. „*At the mobilization station Camp Shelby, the brigade underwent rigorous theatre-specific training (live fire exercises, link-up operations, negotiations, navigation, loading & unloading procedures, convoy exercises, mounted & dismounted patrols) under the tutelage of the First Army.*“

Die Verabschiedung des Afghanistankontingents des 41BCT als *Combined Joint Task Force Phoenix V* erfolgte am 22. Mai 2006 im Camp Shelby; ihr wohnten auch der Gouverneur von Oregon und höchste Politiker bei. Das Antreten der Truppe erfolgte in Einsatzgliederung:

- *Headquarters & Headquarters Company/41BCT* (HHC),
- *141st Support Battalion* (Logistics Task Force; LTF),
- *1st Battalion/180th Infantry Regiment* (Security Force; SECFOR),⁴³⁾
- *41st Training Assistance Group* (TAG),
- (fünf) *Regional Corps Assistance Groups* (RCAGs).

RCAG wurde in *Regional Security Assistance Command* (RSAC) umbenannt.

LtGen Russel Honoré, der kommandierende General der *First U.S. Army* und zugleich Verantwortliche für die Einsatzvorbereitung im Camp Shelby, verkündete: „*Governor Kulon-goski, I now pronounce this brigade fit to fight!*“⁴⁴⁾ Honorés Feststellung signalisierte das Ende der Ausbildung und die Einsatzbereitschaft des 41BCT bzw. der CJTF PhV auch zu Kampfeinsätzen für Afghanistan.

Einsatz in Afghanistan; Juni 2006 bis Juni 2007

Im Juni 2006 verlegten die im Camp Shelby gründlich vorbereiteten 950 Oregonians und ihre unterstützenden Kameraden aus fast allen US-Bundesstaaten nach Afghanistan, um als *Combined Joint Task Force Phoenix V* (CJTF PhV) die *Afghan National Army* (ANA) weiter auszubilden bzw. weiter aufzubauen.

Mit der Aufgabenstellung „*To train the Afghan National Army to become a professional fighting force able to conduct independent combat operations*“⁴⁵⁾ *under the auspices of the freely elected government of Afghanistan*“ war innerhalb der *Operation Enduring Freedom* (OEF) die Abgrenzung zu den Kampftruppen (CJTF 76 und in weiterer Folge die CJTF 82) klar ersichtlich. CJTF PhV war nur in geringem Ausmaß in Kampfhandlungen verwickelt - sei es bei Anschlägen gegen ihre eigenen Einrichtungen und Konvois oder bei den Kampfeinsätzen der ANA-Einheiten, an denen die *Embedded Training Teams* als Ausbildungsteams der *Regional Corps Assistance Groups* die afghanischen Kommandanten aller Ebenen bei ihren Einsätzen beraten hatten.

Die vorgesetzte Kommandoebene über der CJTF PhV war das *Combined Security Transition Command - Afghanistan* (CSTC-A) unter dem Kommando von Major General Robert E. Durbin. CSTC-A war wiederum Teil des *Combined Forces Command - Afghanistan* (CFC-A; *Coalition Forces*) unter Lieutenant General Karl W. Eikenberry.

Mit 5. Oktober 2006 ging die formelle Führung aller Truppen in Afghanistan auf die *International Security Assistance Force* (ISAF) unter dem britischen Lieutenant General David Richards bis Februar 2007 bzw. dem US-General Dan McNeill ab Februar 2007 über - für die CJTF PhV blieb dies allerdings nur von geringer Bedeutung, da sich im Unterstellungsverhältnis unter das CSTC-A und in der Einsatzführung kaum Änderungen ergaben.

Combined Joint Task Force Phoenix V: „One Team, One Fight“

CJTF PhV war die fünfte Rotation zwecks Aufbaus der afghanischen Armee. Auch aus der Homepage der CJTF PhV und aus der Einsatzzeitung „Phoenix Patriot“ waren die grundlegenden Aufgaben, aber auch die vierjährige Entwicklung der CJTF Phoenix von I bis IV und die Entwicklung der afghanischen Armee, deren Aufbau die Hauptaufgabe von Phoenix

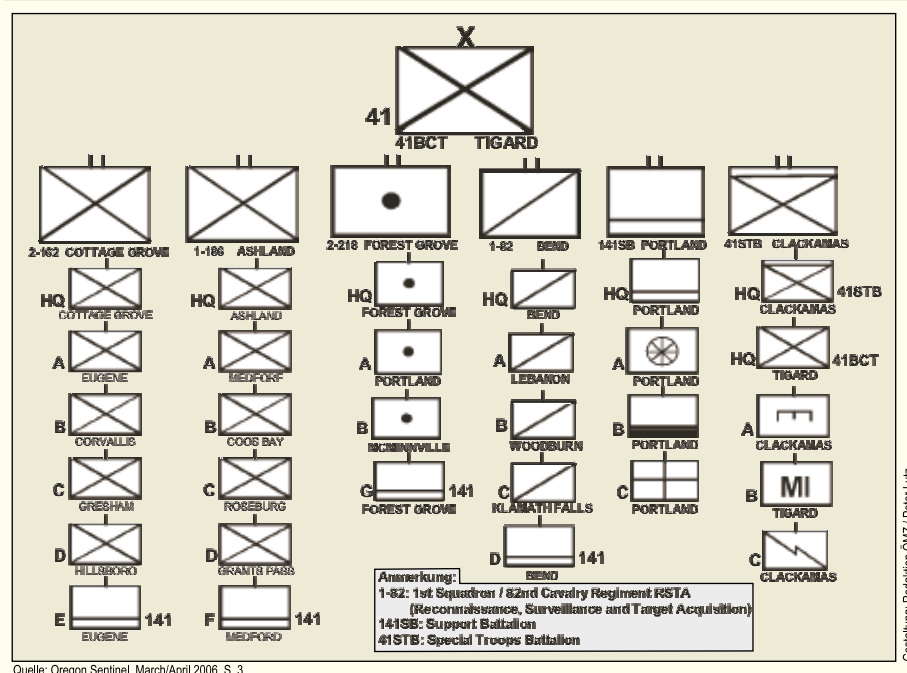
war, ersichtlich.⁴⁶⁾

CJTF Phoenix - Mission: „*Task Force Phoenix mentors the Afghan National Army to conduct sustained, independent Counter-Insurgency operations in Afghanistan to defeat terrorism within its borders.*“

Personell befüllt wurde die CJTF PhV mit amerikanischen Soldaten zu Beginn des Einsatzes im Juni 2006 aus fast allen Bundesstaaten der USA.⁴⁷⁾

13 Staaten unterstützten die CJTF PhV: Frankreich, Deutschland, Rumänien, Großbritannien, die Niederlande, Kanada, Mongolei, Kroatien, Italien, Schweden, Norwegen, Slowenien und Polen.

Abb. 2 Gliederung des 41st Brigade Combat Team ab 2006



Ausbildungsunterstützung für Afghanistans Armee und Polizei

Embedded Training Teams (ETTs) bzw. *Operational Mentor Liaison Teams* (OMLTs) waren allen großen und kleinen Verbänden der ANA zugeordnet. Hauptaufgabe der ETTs war buchstäblich deren Einbettung in die *Afghan National Army* - sie waren dabei in den Kasernen der ANA-Verbände stationiert, um sie in den verschiedensten militärischen Prozessen und Verfahren von Korps- über Brigade- bis Bataillons- und Kompanieebene zu schulen und zu beraten. Hilfestellung wurde z.B. im gesamten Bereich der Rekruten-, Unteroffiziers- und Offiziersausbildung angeboten. Ein Bataillonskommandantenkurs fand ebenso erstmals statt wie der *Teamleader Course* oder die *Officer Candidate School*. Die erste *Combined Arms Live Fire Exercise* der ANA wurde im August 2006 abgehalten und von hohen und höchsten Persönlichkeiten Afghanistans beachtet. Ein *Battle Staff Course* trainierte Kommandanten und Stäbe in Lagebeurteilung und Befehlsgebung. Auch EDV-Kurse fanden statt. Artillerieausbildung wurde von Offizieren und Unteroffizieren aus der Mongolei angeboten. Die Auswahl erfahrener Unteroffiziere zwecks weiterer Karriere wurde mit amerikanischer Unterstützung durchgeführt.

Auch eine Korps-Stabsrahmenübung fand erstmals statt und erforderte die Umsetzung einer ministeriellen Weisung in einen Korpsbefehl an die unterstellten Brigadekommanden. Bei der abschließenden Stabsübung wurden ca. 100 Vorfälle eingespielt und mit amerikanischer Beratung gelöst. Das *Afghan War College* trainierte seine erste Klasse des *Senior Command and Staff Course* auch in Sicherheitspolitik und führte 17 Offiziere der Armee und drei Offiziere der Polizei als Teilnehmer.

Eine bedeutende Erweiterung der Aufgaben ergab sich für die CJTF PhV im Herbst 2006 in Form des Ausbildungsauftrages für die afghanische Polizei mit Blickrichtung auf gemeinsame Einsätze von Armee und Polizei zur Terrorbekämpfung.⁴⁸⁾

Die amerikanische Armee leistete auch finanzielle und materielle Unterstützung; beispielsweise in Form von 200 gepanzerten HMMWVs. Der Übergabe der Fahrzeuge wohnte Präsident Karsai bei. Ein modernes *Tactical Operations Centre* konnte bei dieser Gelegenheit eröffnet werden. Auch beim Bau neuer Kasernen und zugehöriger Anlagen leisteten die USA Hilfe.

Zur Unterstützung und Versorgung der Bevölkerung leisteten die Koalitionstruppen humanitäre und soziale Hilfe; z.B. durch den Bau von Schulen, durch Wiedererrichtung von Brunnen und Staudämmen und durch Reparatur der Wasserverteilungssysteme. Auch medizinische Hilfe wurde in den Städten und Dörfern angeboten. Das moderne Spital in Gardez entstand als Gemeinschaftsprojekt mit mehreren afghanischen Ministerien.

Übergabe an die Nachfolger des 218BCT und Heimkehr

Mit personellem Aufwuchs auf 7.200 Mann⁴⁹⁾ erreichte die CJTF PhV im Mai 2007 ihre Maximalstärke und größte geografische Ausweitung, welche die Brigade jemals hinzunehmen hatte.⁵⁰⁾ Die Übergabe an die CJTF PhVI und die Rückkehr in die USA wurden zeitgerecht vorbereitet und erfolgten schließlich plangemäß im Mai und Juni 2007. Nachfolger als CJTF PhVI war das 218BCT aus South Carolina unter dem Kommando von Brigadier General Livingston.

Zukunft des 41st Brigade Combat Team

Das 41BCT aus Oregon wurde im Zeitraum 2005 - 2007 seinem guten Ruf und seinen Anforderungen gerecht - in den Übungen und Einsätzen in der Heimat Oregon, im Hilfeinsatz in New Orleans nach Katrina und im zwölf Monate dauernden Einsatz in Afghanistan als CJTF Phoenix V.

Die Reformen in den US-Streitkräften laufen unterdessen weiter. Die Zukunft des Verbandstyps *Brigade Combat Team* ist gesichert - auch unabhängig von der Divisionsstruktur innerhalb der *U.S. Army* und der *National Guard*.⁵¹⁾

Ein Bericht zur *Army*-Transformation an den US-Kongress von Februar 2007 spricht sich klar für das *Brigade Combat Team* aus - dessen Anzahl soll sogar erhöht werden (z.B. von 15 auf 28 BCTs in der *National Guard* und der *Army Reserve*).⁵²⁾ Dieser Bericht wird durch die künftige *Mobilization Policy* ergänzt - in welchem Rhythmus und Abstand kann und soll ein Verband in den Einsatz entsendet werden? Hier klaffen allerdings - vorerst - Theorie und Praxis aufgrund des großen Bedarfs für den GWOT weit auseinander. Der zwischen den Einsätzen vorgesehene Abstand von fünf Jahren ist im Falle des 41BCT auf zwei Jahre gekürzt.

Das *Department of Defence* alarmierte am 3. Dezember 2007 offiziell das 41BCT für den nächsten Einsatz im Sommer 2009 - diesmal für den Irak.⁵³⁾ „*Oregon's 41st Infantry Brigade*

Combat Team received an alert for deployment in support of Operation Iraqi Freedom. ... The announcement involves three brigades from the Army National Guard consisting of approximately 8.000 personnel (32nd Brigade Combat Team, Wisconsin National Guard; 41st Brigade Combat Team, Oregon National Guard and 155th Brigade Combat Team, Mississippi National Guard).“

Die *U.S. National Security Strategy* erklärt diesen Bedarf: „*Winning the war on terrorism requires winning the battles in Afghanistan and Iraq.*“⁵⁴⁾

ANMERKUNGEN:

- 1) U.S. Constitution, Amendment II („Bill of Rights“).
- 2) National Guard Homeland Defence White Paper, 2005, S.3.
- 3) U.S. President George W. Bush: „The reality is that the best defence against terrorism is an offence.“
- 4) Joint Force Quarterly - JFQ 36/2004, S.73.
- 5) Guard History Book/I am the Guard, S.25, 26.
- 6) Army Transformation, Report to the Congress of the United States, February 2007, S.6.
- 7) <http://www.arng.army.mil/publications/BCT.pdf>.
- 8) U.S. Constitution, Article I, Section 8.
- 9) U.S. Constitution, Amendment II („Bill of Rights“).
- 10) U.S. Constitution, Amendment X („Bill of Rights“).
- 11) The Officer 12/2007 (www.roa.org), S.58, LtGen Blum, NGB.
- 12) Ebenda, S.3.
- 13) The Officer 12/2006 (www.roa.org), S.55, LtGen Clyde A. Vaughn; ARNG.
- 14) National Guard Homeland Defence White Paper 2005, S.3.
- 15) The Officer 12/2006 (www.roa.org), S.56, LtGen Clyde A. Vaughn; ARNG.
- 16) America's National Security Strategy (NSS), March 2006, S.1 und S.8.
- 17) The Officer 12/2007 (www.roa.org), S.56, LtGen Blum, NGB.
- 18) Armed Forces Journal 2/2004, September 2004, S.32.
- 19) The Officer 12/2007 (www.roa.org), S.58 und S.62.
- 20) National Guard Homeland Defence White Paper 2005, S.9.
- 21) The Officer 12/2007 (www.roa.org), S.58-59, LtGen Blum, NGB.
- 22) National Guard Homeland Defence White Paper 2005, S.11.
- 23) The Officer 12/2007 (www.roa.org), S.56, 57, LtGen Blum, NGB.
- 24) Army 10/2007, S.134, LtGen Clyde A. Vaughn; ARNG.
- 25) The Officer 12/2007 (www.roa.org), S.56, LtGen Blum, NGB.
- 26) Abzeichen der ORNG: Mount Hood, 41. „Sunset-Division“ (41BCT) und Pazifischer Ozean.
- 27) Oregon Sentinel, January/February 2006, S.9.
- 28) Oregon Sentinel, Summer 2007, S.3.
- 29) Oregon Sentinel, March/April 2006, S.7 und August/September 2006, S.4 und Winter 2006, S.13.
- 30) Oregon Sentinel, November/December 2007, S.15.
- 31) Ebenda, S.2.
- 32) Ebenda, S.1.
- 33) Oregon Sentinel, January 2008, S.2.
- 34) Oregon Sentinel, September/October 2004, S.1.
- 35) Oregon Sentinel, August 2005, S.6 und AT-Übungszeitung „Observation Post“, 2005.
- 36) 90% von der NG - gemäß Aussage von Senator Nelson in *Jungler Times*, March 2006, S.3.
- 37) Oregon Sentinel, October 2005, S.4f.
- 38) Oregon Sentinel, September 2005, S.1.
- 39) Oregon Sentinel, September 2005, S.6.
- 40) Oregon Sentinel, January/February 2006, S.9.
- 41) Oregon Sentinel, Spring 2003, S.14.
- 42) Oregon Sentinel, March/April 2006, S.3.
- 43) 1-180 von der Oklahoma National Guard; davon eine Kompanie von 1-186 und eine Kompanie des zur Auflösung bestimmten 1-162 der ORNG gemäß Oregon Sentinel, November 2005, S.11.
- 44) Oregon Sentinel, June/July 2006, S.11.
- 45) Eingeschränkt durch BrigGen Pritt in *Jungler Times*, March 2006, S.1 auf „platoon level“.
- 46) Phoenix Patriot 1, 2006, S.1.
- 47) Phoenix Patriot 2, 2006, S.8.
- 48) Oregon Sentinel, Spring 2007, S.1.

- 49) Oregon Sentinel, Summer 2007, S.1.
- 50) Phoenix Patriot 12, 2007, S.2.
- 51) Vgl. Bell: ÖMZ 2/2006, S.141ff.
- 52) Army Transformation, Report to the Congress of the United States, February 2007, S.6.
- 53) Presseaussendung der ORNG vom 3. Dezember 2007 (<http://oregon.gov/OMD/PressRelease/2007>).
- 54) America's National Security Strategy (NSS), March 2006, S.12.

Rudolf Sturmlechner, MSD

Geb. 1957; Oberst; 1976-1977 Präsenzdienst als Einjährig-Freiwilliger an der FLAWTS in Langenlebarn; 1977-1980 Theresianische Militärakademie mit Waffengattung Panzer & Panzergrenadier in Wr. Neustadt; 1980 Ausmusterung als Leutnant zur 1. Kompanie des Panzergrenadierbataillon 9 nach Horn; 1983-1991 Dienst beim Panzerstabsbataillon 3 in Mautern; 1991-2006 Dienst am Kommando der 3. Panzergrenadierbrigade in Mautern in mehreren Verwendungen (S2, S5, S3, 2.GO); 1997-1998 Truppenkommandantenkurs an der Landesverteidigungsakademie in Wien; 2003 Führung des Panzerstabsbataillon 3 in Mautern; 2005 Teilnehmer am „Annual Training“ der 41. Infanteriebrigade der Oregon National Guard in den USA; seit Mai 2006 Leiter der Führungsabteilung der Landesverteidigungsakademie.

Subsahara-Afrika - Versuch einer Stabilitätsanalyse (Teil 1)

Martin Pabst

Subsahara-Afrika ist seit dem Ende des Kalten Krieges zu einem Brennpunkt politischer und sozioökonomischer Instabilität wie auch von bewaffneten Konflikten und Kriegen geworden. Zwischen 1948 und 1988 war eine einzige UNO-Mission nach Subsahara-Afrika entsandt worden, die *Opération des Nations Unies au Congo* (ONUC; 1960-64). Der sich anschließende, halb so lange Zeitraum von 1989-2008 zählt dort bereits 25 Blauhelmissionen, zuzüglich weiterer Friedenseinsätze unter Verantwortung der EU, der *Afrikanischen Union* (AU), der Westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS) und sonstiger Träger. Auch wenn man berücksichtigt, dass die UNO im Ost-West-Konflikt häufig von den beiden Supermächten blockiert wurde, so belegt dieser Zahlenvergleich doch eindrucksvoll, in welchem Ausmaß bewaffnete Konflikte in Subsahara-Afrika nach dem Ende des Kalten Krieges zugenommen haben.

Sechs von 16 weltweiten UNO-Friedensmissionen waren am 30. November 2008 südlich der Sahara stationiert, mit 53.672 von 75.339 weltweit eingesetzten Blauhelmen (ohne Militärbeobachter). Weitere Belastungen stehen bevor: So wird die *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo* (MONUC) um bis zu 2.785 Blauhelme aufgestockt, die *EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik* soll 2009 von der UNO übernommen werden, und eine Großmission in Somalia mit geschätzten 27.000 Soldaten und 1.500 Polizisten wird gefordert. 35 von 65 Sicherheitsratsresolutionen im Zeitraum 1.1.-31.12.2008 beschäftigten sich mit Konflikten in Subsahara-Afrika.¹⁾ Da es sich in der Regel nicht um zwischenstaatliche, sondern um innerstaatliche, asymmetrische Konflikte handelt, ist der Friedensprozess komplex. Multidimensionales, kostspieliges und riskantes *Peacebuilding* über einen langen Zeitraum ist erforderlich. Folgende Friedensmissionen finden derzeit in Subsahara-Afrika statt:²⁾

Die bewaffneten Konflikte in dieser Großregion fordern hohe Opferzahlen. Eine Studie des *International Rescue Committee* (IRC) ermittelte in der Demokratischen Republik Kongo 5,4 Mio. Todesopfer für den Zeitraum 1998-2007. Davon entfielen nur ca. 10% auf direkte Gewalteinwirkung, der Rest auf Hunger, Epidemien etc.³⁾ Bewaffnete Konflikte lösen in Subsahara-Afrika ungeheure Flüchtlingsbewegungen aus, die Nachbarstaaten destabilisieren können. 2,3 von 11,4 Mio. transnationalen Flüchtlingen entfielen 2007 auf diese Großregion.⁴⁾ Noch stärker ist der Anteil Subsahara-Afrikas bei den Binnenflüchtlingen und Binnenvertriebenen: rund 12 Mio. von insgesamt 26 Mio. (2007), davon allein 5,8 Mio. im Sudan.⁵⁾

Nicht nur Kriege oder politische Verfolgung entwurzeln Menschen: Sozioökonomische Perspektivlosigkeit hat in zahlreichen Ländern südlich der Sahara die Migration in Industriestaaten intensiviert. Der Rückstand ist eklatant, nicht nur bei

einem kriegsruinierten Staat wie Sierra Leone, sondern auch bei einem wirtschaftlich vergleichsweise erfolgreichen Staat wie Ghana, wie die nachstehende Zusammenstellung illustriert.

Zwischen 65.000 und 120.000 Menschen ziehen jährlich von Subsahara-Afrika auf dem Landweg in den Maghreb (überwiegend aus vergleichsweise entwickelten Staaten wie Nigeria, Ghana und Senegal). Etwa 25.000-35.000 schaffen es jedes Jahr, von dort mit hohem persönlichem Risiko illegal das Mittelmeer

a) UNO

- MINURCAT (*Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad*); seit 2007; 44 Militärbeobachter (MB), 235 Polizisten, 565 Zivilisten;

- MONUC (*Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo*); seit 1999; 17.305 Soldaten/MB, 1.079 Polizisten, 3.708 Zivilisten;

- UNMIL (*United Nations Mission in Liberia*); seit 2003; 10.982 Soldaten/MB, 1.083 Polizisten, 1.674 Zivilisten;

- UNMIS (*United Nations Mission in Sudan*); seit 2005; 9.350 Soldaten/MB, 675 Polizisten, 3.469 Zivilisten;

- UNOCI (*United Nations Operation in Côte d'Ivoire*); seit 2004; 8.020 Soldaten/MB, 1.136 Polizisten, 1.373 Zivilisten;

b) UNO/Afrikanische Union (AU)

- UNAMID (*African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur*); seit 2007; 9.910 Soldaten/MB, 2.532 Polizisten, 2.410 Zivilisten;

c) Afrikanische Union (AU)

- AMISOM (*African Union Mission to Somalia*); seit 2007; ca. 2.850 Soldaten;

- MAES (*Mission d'assistance électorale et sécuritaire aux Comores de l'Union Africaine*); seit 2007; ca. 470 Soldaten;

d) Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale/Economic Community of Central African States (CEEAC/ECCAS)

- MICOPAX (*Mission de consolidation de la paix en Centrafrique*); seit 2008; 395 Soldaten, 170 Polizisten;

e) Europäische Union (EU)

- EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik; seit 2008; 4.069 Soldaten (hinzu kommt die im Dezember 2008 begonnene Anti-Piraterie-Mission EU NAVFOR Somalia; ca. 1.200 Soldaten);

f) Frankreich

- „Licorne“ in der Elfenbeinküste; seit 2002; ca. 1.800 Soldaten.

zu überqueren und in die EU zu gelangen. Noch mehr illegale Migranten aus Subsahara-Afrika reisen mit Urlaubs- oder Transitvisa in die EU ein und tauchen dann unter.⁷⁾ Die Zahl der Todesfälle ist erschreckend hoch: Gemäß der Organisation *Fortress Europe* starben zwischen 1988 und 2007 mindestens 9.383 „boat people“ im Atlantischen Ozean oder Mittelmeer. Auf dem Weg durch die Sahara kamen zwischen 1996 und 2007 mindestens 1.615 Afrikaner um.⁸⁾ Die EU, einzelne Mitgliedstaaten und kooperierende Länder in Nordafrika greifen zu zunehmend rigiden Maßnahmen, um illegale Migration auf dem Seeweg zu unterbinden, respektive angekommene illegale Migranten wieder in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Es findet aber auch legale Migration qualifizierter Afrikaner statt, die z. T. gezielt von Industriestaaten angeworben werden. Den Herkunftsländern fehlen diese Menschen beim Aufbau einer ökonomisch aktiven Mittelschicht und eines qualifizierten Beamtentums.

In der ersten Phase nach der Entkolonialisierung (1960-1975) konnte Subsahara-Afrika von der aus der Kolonialzeit übernom-

tät. In vielen Staaten wurden die staatliche Verwaltung, die Infrastruktur, die Bildungs- und Sozialeinrichtungen vernachlässigt. Häufig kontrollierte die Regierung nur noch Schlüsselsektoren wie die Hauptstadt, wichtige Rohstoffvorkommen und Transportrouten - entlegene Regionen wurden ihrem Schicksal überlassen. Damit erfolgte eine an der Peripherie einsetzende, schleichende Erosion von Staatlichkeit. Ein Schlüsselereignis war der erstmalige Sturz einer afrikanischen Regierung durch eine ländliche, bis in die Hauptstadt vorstoßende Widerstandsbewegung: 1988 eroberte die *National Resistance Army* die Macht in Uganda. Fortdauernde Entwicklungs- und Militärhilfe, gegebenenfalls auch Militärinterventionen früherer Kolonialmächte sorgten jedoch dafür, dass katastrophale Entwicklungen ausblieben.

Die dritte Phase nach Ende des Kalten Krieges (1990-heute) wird von folgenden Entwicklungen gekennzeichnet: fortschreitender Staatsverfall, starke Zunahme asymmetrischer, oft grenzüberschreitender Kriege, polit-kriminelle Bandentätigkeit und Ressourcenplünderung (*Warlords*), massenhafte Flüchtlingsbe-

wegungen und humanitäre Katastrophen bis hin zu Anarchie und Genozid (Ruanda 1994). Symptomatisch war 1991 der Zusammenbruch Somalias, das seither keine anerkannte Regierung aufweist, von sich befehlenden Milizen und Banden beherrscht wird und die Verselbstständigung einzelner Landesteile hinnehmen musste („autonome Republik Puntland“, „unabhängige Republik Somaliland“). Auch

viele andere Staaten südlich der Sahara stehen Somalia nicht fern. Der jährliche „Index Gescheiterter Staaten“ von „Foreign Policy“ und „Fund for Peace“ reihte 2008 auf den ersten zehn Plätzen sieben Staaten aus Subsahara-Afrika ein (Somalia, Sudan, Simbabwe, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Elfenbeinküste, Zentralafrikanische Republik).⁹⁾

Eine Reihe von Ursachen ist für die Gewalteskalation verantwortlich. Schwindende externe Unterstützung verstärkte in den 1990er-Jahren den innenpolitischen Druck in schwachen Staaten. Subsahara-Afrika war mit dem Ende des Kalten Krieges strategisch wie ökonomisch marginalisiert. Die Welt stand vor neuen Herausforderungen in Ost- und Südosteuropa. Externe Mächte waren nicht mehr willens oder fähig, militärisch wie ökonomisch in Subsahara-Afrika stabilisierend einzugreifen. In bestimmten Fällen trugen sie selbst zur Destabilisierung bei, wie z.B. im Fall der rivalisierenden Einflussmächte Frankreich und USA im Gebiet der zentralafrikanischen Großen Seen. Der Zustand der Sicherheitskräfte hatte sich in vielen Staaten so verschlechtert, dass sie das staatliche Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen konnten. Arno Meinken identifizierte 2005 in einer vergleichenden Studie nur drei subsaharanische Armeen mit vergleichsweise hohen Fähigkeiten, aber auch nennenswerten Defiziten (Angola, Nigeria, Südafrika). Fünf Armeen schrieb er mittlere Fähigkeiten (Äthiopien, Burundi, Eritrea, Ruanda, Uganda), sechs weiteren beschränkte Fähigkeiten zu (Burkina Faso, Ghana, Kenia, Senegal, Simbabwe, Sudan).¹⁰⁾ Die restlichen Armeen wurden als irrelevant oder gar kontraproduktiv bezeichnet. So verfügt Guinea-Bissaus Armee über die drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine, doch ist seit Jahren kein Schiff und kein Flugzeug mehr einsetzbar. Meinken schreibt: „Von Korruption gebeutelt und der Verwahrlosung

Vergleich ausgewählter Indikatoren					
Staat	BIP (in Mio. USD; 2005)	Analphabetenrate in % (über 15jährige; Ø 1995-2005)	Lebenserwartung bei Geburt (Jahre; 2005)	Bevölkerung unter 15 Jahre in % (2005)	Arbeitslosigkeit in % (gesamte Arbeitskräfte)
Sierra Leone	806	75,2	41,8	42,8	?
Nigeria	1.128	30,9	46,5	44,3	ca. 45-50%*
Ghana	2.480	42,1	59,1	39,0	ca. 30%**
Algerien	7.062	30,1	71,7	29,6	15,3%***
Deutschland	29.461	—	79,1	14,4	5,8%****
Anmerkungen: *) 2001/Fischer Weltalmanach **) 2003/Fischer Weltalmanach ***) 1996-2005/UNDP ****) 2006/UNDP					
Quelle: UNDP: Human Development Report 2007/08, New York 2007 sowie, wenn angegeben, Der Fischer Weltalmanach 2007, Frankfurt a.M. 2006					

menen Substanz (Verwaltung, Infrastruktur, Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen, Grundstoffindustrien), günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und reichlicher Entwicklungs- und Militärhilfe profitieren. Freilich starteten die unabhängigen Staaten mit Hypothesen: schmale Eliten, fehlendes Staatsbewusstsein, von außen oktroyierte Grenzen sowie uneinheitlicher, auf externe Bedürfnisse ausgerichteter Entwicklungsstand. Abgesehen von Staatsstreichen, Putschen, Sezessionsversuchen sowie einsetzenden Befreiungskriegen gegen weiße Minderheitsregimes im südlichen Afrika herrschte vielerorts Stabilität. Die zumeist autoritären Regierungen hielten sich notfalls mit Hilfe der früheren Kolonialmächte, der USA oder der Sowjetunion an der Macht. Im Allgemeinen erlebte Subsahara-Afrika damals Wachstum und Entwicklung, meist in bescheidener Form, in einigen Staaten wie der Elfenbeinküste, Kenia, Rhodesien oder Südafrika auch überproportional.

Im Zeitraum 1975-1990 wurde Subsahara-Afrika von regressiver Entwicklung geprägt. Nun herrschten ungünstige weltwirtschaftliche Bedingungen (Ölkrise, Rezession, verfallende Rohstoffpreise). Das Wirtschaftswachstum brach zwischen 1975 und 1985 ein, danach stagnierte es. Zunehmend machten sich die negativen Folgen der Bevölkerungsexplosion bemerkbar. Außerdem wurde Subsahara-Afrika nun verstärkt in den Ost-West-Konflikt einbezogen: Stellvertreterkriege in Angola, Mosambik und Äthiopien führten zur flächendeckenden Zerstörung von Ländern, zur überregionalen Proliferation von Kleinwaffen und zu anwachsenden Flüchtlingsströmen. Der Idealismus der Gründerjahre war verflogen: Viele afrikanische Regierungen verlegten sich auf Selbstbereicherung und Korruption, anstatt dem Gemeinwohl zu dienen. Angesichts knapper werdender Ressourcen erfolgte eine zunehmende Politisierung von Ethnizi-

preisgegeben, entwickelt sich das Militär in fragilen Staaten häufig zu einem gewaltsamen Akteur, der den Verfall staatlicher Institutionen beschleunigt.¹¹⁾ Die HIV/Aids-Durchseuchung ist unter Soldaten überdurchschnittlich hoch. Afrikanische Staaten pflegen den von der UNO geforderten HIV/Aids-Test bei der Stellung von Soldaten für Blauhelmissionen zu verweigern. Mitunter werden sogar bewusst schwer kranke Soldaten nominiert, da auf die UNO-Entschädigung bei Todesfall im Einsatz spekuliert wird. Das geringe militärische Potenzial dämpft auch die Aussichten für multilaterale afrikanische Konfliktlösung. Die AU ist bemüht, im Rahmen ihrer 2002 beschlossenen „Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ eine auf fünf Regionalbrigaden gestützte *African Standby Force* aufzubauen, die bereits 2010 in der Lage sein soll, komplexe friedensunterstützende Missionen (Einsatzbereitschaft binnen 90 Tagen, der militärischen Komponente binnen 30 Tagen) durchzuführen - später auch Interventionen binnen 14 Tagen bei Genozid oder schweren Menschenrechtsverletzungen.¹²⁾ Ein Blick auf den gegenwärtigen Stand der AU-Planungskapazitäten und der Regionalbrigaden zeigt freilich, dass diese Ziele noch in weiter Ferne liegen, insbesondere in Nord- und Zentralafrika. Auf Seiten der AU ist zwar positives Engagement, aber auch Überschätzung der eigenen Kapazitäten zu konstatieren. Ressourcenmangel, unzureichende Koordination zwischen AU und Regionalorganisationen sowie Defizite in militärischen Schlüsselbereichen hemmen die Umsetzung.

Das internationale Kapital hielt sich nach 1990 mit Investitionen in Subsahara-Afrika zunächst zurück, da politische Risiken, unzureichende Infrastruktur und Dienstleistungen, geringe Arbeitsproduktivität, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, administrative Hürden sowie Zusatzkosten infolge von HIV/Aids-Durchseuchung und Gewaltkriminalität abschreckend wirken. Wenn Investitionen erfolgten, so handelte es sich vielfach um kurzfristige, spekulative Finanzinvestitionen. Viele Staaten südlich der Sahara wurden von Weltbank und IWF unter ungenügender Berücksichtigung der Verhältnisse vor Ort zu marktwirtschaftlichen Strukturanpassungsprogrammen gezwungen, die auf Kosten der bereits geschrumpften Bildungs- und Sozialausgaben durchgeführt wurden. Hinzu kam ein Rückgang der Entwicklungshilfemittel infolge allgemeiner Hilfsmüdigkeit. Die Folge waren Verarmung und Unzufriedenheit.

Auch wurde insbesondere das östliche und südliche Afrika in den 1990er-Jahren mit den desaströsen Folgen der HIV/Aids-Durchseuchung konfrontiert. 19,1 Mio. von weltweit 27,9 Mio. infizierten 15-49-Jährigen lebten 2007 in Subsahara-Afrika. Spitzenreiter wie Botswana und Swasiland weisen Durchseuchungsraten von rund 25% aller 15-49-Jährigen auf. Die Immunschwächekrankheit schaltet Erwerbstätige in ihrer aktivsten Lebensphase aus. Die Folgen sind ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Beamten, hohe Belastungen des Gesundheitsbudgets, eine Drosselung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung, der Zerfall von Familienstrukturen und bereits 11,8 Mio. meist ungenügend ausgebildete Aids-Waisen (2008), die ein bevorzugtes Rekrutierungspotenzial für Kriminelle und Rebellen darstellen.¹³⁾

Die vom Westen geforderten und geförderten Demokratisierungsbewegungen konnten sich Anfang der 1990er-Jahre nicht flächendeckend durchsetzen. Mancherorts verstärkten sie noch die Polarisierung der Gesellschaften, z.B. in der Elfenbeinküste oder in Kenia. Als funktionierende Demokratien können 2008

nur elf Staaten südlich der Sahara gelten. 36 Staaten sind entweder offen autokratisch oder „Fassadendemokratien“.¹⁴⁾ Letztlich zählt in weiten Teilen Subsahara-Afrikas noch das Recht des Stärkeren. Anstatt auf Frieden und Stabilität zu setzen, halten viele Regierungen bewusst Konflikte am Leben, um die eigenen exorbitanten Machtbefugnisse zu legitimieren. Auch sind es viele Regierungen gewohnt, Nachbarländer z.B. durch Förderung dortiger Widerstandsbewegungen zu destabilisieren, um von deren Schwäche zu profitieren.

Das Wirtschaftswachstum in Subsahara-Afrika stagnierte bis 1995. Danach führte eine stark gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen zu anhaltenden Zuwachsraten (Gesamtafrika > 5% in 2004-2007). Freilich schafft der Rohstoffsektor vergleichsweise wenige einheimische Arbeitsplätze und setzt geringe landesweite Entwicklungsimpulse. Auch gegenwärtige Boomländer wie Angola und Mosambik sind fragil und von erheblichen strukturellen Defiziten gekennzeichnet (z.B. hohe Arbeitslosigkeit, extrem ungleiche Entwicklung in sozialer wie regionaler Hinsicht). Im UNDP-Index Menschlicher Entwicklung 2007/2008 nehmen sie nur den 162. bzw. 172. Rang von 177 untersuchten Staaten ein. Nur die Inselstaaten Seychellen (Rang 50) und Mauritius (65) stufte dieser Index als „hoch entwickelt“ ein. In die Mittelgruppe (Rang 71-155) schafften es 22 Staaten südlich der Sahara, darunter auf hinteren Plätzen Südafrika (121), Ghana (135) und Kenia (148). Das unterste Segment (156-177) rekrutiert sich ausschließlich(!) aus Subsahara-Afrika, mit dem kriegszerstörten Sierra Leone als weltweitem Schlusslicht.

In Konkurrenz zu den traditionellen Wirtschaftspartnern aus Europa und Nordamerika sind seit den 1990er-Jahren China, Indien, Malaysia, Brasilien und andere Wettbewerber getreten, die auch hohe Investitionen vorgenommen haben. Wachsender Rohstoff- und Energiebedarf, die globale Konkurrenz mit Asien, öffentlicher Druck zur Verhinderung weiterer humanitärer Katastrophen sowie die Furcht vor einem Einnisten des internationalen Terrorismus in schwachen oder gescheiterten Staaten haben in den letzten Jahren zu einem wiedererweckten Interesse der USA und Europas an Subsahara-Afrika geführt. Die EU hat 2007 eine „strategische Partnerschaft“ mit Afrika begründet und setzt auf eine multidimensionale Kooperation in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Entwicklung. Große Bedeutung wird der Stärkung multilateraler Organisationen zugemessen (Afrikanische Union und regionale Staatengemeinschaften). Alle gemeinsamen Projekte sind momentan aber bestenfalls in *Statu nascendi*.

Der rasante Zusammenbruch Simbabwe (ab 2000) und der Elfenbeinküste (ab 2002) sowie die „ethnischen Säuberungen“ in Kenia und die ausländerfeindlichen Pogrome in Südafrika im Jahr 2008 zeigen auf, wie fragil auch scheinbar gefestigte, teilindustrialisierte Staaten sind. Zusätzliche Belastungen wird nun die internationale Finanzkrise für Subsahara-Afrika bringen. Zwar können viele dortige Staaten momentan von ihrer geringen Verflechtung mit den internationalen Finanzmärkten profitieren. Doch scheuen ausländische Kapitalgeber nun riskante Investitionen. Bei vielen Rohstoffen (z.B. Rohöl, Industriemetallen und Kupfer) fallen die in der Aufschwungsphase nach oben getriebenen Preise - bei gleichbleibend hohen Preisen für Importlebensmittel. Die starke Aufwertung von Dollar und Yen erschwert außerdem den Schuldendienst, und Entwicklungshilfemittel der Industrieländer werden spärlicher fließen.

Im Folgenden werden die Stabilitätsrisiken in den verschiedenen Regionen überblicksweise analysiert.

Westafrika

Im Jahr 1975 wurde die *Economic Community of West African States* (ECOWAS) gegründet, die sich seit den 1990er-Jahren zu einem politischen Staatenzusammenschluss weiterentwickelt hat. Alle 15 westafrikanischen Staaten gehören ihr an. Die Region verfügt damit über eine vergleichsweise gefestigte multilaterale Organisation. ECOWAS baute bereits vor der AU einen Konfliktlösungsmechanismus auf. Auch hat sie die längste Erfahrungen mit *Peacekeeping*: 1990 wurde ad hoc die Friedensstreitmacht ECOWAS *Monitoring Group* (ECOMOG) ins Leben gerufen, um in den liberianischen Bürgerkrieg einzugreifen. ECOMOG bildet die Grundlage der ECOWAS *Standby Brigade* (ECOBRIg), des westafrikanischen Beitrags für die im Aufbau befindliche *African Standby Force* (ASF) der AU. 2010 soll sie einsatzbereit sein, unterteilt in eine ECOWAS *Main Brigade* (6.500 Soldaten, einsatzbereit in 90 Tagen für 90 Tage) und eine ECOWAS *Task Force* (2.773 Soldaten, einsatzbereit in 30 Tagen für 90 Tage). Letztere soll zwei *Battle Groups* für schnelle Krisenreaktion binnen 14 Tagen enthalten. Von den Regionalbrigaden ist die ECOBRIg am weitesten gediehen: Zeitpläne werden eingehalten, Grundlagendokumente sind verabschiedet. Seit 2006 ist das Hauptquartier in Abuja einsatzbereit, ebenso arbeitet dort eine Planungszelle (PLANELM). Ein Frühwarnsystem ECOWARN wird aufgebaut.¹⁵⁾

Frankreich und Großbritannien leisten Unterstützung beim Aufbau von *Peacekeeping*-Fähigkeiten. Ein Vorzeigeprojekt ist das international unterstützte *Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre* (KAIPTC) für die operative Ebene in Accra (Ghana). In Abuja (Nigeria) ist das Ausbildungszentrum für die strategische, in Bamako (Mali) für die taktische Ebene.

Bei ihren multilateralen Aktivitäten kann die Region auf das ökonomische und militärische Potenzial Nigerias zurückgreifen. So verfügt das ölfreiche Land über eine vergleichsweise schlagkräftige und robuste Armee in einer Stärke von 78.500 Mann (2005). Nigerianische Soldaten hatten auch das Rückgrat der ECOMOG gebildet. Die dominante Rolle Nigerias ist freilich Vorzug und Problem zugleich. Denn die frankophonen Staaten und deren Mentor Frankreich misstrauen einem nigerianischen Übergewicht. ECOWAS musste die Rolle der frankophonen (Konkurrenz-)Organisation *Union Economique et Monétaire Ouest Africaine* (UEMOA) anerkennen. Die avisierte Integration der UEMOA ist bislang nicht fortgeschritten.

Eine konkurrierende, eher lockere Staatengemeinschaft ist die 1988 auf libysche Initiative gegründete Sahel- und Saharagemeinschaft (SinSad) mit 18 Staaten (Ägypten, Benin, Burkina Faso, Dschibuti, Eritrea, Gambia, Libyen, Mali, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal, Somalia, Sudan, Togo, Tschad, Tunesien, Zentralafrikanische Republik/ZAR). Als einzige Regionalorganisation verbindet sie Staaten nördlich und südlich der Sahara. Neben ökonomischen Zielen werden als sicherheitspolitische Ziele explizit Konfliktvermittlung und Friedensstiftung genannt. Ende der 1990er-Jahre unternahm sie Vermittlungsinitiativen in den bewaffneten Konflikten zwischen Äthiopien und Eritrea sowie im Südsudan; von 2001-2002 wurde eine von Libyen getragene Militärmission in die ZAR entsandt.

Westafrika teilt sich auf in die dünn besiedelten, tendenziell rohstoffarmen, von veränderlichen klimatischen Bedingungen

abhängigen Sahelstaaten sowie in die rohstoffreichen Küstenstaaten. Dort finden sich Agrarprodukte, Tropenholz, Fisch, Gold, Diamanten, Kupfer, Eisenerz, Blei, Phosphate, Bauxit, Kalkstein, Erdöl und Erdgas. Nigeria verfügt über 3% der weltweiten Erdöl- und über 2,8% der weltweiten Erdgasreserven. In der Sahelzone sind bedeutende Uranvorkommen in Niger zu nennen.

In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde insbesondere die Region Guinea/Sierra Leone/Liberia/Elfenbeinküste Opfer von Ressourcenplünderung durch korrupte Regierungen und nichtstaatliche Akteure (*Warlords*). Anstelle gutnachbarlicher Beziehungen wurde die systematische Destabilisierung von Nachbarländern zur Regel. Liberia und Sierra Leone wurden durch langjährige, brutale Bürgerkriege um Jahrzehnte zurückgeworfen, und auch der kürzere Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste hat dem teilindustrialisierten Vorzeigeland schwer geschadet. Der Wiederaufbau hat in allen drei Ländern gerade erst begonnen. Problematisch ist die durch die Bürgerkriege ausgelöste Ausbreitung von Kriminalität vor dem Hintergrund horrender Arbeitslosigkeit und Bildungsdefiziten. Trotz internationaler Unterstützungsleistungen besteht die Gefahr, dass demilitarisierte Kämpfer in das kriminelle Milieu überwechseln. Auf der Habenseite sind einige tüchtige Akteure wie die liberianische Staatspräsidentin Ellen Johnson-Sirleaf zu nennen, die frühere Leiterin des UNO-Entwicklungsprogramms für Afrika. Doch wird der Wiederaufbau noch viele Jahre benötigen. Die Elfenbeinküste bleibt trotz einer Übergangsregierung der Nationalen Einheit de facto in einen vom Präsidenten kontrollierten Süden und einen von den Rebellen kontrollierten Norden gespalten. Die für 2008 vorgesehenen Wahlen wurden suspendiert. Ob sie akzeptabel durchgeführt und eine legitimere Regierung an die Macht bringen werden, ist zweifelhaft. Ähnlich wie in der Demokratischen Republik Kongo besteht eine Zweckallianz autokratischer Akteure, die sich auf bewaffnete Kräfte stützen. Das Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm verläuft schleppend. Zivile Parteien ohne bewaffneten Arm haben wenig zu melden. Eine Schlüsselrolle bei der Aufrechthaltung fragiler Stabilität kommt der französischen Mission „Licorne“ zu.

Mit 20 erfolgreichen gewaltsamen Machtwechseln (1960-2008) führt Westafrika die subsaharanische Putschstatistik klar an. Zuletzt wurden Regierungen in São Tomé und Príncipe (2003), Guinea-Bissau (2003), Mauretanien (2005 und 2008) und Guinea (2008) gestürzt - ungeachtet inzwischen zu erwartender Sanktionen von Seiten der AU und ECOWAS. Die Putschanfälligkeit ist ein Indiz für staatliche Schwäche, das Fehlen einer pluralistischen Kultur und die Ohnmacht der Zivilgesellschaft. „Freedom House“ sieht in der Region drei Staaten auf dem Weg des Scheiterns: die Elfenbeinküste, Guinea und Nigeria.

Die regionale Vormacht Nigeria verfügt mit ihrem 924.000 km² großen Territorium, ca. 150 Mio. Einwohnern und reichen Energievorräten über ein großes Potenzial. Doch ist das Schwellenland ein Riese auf tönernen Füßen. Korruption, politische Gewalt, Kriminalität und verfallende Infrastruktur bilden weiterhin massive Hypotheken. Der 2007 mit massiv manipulierten Wahlen an die Macht gekommene Präsident Umaru Musa Yar'Adua hat bisher nicht die erwarteten Impulse gesetzt. In einem Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung wird die gewohnte „gewaltige Kluft zwischen wohlklingender politischer Rhetorik und der traurigen Realität des Alltags“¹⁶⁾ angesprochen. Die Armee ist in internationalen Missionen tätig, doch schafft sie

es nicht, im ölreichen Nigerdelta Ruhe und Ordnung herzustellen. Unterstützt durch bestechliche Politiker und Militärs, findet hier eine kaum geregelte Rohstoffausbeutung durch internationale Öl- und Gaskonzerne statt. Anwohner und Banden greifen im Gegenzug zur illegalen Abschöpfung von Rohöl. Rebellenbewegungen wie das *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND) kämpfen gegen Ausbeutung, sind jedoch selbst in kriminelle Aktivitäten verstrickt und werden von Politikern für Machtkämpfe instrumentalisiert. Anschläge gegen ausländische Firmeneinrichtungen und Schiffe sowie Entführungen ihrer Mitarbeiter sind an der Tagesordnung. Der Volkswirtschaft wird dadurch erheblicher Schaden zugefügt: So ist die nigerianische Ölproduktion infolge der Anschläge momentan um 20% gedrosselt; das Land verlor seinen Rang als größter Ölproduzent südlich der Sahara an Angola. Die Regierung setzt im Nigerdelta bisher eher auf eine (wenig aussichtsreiche) militärische Lösung, als die Übel an der Wurzel zu bekämpfen.

Infolge sozioökonomischer Perspektivenlosigkeit und Mobilisierung ethnischer, kultureller oder religiöser Gegensätze (Christentum vs. Islam) kommt es auch in anderen Landesteilen immer wieder zu bewaffneten Zusammenstößen. Nigeria ist, grob gesprochen, in einen christlich-animistischen Süden und einen islamischen Norden geteilt, wo in den letzten Jahren in einer Reihe von Bundesstaaten die Scharia eingeführt wurde. Im Norden machen hin und wieder kleine islamistische Gruppen von sich reden, die z.T. Rückhalt an bestimmten Universitäten haben. Zu nennen sind beispielsweise die nigerianischen *Taliban*, die 2004 im Nordosten eine Serie von Anschlägen durchführten. 2007 zeichneten sie für weitere Auseinandersetzungen verantwortlich. Ihr Rückzugsraum sind die dünn besiedelten und wenig kontrollierten Sahel-Staaten. Externe Einflüsse infolge Missionierung sind gegeben; eine wirkliche Einbindung Nigerias in den weltweiten *Dschihadismus* dürfte aber noch nicht erfolgt sein.

Senegal und Gambia müssen die Hypothek einer extrem problematischen kolonialen Grenzziehung verkraften. Das anglophone Gambia wird bis auf die schmale Küstenlinie völlig vom frankophonen Senegal umschlossen. Die südlich von Gambia gelegene senegalesische Casamance-Region fühlt sich gegenüber dem restlichen Senegal benachteiligt und kämpft seit 1990 für Autonomie bzw. Unabhängigkeit. Trotz eines - vage gehaltenen - Friedensabkommens (2001) ist der bewaffnete Separationskonflikt bis heute nicht beigelegt. Umstrittene Grenzziehungen aus der Kolonialzeit werden in Westafrika immer wieder zum Problem, so lieferten sich nigerianische und kamerunische Soldaten in den 1990er-Jahren an der umstrittenen Bakassi-Halbinsel Gefechte. Nach einem internationalen Schiedsspruch trat Nigeria die Halbinsel Bakassi im August 2008 an Kamerun ab. Nun machen pronigerianische Widerstandsbewegungen von sich reden, die mit Überfällen auf kamerunische Soldaten und Entführungen von Ausländern gegen die Zession Widerstand leisten. Weitere Grenzstreitigkeiten betreffen Benin/Niger (Insel Ite), Niger/Libyen (ein Gebietsstreifen im Nordwesten Nigers) und Sierra Leone/Guinea (Ort Yenga). Vor kurzem führte die Ölexploration im Albertsee zu Gefechten zwischen Soldaten Ugandas und der Demokratischen Republik Kongo (umstritten sind die Rukwanzi-Insel und das Semliki-Flusstal). Zu länger dauernden zwischenstaatlichen Kriegen wären die Armeen aber kaum fähig. Zur Verhinderung von Putschen dürfen vielerorts nicht einmal größere Verbände zusammen üben.

Die Sahelstaaten Mauretanien, Mali und Niger sind trotz

US-amerikanischer Militärprogramme weiterhin schwach und können entlegene Regionen und Staatsgrenzen kaum kontrollieren. Schmugglernetze sind im Sahelraum traditionell verbreitet und stützen sich auf nomadische Gruppen. Unter diese Aktivitäten fällt heute auch der organisierte Menschen-, Waffen- und Drogenschmuggel (einträgliche Kokainrouten verlaufen von Lateinamerika über Westafrika nach Europa). Im Norden Malis und Nigers haben Tuareggruppen wieder zu den Waffen gegriffen, um größere Zuwendungen von den Zentralregierungen zu erpressen. Die Scharmützel könnten sich zu größeren Bürgerkriegen entwickeln; auch drohen nun Kämpfe zwischen Tuaregs und anderen Ethnien. Die in Algerien mit brutalem Terror aktive *Al Qaida des Islamischen Maghreb* hat ihren Aktionsraum in den Raum Mauretanien/Nordmali ausgedehnt und seit 2005 eine Reihe blutiger Anschläge gegen Soldaten und Ausländer in Mauretanien verübt.

In einigen Staaten halten sich autokratische Herrscher seit langer Zeit an der Macht und stützen sich auf die Sicherheitskräfte und auf privilegierte ethnische Gruppen. In Guinea übernahmen regimiekritische junge Offiziere im Dezember 2008 die Macht, als der seit 1984 regierende Präsident Lansana Conté starb. Burkina Faso (Blaise Compaoré: Putsch 1987) und Gambia (Yahya Jammeh: Putsch 1994) sind beim Tod der Präsidenten ebenfalls von Staatsstreichen, Putschen oder bewaffneten Auseinandersetzungen bedroht.

In Togo wurde 2005 ein Abgleiten in den Bürgerkrieg nach dem Tod des langjährigen Diktators Gnassingbé Eyadéma durch entschiedene internationale Interventionen, auch von Seiten der ECOWAS, verhindert. Zunächst wurde Eyadémas Sohn Faure Gnassingbé unter Missachtung der Verfassung zum neuen Präsidenten ernannt. Zusammenstöße zwischen Regierung und oppositionellen Demonstranten forderten Hunderte Tote. Die nachfolgenden umstrittenen Präsidentschaftswahlen bestätigten Faure Gnassingbé im Amt. Doch ernannte er einen Vertreter der Opposition zum Premierminister und steuert seither einen Reform- und Versöhnungskurs. Sein Bruder und Verteidigungsminister Kpatcha Gnassingbé, der verschiedene Zweige der Wirtschaft kontrolliert und als Hardliner gilt, setzte sich mit seiner Linie nicht durch. Der innertogoische Dialog wurde 2006 mit einem Abkommen aller politischen Kräfte beendet. 2007 fanden vergleichsweise korrekte Parlamentswahlen statt.

Als stabil können nur die demokratisch verfassten und wirtschaftlich erfolgreichen Staaten Benin, Ghana und die Kapverdischen Inseln gelten - ohne den Casamance-Konflikt könnte auch der demokratische Senegal in diese Liga aufsteigen. Dort unterhält Frankreich einen dauerhaften Truppenstützpunkt (1.800 Mann). Hingegen will Frankreich seine Präsenz in der Elfenbeinküste (1.200 Mann im Rahmen der Friedensmission *Licorne*) gerne beenden, wenn die Lage dies erlauben sollte. Vor der Küste besteht seit 1990 die französische Marineoperation *Corymbe* (100 Mann). Auch die *U.S. Navy* ist hier verstärkt präsent und sucht die Fähigkeiten von Anliegerstaaten zum Schutz vor Schmuggel, Piraterie und Terrorismus mit Hilfe von Ausbildungs-, Übungs- und Trainingsprogrammen zu stärken.

Der *National Energy Policy Report* (2001) und die *National Security Strategy of the USA* (2002) haben den Fokus der US-Politik auf Westafrika gelenkt. Die US-Ölimporte aus dieser Region sollen von 14% (2000) auf 25% (2015) und mehr zunehmen und den Arabischen/Persischen Golf als Bezugsquelle überflügeln. Durch enge sicherheitspolitische und wirtschaftliche Koope-

ration mit Staaten in der Region soll verhindert werden, dass sich internationale Terroristen in schwachen Staaten einnisten können. Die USA streben keine dauerhafte Militärpräsenz in der Region an. Mit Ghana, Mali, São Tomé und Príncipe, Sierra Leone sowie dem zentralafrikanischen Gabun wurden Verträge über eine mögliche Nutzung von Stützpunkten unterzeichnet (Strategie der *Forward Operating Locations*). Diese Ad-hoc-Basen werden für die Bedürfnisse der US-Streitkräfte aufgerüstet und im Rahmen von Übungen getestet.¹⁷⁾

Positiv ist zu vermerken, dass die Zahl bewaffneter Konflikte in Westafrika in den letzten Jahren zurückgegangen ist. 2002 erfolgten Friedensschlüsse in Liberia und Sierra Leone, 2003 in der Elfenbeinküste. In Sierra Leone konnte die UNO-Mission die Verantwortung 2005 an die nationalen Politiker und Militärs übertragen. Doch bedeutet die Abwesenheit von Krieg noch nicht Frieden. Entscheidende Bedeutung kommt dem Weg der größten Wirtschafts- und Militärmacht Nigeria zu. Nur wenn es seine mannigfaltigen Probleme überwindet, kann eine dauerhafte Stabilisierung der Region gelingen.

Zentralafrika

In Zentralafrika ist die regionale Integration am wenigsten fortgeschritten. Die 1994 ins Leben gerufene Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (CEMAC), bestehend aus den Staaten Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Tschad und ZAR, steht in Konkurrenz zur bereits 1983 gegründeten, bisher sehr lockeren und räumlich weit gefassten *Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale/Economic Community of Central African States* (CEEAC/ECCAS) mit den Mitgliedern Angola, Äquatorialguinea, Burundi, Gabun, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Tschad und ZAR. Hinzu kommt die Sahel- und Saharagemeinschaft (SinSad), wo aus Zentralafrika die Staaten Tschad und ZAR Mitglied sind.¹⁸⁾

Ein Sicherheitspakt und eine regionale Architektur für Frieden- und Sicherheit (*Council for Peace and Security in Central Africa/COPAX*) traten in Kraft. Die CEMAC hat von 1997-98 und 2002-08 Friedensmissionen in die von Bürgerkriegen und Putschen erschütterte ZAR entsandt. Sicherheitspolitische Aufgaben im Rahmen der „Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ der AU erfüllt nun die CEEAC/ECCAS, die 2008 die Friedensmission in der ZAR übernommen hat. Die mit französischer Unterstützung im Aufbau befindliche *Force Multinationale de l'Afrique Centrale* (FOMAC) ist gegenüber den Standby-Brigaden der anderen Regionalorganisationen aber stark im Verzug. Planungszelle und Hauptquartier sollen in der gabunischen Hauptstadt Libreville eingerichtet werden. In diesem Land hat Frankreich dauerhaft Truppen stationiert; es leistet durch Material- und Ausbildungshilfe entscheidende Unterstützung.¹⁹⁾

Im Rahmen des Projekts *African Standby Force* (ASF) ist Angola, Mitglied der CEEAC/ECCAS und der *Southern African Development Community* (SADC), sowohl bei der FOMAC wie bei der SADC *Standby Brigade* (SADCBRIG) angemeldet. Eine solche Verzettelung der Kräfte ist nicht hilfreich. Auf die militärisch starken Doppelmitglieder von CEEAC/ECCAS und *East African Community* (EAC) Burundi und Ruanda kann die FOMAC nicht zählen: Sie haben sich für die *East African Standby Brigade* (EASBRIG) entschieden.

Problematisch ist das Fehlen einer regionalen Führungs-

macht. Der Demokratischen Republik Kongo würde aufgrund ihrer Größe (2,3 Mio. km²), ihrer Einwohnerzahl (rund 60 Mio.) und ihres Rohstoffreichtums (Diamanten, Erdöl, Kupfer, Kobalt, Uran u.a.) diese Rolle zukommen, doch ist das Land durch ein Jahrzehnt Bürgerkrieg völlig destabilisiert und orientiert sich darüber hinaus politisch und wirtschaftlich eher nach Süden: 1997 trat es der SADC bei, ohne allerdings die CEEAC/EC-CAS zu verlassen. Kinshasa will aber am Aufbau der FOMAC mitwirken.

Trotz des Waffenstillstandsabkommens von Lusaka (1999) und des Friedensabkommens von Pretoria (2002) finden die Bürgerkriege in der DR Kongo kein Ende. Zwar haben 2006 mit Hilfe einer befristeten EU-Militärmission international überwachte Wahlen stattgefunden, doch eine wirkliche Siegchance hatte nicht die zivile Opposition, sondern nur die erst kurz zuvor zu Politikern und Parteien mutierten Kriegsherren und Milizen. Unter diese Klientel fällt auch der in der Wahl bestätigte Staatspräsident Joseph Kabila. Die Wahlen waren allenfalls ein Hoffnungsschimmer, nicht der von europäischen Politikern in völliger Verkennung der wirklichen Lage ausgerufenen Beginn von Frieden und Demokratie. Die Etablierung effizienter und respektierter staatlicher Institutionen ist bis heute nicht gelungen. Problematisch ist v.a., dass die Schaffung einer vereinigten Nationalarmee in den Anfängen stecken geblieben ist. Im Ostkongo mit seinen vielen widerstreitenden Interessengruppen sind die Militärs infolge geringer Kampfkraft, Parteilichkeit, Korruption und Menschenrechtsverletzungen nicht ein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems. Die Regierungssoldaten werden von der Bevölkerung gefürchtet und genießen keinerlei Respekt. Friedensstörer wie die brutal agierenden exilruandesischen Hutu-Milizen oder die mit diesen verfeindete Tutsi-Miliz von Laurent Nkunda wurden bisher nicht aufgelöst. Nachbarstaaten wie Ruanda verfolgen weiterhin eigene Interessen im Ostkongo und leisten verdeckte militärische Unterstützung. Wie die jüngste Gewalteskalation illustriert, ist die MONUC trotz ihrer 16.587 Blauhelme (der größten Zahl weltweit) nicht in der Lage, die Zivilbevölkerung zu schützen. Auch andere Landesteile wie z.B. die südöstliche Region Katanga sind fragil. Anstatt Stabilitätsanker und Entwicklungsmotor zu sein, bleibt die Demokratische Republik Kongo eine Konfliktdrehscheibe mit negativer Ausstrahlung auf die Nachbarländer.

Küstenstaaten wie Kamerun, Äquatorialguinea, Gabun und die Republik Kongo verfügen über reiche Ölvorkommen, wovon die Masse der Einwohner bislang aber nur wenig profitiert hat. Diese Staaten zählen gleichzeitig zu den korruptesten in ganz Subsahara-Afrika. Die Staaten im Landesinneren sind gering entwickelt und von einzelnen Ressourcen abhängig, wie z.B. Erdöl und Baumwolle (Tschad) bzw. Kaffee und Tropenholz (ZAR). Ein Nationalbewusstsein ist kaum entwickelt - so stellt die ZAR kaum mehr dar als die territoriale Zusammenfassung der letzten weißen Flecken im Herzen Afrikas zum Höhepunkt des europäischen Imperialismus. Im Tschad begann 2004 der Ölexport; hierfür legten US-Firmen mit großem finanziellem Aufwand eine Pipeline nach Kamerun an. Auch in Äquatorialguinea sind US-Ölfirmen stark präsent; hier verfolgt Washington auch militärstrategische Ziele.

„Freedom House“ erkennt keinen einzigen demokratischen Staat in Zentralafrika. Der französische Einfluss ist in dieser Region besonders stark, da es sich weitgehend um ehemalige französische Kolonien handelt. Wie auch im Fall der franko-

phonen Staaten in Westafrika, wird über vielfältige politische, militärische, wirtschaftliche, monetäre (CFA-Franc) und kulturelle Verbindungen eine enge Anbindung an Paris sichergestellt. Zu Gunsten seiner strategischen und ökonomischen Interessen stützt Frankreich in Zentralafrika autokratische und korrupte Regierungen. Sein Einfluss ist hier noch dominanter als in Westafrika. Französische Botschafter treten in Zentralafrika eher wie Gouverneure als wie Diplomaten auf.

Im ölreichen Gabun unterhält Paris einen dauerhaften Militärstützpunkt (980 Mann). Auch in der ZAR (200 Mann) und im Tschad (1.150 Mann) sind momentan französische Soldaten stationiert. Letzteres Land ist für Paris besonders bedeutsam, dient der Flughafen N'djamena doch als strategische Drehscheibe zwischen den französischen Militärstützpunkten in Senegal, Gabun, Dschibuti und - neuerdings - Abu Dhabi. Innenpolitische Spannungen in seinem zentralafrikanischen „Hinterhof“ unterdrückte Frankreich immer wieder durch Militärinterventionen, mitunter organisierte Paris sogar selbst Putsche (so 1979 in der ZAR). Die jüngsten Ereignisse im Tschad zeigen freilich, dass Frankreichs Einfluss und Ressourcen nicht mehr ausreichen. Auch treten die frankophilen afrikanischen Eliten in Subsahara-Afrika allmählich in den Hintergrund, und die Ausschreitungen gegen französische Staatsbürger in der Elfenbeinküste (2004) offenbaren eine zunehmend militante Frankreichfeindlichkeit unter Jugendlichen. Auf Wunsch von Paris wurde 2008 im östlichen Tschad und in der nordöstlichen ZAR zusätzlich eine EU-Truppe stationiert, die 2009 von UNO-Blauhelmen abgelöst werden soll.

Besonders ausgeprägt ist in Zentralafrika das Sukzessionsrisiko: Äquatorialguinea (Obiang Nguema: Putsch 1979), Gabun (Omar Bongo: Ernennung 1967), Kamerun (Paul Biya: Ernennung 1982), Tschad (Idris Déby: Putsch 1990). In Kamerun machen sich bereits Erosionserscheinungen im überalterten Regime Biya bemerkbar: Höhere Lebensmittel- und Transportpreise lösten 2008 massive regierungsfeindliche Unruhen aus.

Alle Staaten der Region sind extrem fragil. In der afrikanischen Putschstatistik liegt Zentralafrika an zweiter Stelle (letzter erfolgreicher Umsturz 2003 in der ZAR). Herrschende Eliten stützen sich exklusiv auf schmale Segmente der Bevölkerung und auf die Sicherheitskräfte - besser finanziert und ausgebildet als die Armeen sind bezeichnenderweise in vielen Ländern die direkt dem Präsidenten unterstehenden Gendarmerien. Marginalisierte Landesteile haben der Regierung die Gefolgschaft aufgekündigt, organisieren selbst ihr Überleben und unterstützen mitunter Rebellenbewegungen.

Bürgerkriege haben seit den 1960er-Jahren wiederholt die Demokratische Republik Kongo und den Tschad erschüttert, seit den 1990er-Jahren auch die Republik Kongo und die ZAR. Friedenslösungen erwiesen sich nicht als haltbar und führten zu keiner landesweit akzeptablen Neuverteilung der Macht und der Ressourcen. In der Demokratischen Republik Kongo, in der ZAR und im Tschad sind die Bürgerkriege in den letzten Jahren wieder aufgeflammt. Der tschadische Diktator Déby steht unter erheblichem Druck. Zweimal (2006 und 2008) gelang es den Rebellen, bis in die Hauptstadt N'djamena vorzustoßen; nur mit französischer militärischer Unterstützung konnte der Sturz der Regierung abgewehrt werden. Der Bürgerkrieg im Tschad ist inzwischen eng mit dem eskalierenden Darfur-Bürgerkrieg vernetzt. Regionale Machtinteressen spielen im Tschad traditionell eine große Rolle, von Seiten des Sudans, aber auch Libyens, das

bis 1994 den Aouzou-Streifen beanspruchte und auch weiterhin Einfluss im strategisch bedeutsamen Tschad und damit in der Sahelzone zu gewinnen sucht. Territorialstreitigkeiten schwelen außerdem zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Sambia (Luncheon-Pweto-Dreieck) sowie zwischen Gabun und Äquatorialguinea (Insel Mbane).

Zentralafrika ist eine durchgehend instabile Region. Sowohl bürgerkriegsgeschüttelte Staaten wie die beiden Kongo-Republiken, der Tschad, die ZAR als auch vermeintlich stabile, überalterte Autokratien wie Äquatorial-Guinea, Gabun, Kamerun bilden Stabilitätsrisiken ersten Ranges. Ein kurzfristiges Patentrezept ist nicht in Sicht. Momentan kann man allenfalls auf temporäre Schadensbegrenzung durch energische militärische Intervention bei eskalierenden Entwicklungen setzen. Ob eine Kombination aus politischem/finanziellem Druck und Beratung langfristig zu Institutionenbildung und besserer Regierungsführung beitragen kann, bleibt abzuwarten. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Siehe United Nations Peacekeeping. Internet-Dokument: <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko> (Zugriff 9.1.2009).
- 2) Quellen: United Nations Peacekeeping - Fact and Figures (Stand 30.11.2008) bzw. Université de Montréal: Opérations de paix - Opérations en cours (Stand Ende 2008). Internet-Dokumente: <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/bnote.htm> bzw. http://www.operationspaix.net/spip.php?page=op_cours (Zugriff 9.1.2008)
- 3) International Rescue Committee: Mortality in the Democratic Republic of Congo: An Ongoing Crisis. New York 2008.
- 4) UNHCR: 2007 Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons, Genf, Juni 2008.
- 5) Internal Displacement Monitoring Centre/Norwegian Refugee Council: Internal Displacement. Global Overview of Trends and Developments in 2007, Genf, April 2008.
- 6) Quelle: UNDP: Human Development Report 2007/2008, New York 2007 sowie, wenn angegeben, Der Fischer Weltalmanach 2007, Frankfurt a.M. 2006.
- 7) Hein de Haas: The myth of invasion. Irregular migration from West Africa to the Maghreb and the European Union. International Migration Institute research report, Oxford, Oktober 2007.
- 8) Gabriele del Grande: Festung Europa. Fortress Europe, 2007. Internet-Dokument: <http://fortresseurope.blogspot.com/2006/01/festung-europa.html> (Zugriff 16.11.2008).
- 9) Grundlage der Erhebung sind zwölf politische, ökonomische, militärische und soziale Indikatoren für Instabilität. (Foreign Policy: The Failed States Index 2008. Internet-Dokument: http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350 (Zugriff 22.10.2008).
- 10) Arno Meinken: Militärische Kapazitäten und Fähigkeiten afrikanischer Staaten. Ursachen und Wirkungen militärischer Ineffektivität in Subsahara-Afrika. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 2005/S.4, Berlin, Februar 2005.
- 11) Ebd., S.6.
- 12) Martin Pabst: Chancen und Hemmnisse der „Afrikanischen Sicherheitsarchitektur“, Europäische Sicherheit. Politik. Streitkräfte. Wirtschaft. Technik, Hamburg 55 (2006), No. 5, S.9-13.
- 13) UNAIDS: 2007 AIDS epidemic update, Genf 19.11.2007.
- 14) Gemäß der Klassifikation von Freedom House: Freedom in the World 2008. Report, Washington 2008. Internet-Dokument: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2008> (Zugriff 29.10.2008).
- 15) Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union. Ehrgeizige Pläne, große regionale Disparitäten: eine Zwischenbilanz. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie S.21, Berlin, Juni 2008, S.13-16; Jakkie Cilliers: The African Standby Force. An update on progress. Institute for Security Studies, ISS Paper 160, Pretoria (Südafrika), März 2008, S. 13f.
- 16) Friedrich Roll: „BABA GO-SLOW“. Im zweiten Jahr seiner Amtszeit wächst die Ungeduld mit Nigerias Präsident Yar'Adua. Friedrich-Ebert-Stiftung, Hintergrundinformationen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Bonn, 20.9.2008, S.8.
- 17) Martin Pabst: External Interests in West Africa. In: Walter Feichtinger/

Gerald Hainzl (Hrsg.), *Sorting Out the Mess, Wars, Conflicts, and Conflict Management in West Africa*. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 10/2007, Wien 2007, S.37-68.

18) Martin Pabst: Ansätze zu Konfliktmanagement und Konfliktbewältigung. In: Walter Feichtinger (Hrsg.): *Afrika im Blickfeld. Kriege – Krisen – Perspektiven*. Tagungsband des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Wien, Baden-Baden 2004, S. 36-42

19) Kinzel (wie Anm. 15), S.21; Cilliers (wie Anm. 15), S.15f.

Dr. Martin Pabst

Geb. 1959; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik in München und Würzburg; 1988 Promotion zum Dr. phil.; Reserveoffizier; Forschungsaufenthalte in Lomé (Togo), London und Oxford; Lehrauftrag an der Universität Würzburg; seit 1992 Büro Forschung & Politikberatung in München; zahlreiche Buch- und Aufsatzveröffentlichungen.